

Die Politische Meinung

POM 24/III, 12 €

Nr. 586, 69. Jahrgang

ISSN 0032-3446

politische-meinung.de



„Osten“
Räume, Risiken,
Ressentiments

East, going West! Seit Freiheitsrevolutionen den Ostblock entriegelten, ist die Bewegungsrichtung eindeutig.

Die meisten Länder, die ihm zwangsweise angehörten, sind längst – aus freien Stücken – Mitglieder der NATO und der Europäischen Union geworden. Die Ukraine manifestiert ihr Bestreben nach einer Verortung unter den freiheitlichen Demokratien tagtäglich im Widerstand gegen den russischen Aggressor. Der einstige Ostblock-Osten ist größtenteils Westen oder westlich orientiert; aber haben es – neben Putin, der sich dieser Einsicht jedoch gewaltsam verschließt – alle bemerkt?

Bis heute wirken Vorstellungen eines „Zwischeneuropa“ nach, dessen politische Konturen und Zugehörigkeit unbestimmt und daher veränderlich erscheinen. Neuere Raumprojektionen im Geleit postkolonialer Theorie entwerfen einen Globalen Osten im Vakuum der „In-Betweenness“ – subaltern zum Globalen Norden, jedoch nicht subaltern genug, um im Marginalisierungsranking zum Globalen Süden aufzuschließen.

Tatsächlich schwingt bei der Chiffre „Osten“ nicht selten der pauschale Vorwurf wirtschaftlicher Rückständigkeit und demokratischer Unreife mit. Bis heute gibt es Erfahrungen mit Ignoranz und Geringschätzung. Allerdings ist nichts herablassender, als den Polen, Balten oder Ukrainern über ihre Köpfe hinweg, eine Rückkehr in die Risikolage des „Dazwischen-Seins“ anzuempfehlen.

Bei Linken wie bei der extremen Rechten keimen Sehnsüchte nach antiwestlichen Gegenwelten neu auf. Sie werden gespeist vom Machtzuwachs ostasiatischer Staaten, vor allem Chinas, dessen Aufstieg manchen hierzulande naturgesetzlich vorgegeben scheint. Weit mehr, als der Westen infrage gestellt wird, stellt er sich aktuell selbst infrage. Besonders in seinen traditionellen Führungsnationen, USA und Frankreich, drohen nationalistische und isolationistische Rückzüge.

Von der einst tödlichen Grenze des „Eisernen Vorhangs“ ist eine vor allem mentale Demarkationslinie geblieben. Die Differenz zwischen „West“ und „Ost“ ist noch nicht überwunden, doch sollte man sich versehen, brennende Fragen allein in West-Ost-Oppositionen zu debattieren. Dass die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler bei den Europawahlen eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei zur stärksten politischen Kraft gemacht haben, gibt schwer zu denken, auch weil darin weit mehr als ein Ost-Problem zutage tritt. Der Weg nach Westen ist noch nicht beendet, auch und erst recht nicht im Westen selbst.

Ihr
Bernd Löhmann



Damals noch DDR-Grenzübergangsstelle: Bahnhof Friedrichstraße, Berlin-Mitte, November 1989
Foto: © Maurice Weiss / OSTKREUZ

1 Editorial

Thema:
„Osten“ – Räume, Risiken,
Ressentiments

18 Osteuropa – aber wo liegt es?

Gwendolyn Sasse

Zur Entmythologisierung eines Begriffs

23 Ungehörte Stimmen

Katharina Raabe

Literatur und die verspätete Osterweiterung
des europäischen Bewusstseins

29 Europäische Selbstbehauptung

Gunther Krichbaum

Die Erweiterungspolitik der Europäischen
Union benötigt eine neue Dynamik

34 It's the war, stupid

Merili Arjakas,

Ivan U. K. Kłyszcz

Krieg und Kriegsgefahr als
Grundwahrnehmung

39 Interview: „Sein Tod war eine Katastrophe“

Jan Matti Dollbaum, Politikwissenschaftler
und Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe
„MORE Eastern Europe“, über Alexej Nawalny
und die Opposition in Russland

50 Die OSZE und ihre „menschliche Dimension“

Oliver Ernst

Von überwundenen und neuen Gräben
in Europa

62 Der Kalte Krieg als Geschichte und Gegenwart?

Hermann Wentker

Grundmuster der internationalen Beziehungen
vor 1989/90 und heute

70 Der ferne Westen

Ansgar Graw

Wahrnehmungen aus dem ostasiatischen
Raum

76 Kann China scheitern?

Kristin Shi-Kupfer

Beschäftigung mit unüblichen Szenarien

80 Weniger Westen?

Frank Priess

Westliche Selbstbehauptung und die Debatte
über eine neue Weltordnung

90 Autoritäres Revival

Stefan Donth

Über das prekäre Erbe der SED-Diktatur

95 Der Westen – eine ostdeutsche Erfindung?

Ursula Weidenfeld

Über ost-westliche Projektionen

Seitenblick

46 Ganz Paris träumt von Olympia

Norbert Seitz

Aber Putin träumt von Gegenspielen

Perspektive „Zukunft“

55 Mehr Augenhöhe

Sepp Müller

Für einen differenzierteren Blick auf unsere
europäischen Nachbarn im Osten

Wahlherbst Ost

100 Am Scheideweg

Ronny Heine

Sachsen vor der Landtagswahl

104 Unregierbar?

Maja Eib

Thüringen im Superwahljahr

109 Bereit für die Zukunft

Stephan Raabe

Die Ausgangslage in Brandenburg

Literarische Erinnerung

113 „Wieviel Blut wohl an all den Händen klebt ...“

Sandra Kegel

Thomas Mann in Frankfurt am Main und
Weimar 1949

Würdigung

59 Kluge Führung in krisenreichen Jahren

Ursula von der Leyen

Mein Glückwunsch an Angela Merkel

122 Mit Worten zaubern

Friedhelm Marx

Ein Intermezzo zu Ehren von Adolf Muschg

Gelesen

86 Vom Vorreiter zum Nachzügler

Victor Mauer

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt analysieren
in „Die Tyrannei der Minderheit“ die Defizite
amerikanischer Institutionen und unterbreiten
Reformvorschläge

117 Beharrlich, loyal, unvollendet

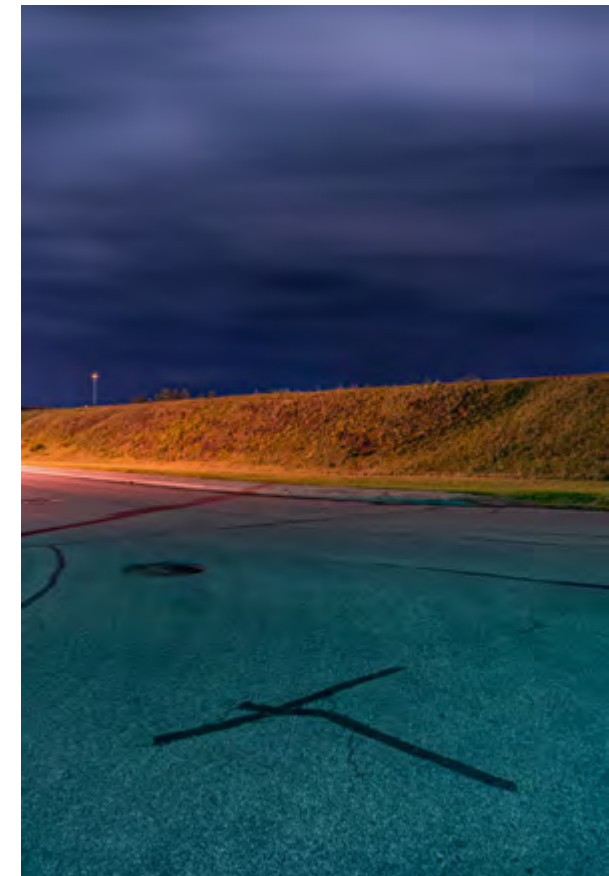
Philip Rosin

Wolfgang Schäubles „Erinnerungen“ als
persönlicher Einblick in die Geschichte
der Bundesrepublik

126 Aus der Stiftung

„Osten“ Räume, Risiken, Ressentiments

„Psychogeografie“
Das Projekt
„Uncertain Tranquility“ –
„Ungewisse Ruhe“ –
des lettischen Fotografen
Alnis Stakle

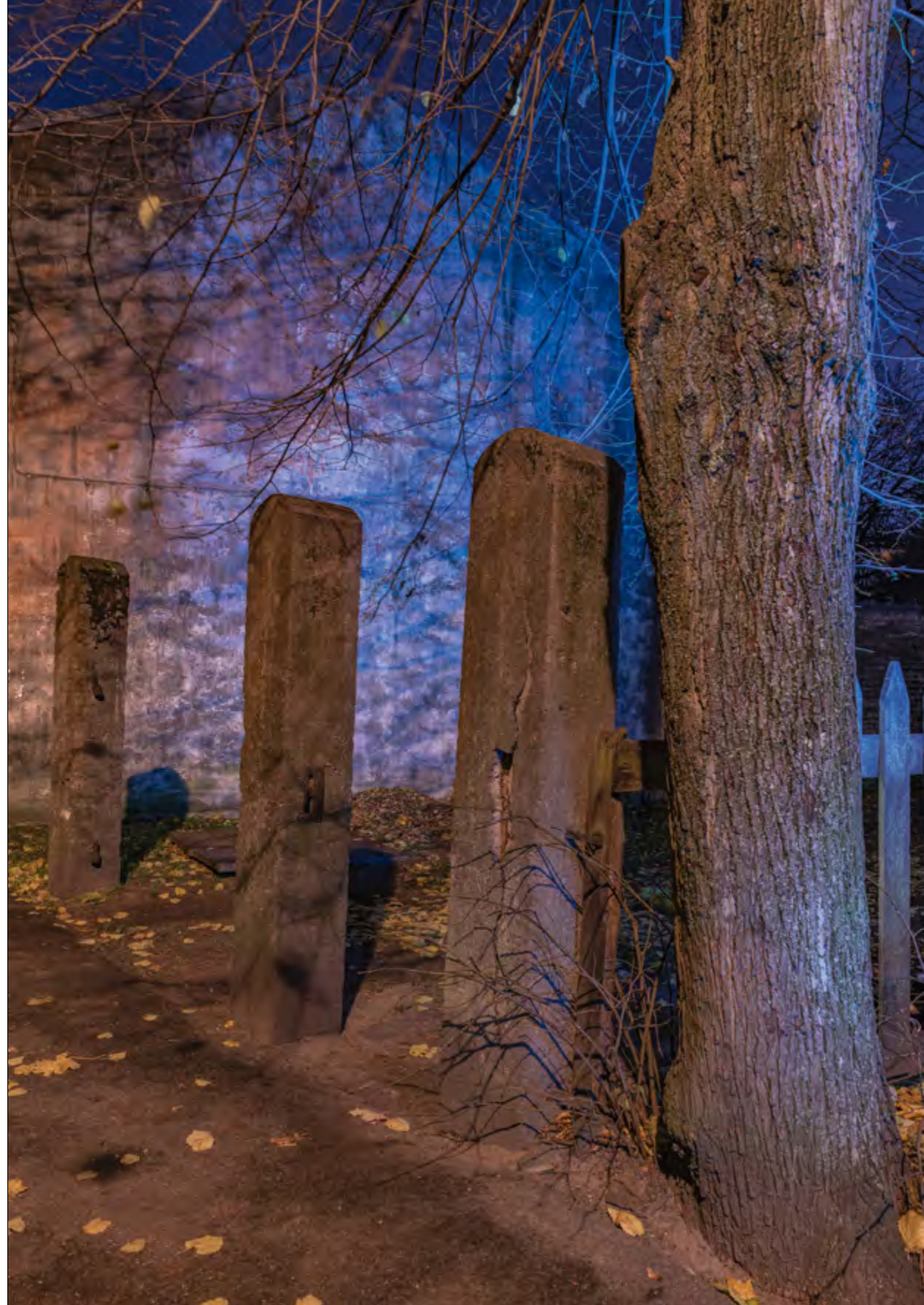


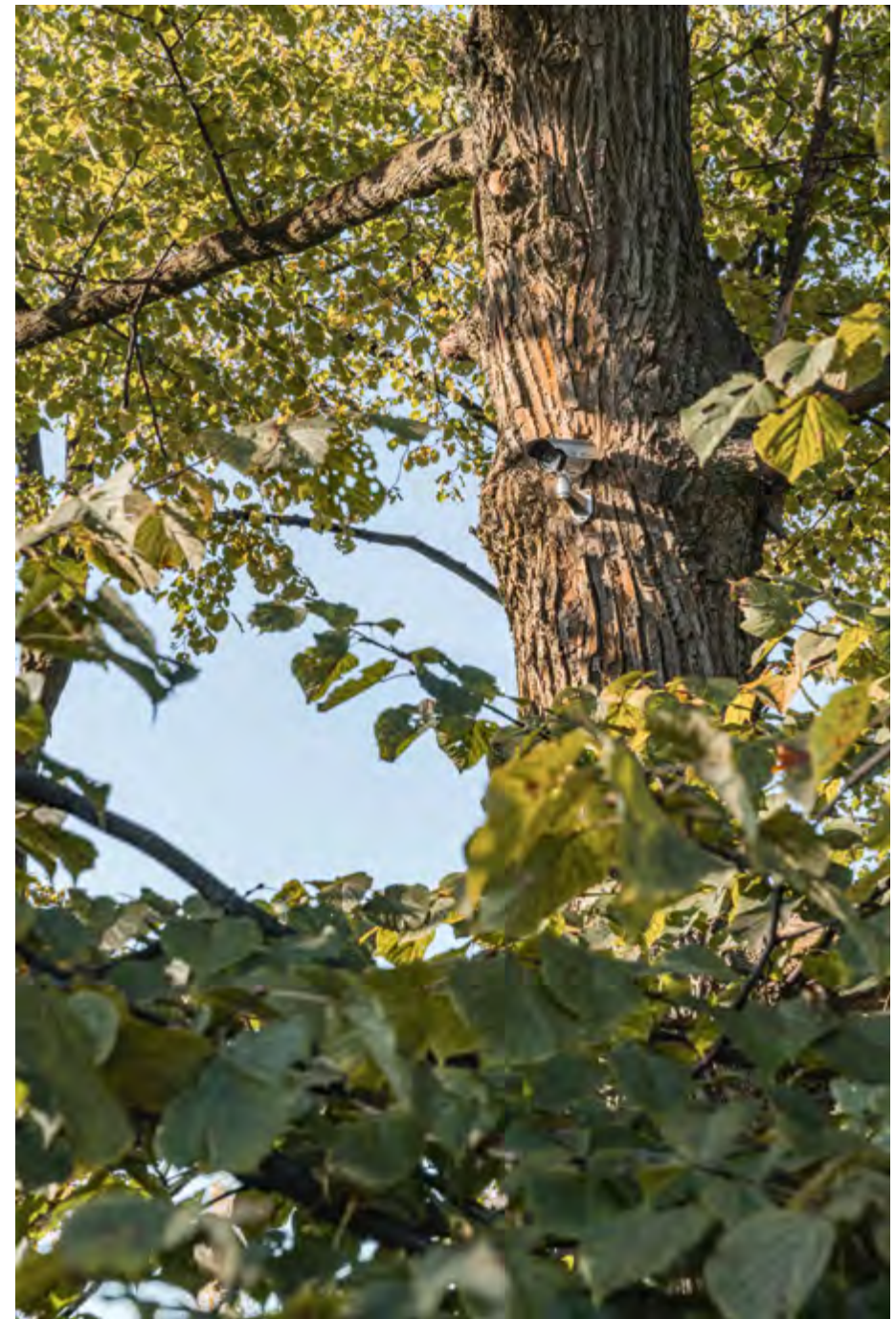
© Alnis Stakle

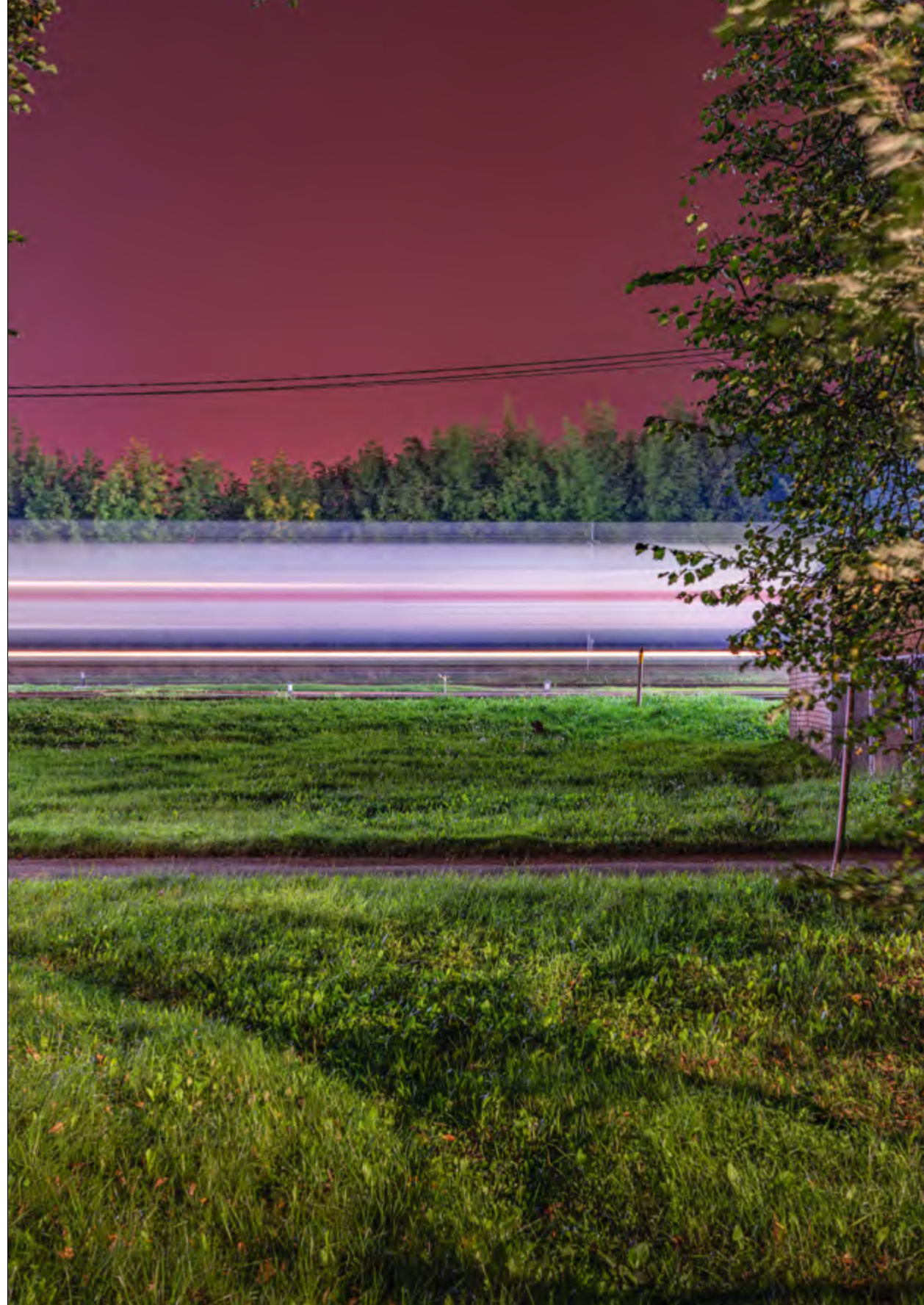
Seit 2023 bereist Alnis Stakle immer wieder die östlichen Grenzräume der Europäischen Union – bisher in den baltischen Staaten und Polen. Dabei bleibt der Blick des 1975 geborenen Fotografen von der sowjetischen Besatzungsgeschichte seines Landes geprägt. Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erkennt er, ebenso wie viele seiner Landsleute, ein „apokalyptisches geopolitisches Zeichen“. „Da wir gerade die Rückkehr einer ‚modifizierten‘ Sowjetunion erleben“, sucht er nach bildnerischen Möglichkeiten, um sich den wiedererweckten Traumata zu stellen.

Melancholisch bis unheimlich wirken die Aufnahmen. Nicht selten weisen sie groteske Elemente auf. Nur manchmal funkelt ein sehnsuchtsvoller Hoffnungsschimmer auf.

Alnis Stakle zeigt die Grenzräume der Europäischen Union in einem bedrohten Schwebezustand. Seltsam unverortet erscheint sein „Osten“. Ob dieses Mal die Selbstverortung seiner kleinen Heimatnation gelingt?













Osteuropa – aber wo liegt es?

Gwendolyn Sasse
Geboren 1972 in Glinde, Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien sowie Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung, Humboldt-Universität zu Berlin.

Zur Entmythologisierung eines Begriffs

Der Begriff „Osteuropa“ suggeriert eine klare geografische Unterteilung Europas, doch ist er vor allem eines: ein politisches Konstrukt. Der Begriff ist trotz oder wegen seiner

vielen Facetten wirkmächtig; seine Bedeutung changiert je nach Standort und Kontext. Jede Verwendung des Begriffs zieht Grenzen – geografisch, aber vor allem auf der politischen und mentalen Landkarte. Die geografischen und mentalen Grenzen sind hierbei selten deckungsgleich.

Die ursprünglich dominante Vorstellung von einem in einen entwickelten „Süden“ und einen barbarischen „Norden“ geteilten Europa ist zunehmend von der einer West-Ost-Achse abgelöst worden, die insbesondere im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Kreisen von Geografen, Philosophen und Historikern geprägt wurde.¹ Westeuropa – beziehungsweise der Westen allgemein – hat sich insgesamt wesentlich mehr mit der Zuschreibung, Definition und Bedeutung von Osteuropa auseinandergesetzt als umgekehrt. Der Diskurs ist somit selbstreferenziell und

¹ Für eine Diskussion der Vorstellungen europäischer Geografen und anderer Intellektueller Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts siehe Frithjof Benjamin Schenk: „Eastern Europe“, in: Diana Mishkova / Balázs Trencsényi (Hrsg.): *European Regions and Boundaries. A Conceptual History*, Berghahn Books, Oxford / New York 2017, S. 188–209.

² Der Begriff „Othering“ (Englisch „other“ = „andersartig“ – Andersmachung) beschreibt die Distanzierung und Differenzierung zu anderen Gruppen, um seine eigene „Normalität“ zu bestätigen. Das Konzept des „Othering“ entstammt dem Kontext der postkolonialen Theorie.

³ Martin Müller: „In Search of the Global East: Thinking between North and South“, in: *Geopolitics*, 25. Jg., Nr. 3/2020, S. 734–755.

beruht auf einem aktiven *Othering*:² Die Grundannahme ist die Existenz eines kulturellen und politischen Gegensatzes zwischen Ost und West.

Der Begriff „Osteuropa“ impliziert bis heute Distanz, so etwa im Sinne von „anders“, „neu“, „unbekannt“, „komplex“, „im Wandel“, „schwer verständlich“, und im Vergleich zum Rest Europas erscheint dieser Teil Europas – nicht immer faktenbasiert – als „korrupter“, „populistischer“, „konfliktreicher“ und so weiter. Der Begriff des „Global East“³ als Pendant zum „Global South“ hat sich bisher nicht durchgesetzt, nicht zuletzt, weil sich in ihm keine politische Mobilisierung kristallisiert hat. Ein Begriff wie „Global East“ stellt zwar Verflechtungen und imperiale Abhängigkeiten in den Vordergrund, beinhaltet jedoch letztendlich auch wieder Grenzziehungen, die Gefahr laufen, die Region als essentialistisch „anders“ zu definieren.

Dichotomie des Kalten Krieges

Andere Teilbezeichnungen Europas sind weniger politisch aufgeladen: „Westeuropa“ ist ein sehr dehnbarer und (vermeintlich) harmloser Begriff. Wer zu Westeuropa gezählt wird, meint, sich im Zentrum des europäischen Machtgefüges zu befinden. Länder im östlichen Europa – eine bewusst vorsichtiger Bezeichnung mit Betonung auf der geografischen Verortung – haben zu verschiedenen Zeitpunkten bestimmte Städte zum „Zentrum Europas“ deklariert, darunter Belarus, Litauen, Polen, die Slowakei, Tschechien, die Ukraine und Ungarn.

Hinter der Unterscheidung Ost- und Westeuropa steht auf höherer Abstraktionsebene die Dichotomie des Kalten Krieges: „Osten“ versus „Westen“. Es waren globale Denkmuster ideologischer Systeme, die miteinander rangen, in Europa aufeinanderprallten und dort bis 1989 physisch und für die ganze Welt sichtbar verankert blieben. Als diese Klammer mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wegfiel, verschwand die West-Ost-Grenze zwar aus dem globalen, nicht aber aus dem innerdeutschen und europäischen Kontext. Scheinbar plötzlich war der Osten Europas da, forderte einen gleichberechtigten Status und strebte in die Europäische Union. Dennoch wirkte die physische Teilung Europas in politischen Strukturen sowie in Erinnerungen und Identitäten nach. Das Bild von Osteuropa als undifferenziertem „Block“ hat sich auf der mentalen Landkarte Europas erhalten. Dieses Blockdenken versperrt den Blick und lässt die Region weiterhin als unangemessen diffus und zugleich fremd erscheinen. Entweder verschwindet die historisch bedingte Vielfalt der Region hinter dem Begriff, oder diese Diversität wird als fundamentaler Unterschied und Kern von Krisen und Kriegen überbetont.

Der tschechische Dissident Milan Kundera reklamierte 1984 in seinem berühmten Essay „The Tragedy of Central Europe“ in *The New York Review of Books*⁴ für „Central Europe“ einen angestammten Platz. Ins Deutsche übersetzt sich das im Englischen relativ unverfängliche, wenn gleich ebenfalls nicht genau demarkierte „Central Europe“ nur annähernd als „Mitteleuropa“ – ein Begriff, der im deutschen Sprachgebrauch durch die Nutzung im Nationalsozialismus ebenfalls kein neutraler ist. Kunderas politischer Text war eine Kampfansage wider das Vergessen Westeuropas oder des Westens insgesamt. Er warf Westeuropa vor, die eigenen Werte vergessen oder verraten sowie die Bedeutung von „Central Europe“ für den Erhalt einer gemeinsamen kulturellen und politischen Identität verkannt zu haben. „Central Europe“ erscheint hier als das „wahre“ Europa – eine ebenfalls problematische These. Kundera grenzt „Central Europe“ insbesondere von den imperialen Ambitionen der Sowjetunion und Russlands ab. Dadurch gewinnt der Text im heutigen Kontext von Russlands Krieg gegen die Ukraine erneut an Bedeutung, auch wenn Kundera selbst den Essay später als Text eines bestimmten historischen Moments bezeichnete.

Implizite Hierarchien und Arroganz

Nach 1989 ging es den Ländern in Kunderas Fokus schnell darum, über den Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO ein vollwertiger und abgesicherter Teil Europas zu werden. Als einen regionalen Block verstanden sich selbst die Visegrád- oder die baltischen Staaten nicht. Die Unterschiede in ihren Entwicklungspfaden nach 1989 sind in anderen Teilen Europas zu wenig gesehen und verstanden worden. Auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union hielt sich in ihren Institutionen, in der offiziellen Rhetorik und im persönlichen Umgang, eine Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten. Derartige Bezeichnungen spiegeln sowohl historisch gewachsene Hierarchien als auch neu gezogene Trennlinien. Fakt ist, dass sich die Mitgliedstaaten aus dem östlichen Europa lange Zeit nicht wie gleichberechtigte Mitglieder fühlten. Erst Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, vor allem seit Beginn der vollumfänglichen Invasion im Februar 2022, der die Europäische Union und die NATO zu einer neuen Art der politischen und militärischen Einigkeit zwingt, hat diesen Ländern und ihrem historisch geprägten Verständnis von Sicherheit ein neues politisches Gewicht verschafft – beziehungsweise sie haben es eingefordert. Diese Entwicklung könnte die Machtverhältnisse innerhalb der Europäischen Union zugunsten dieser Region verschieben. Wie nachhaltig diese Veränderung sein wird, ist eine offene Frage.

⁴ Milan Kundera: „The Tragedy of Central Europe“, in: The New York Review of Books, 31. Jg., Nr. 7, 26.04.1984 (aus dem Französischen von Edmund White).

Auf Arbeitsebene der Europäischen Union und der einschlägigen Referate in den jeweiligen nationalen Ministerien hatte sich der Begriff „Osteuropa“ nach 2004 vor allem auf die Länder der Östlichen Partnerschaft bezogen und institutionalisierte somit eine funktionale Unterscheidung zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten. Russlands Invasion beschleunigt nun die Integration der Ukraine und der Republik Moldau (und eventuell Georgiens) in die Europäische Union. Mit einer konkreten Beitrittsperspektive und dem Kandidatenstatus ist der Bezugspunkt für diese Länder „Europa“ im Sinne der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und kein vage definiertes Osteuropa. Russlands Angriffskrieg hat in der ukrainischen Politik und Gesellschaft darüber hinaus das Selbstverständnis verankert, in diesem Krieg buchstäblich Europa als Ganzes und nicht nur einen Teil davon zu verteidigen. Dieses Verständnis reicht über die Ukraine hinaus, wenngleich es nicht in allen Teilen Europas gleichermaßen präsent ist.

Die Ukraine erscheint trotz Kandidatenstatus und erwarteten Starts der Beitrittsverhandlungen im politischen und öffentlichen Diskurs in der Europäischen Union dennoch weit entfernt von ihrer Vollmitgliedschaft. Diese Einschätzung hat nicht nur mit Fakten, sondern auch mit Wahrnehmungen zu tun, wie sich zum Beispiel an der Korruptionsthematik festmachen lässt. Das Ausmaß an Korruption wird oftmals auf der Grundlage von Expertenbefragungen bewertet, und diese Einschätzungen sind stark von den ihnen vorausgegangenen geprägt und bilden somit nur bedingt aktuelle Entwicklungen und Veränderungen ab. Generell ist die Ukraine in ihrem Stadium der Korruptionsbekämpfung mit Bulgarien, Rumänien und Kroatien zu vergleichen – nicht nur in Bezug auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen dieser Länder zur Europäischen Union –, die öffentliche Wahrnehmung ist jedoch eine andere.

Perspektivwechsel auf Osteuropa

Osteuropa ist mit dem Bild des „Unfertigen“ verbunden. Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformationen seit 1989 setzen sich fort, aber die pauschale Annahme der essenziellen Unterschiede zwischen „Ost“ und „West“ lässt sich nicht aufrechterhalten. Die Vergleichbarkeit fehlerhafter Demokratien sollte die Annahme der Verschiedenheit ersetzen. Adjektive wie „post-sowjetisch“, „post-kommunistisch“, „post-sozialistisch“ oder Adjektive, die die Demokratien Osteuropas qualifizieren, betonen die auf historischen Hinterlassenschaften beruhenden Unterschiede. Dabei bleiben historische Gemeinsamkeiten und vergleichbare heutige Herausforderungen fehlerhafter und anfälliger Demokratien zu sehr im Hintergrund.

Osteuropa ist auch bei „uns“, das heißt in ganz Europa (und global) – so zum Beispiel durch Arbeits- oder Bildungsmigration oder durch Flucht. Millionen von Ukrainerinnen (viele mit ihren Kindern) haben seit Februar 2022 in anderen Ländern Europas Schutz gesucht. Die alltäglichen Begegnungen, die sich hieraus vielerorts ergeben, zum Beispiel in Deutschland und Polen, haben zur Folge, dass ein für viele Europäerinnen und Europäer blinder Fleck auf der Landkarte angereichert wird mit Alltagsbegegnungen und direkten Informationen über den Krieg, das Land, seine Geschichte und Kultur. Diese direktere Verbindung macht sowohl Gemeinsamkeiten als auch die politischen Herausforderungen, die mit dem Krieg einhergehen, greifbar. Eine der Konsequenzen des Krieges muss ein Perspektivwechsel in Bezug auf Osteuropa sein: Es wird deutlich, wie Russlands Imperialismus auf andere Teile Europas reflektiert und verinnerlicht wurde, wie notwendig und verspätet die Anerkennung der Vielfalt Osteuropas, seiner Akteure und politischen Ausrichtung ist.⁵ Geografisch, historisch und kulturell bleibt Russland in einer akteursfokussierten Definition Teil von Osteuropa, aber das heutige autoritäre System in Russland distanziert sich im eigenen Selbstverständnis klar von Europa und bemüht den Diskurs der Zivilisationen, die hier unversöhnlich aufeinanderstoßen, als Teil der eigenen Legitimationsstrategie.

Russlands Krieg gegen die Ukraine stellt eine Zäsur dar. Europa wird auf unabsehbare Zeit mit dem größten Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg assoziiert werden. Das Europabild wird von außen und innen zugleich revidiert. Es wird nicht gelingen, den Begriff „Osteuropa“ aus dem deutschen Sprachgebrauch zu verdrängen. Also bleibt nur eine Alternative für den Umgang mit dem überladenen Begriff: seine bewusste Dekonstruktion, die hinterfragt, welche Akteure (un)sichtbar sind beziehungsweise werden, wenn der Begriff bemüht wird, wer ihn verwendet und welche Ansprüche in ihm angelegt beziehungsweise durch ihn wahrgenommen werden. Dies sind notwendige Schritte auf dem Weg zur Entmythologisierung des Begriffs „Osteuropa“.

⁵ Siehe auch Gwendolyn Sasse: Der Krieg gegen die Ukraine, C. H. Beck, München 2022, S. 105-119.

Ungehörte Stimmen

Literatur und die verspätete Osterweiterung des europäischen Bewusstseins

Katharina Raabe

Geboren 1957 in Hamburg, Lektorin für osteuropäische Literaturen, Suhrkamp Verlag, Berlin.

Zwei Tage nach der Großinvasion Russlands in die Ukraine, am Nachmittag des 26. Februar 2022, lud das Maxim Gorki Theater in Berlin zu einer Veranstaltung ein: „Sprachlos die Sprache verteidigen“. Der Saal war bis

auf den letzten Platz besetzt, weitere 500 Zuschauer warteten im Livestream.

„Der Tag des großen Krieges, der nie hätte kommen dürfen, jetzt ist er da“, hieß es in der Einladung zu dem in Windeseile auf die Beine gestellten Event. „Wir suchen nach Worten im Krieg. Worten, die uns helfen, aus diesem Abgrund wieder herauszukommen. Worten der Wahrheit, die wir mit unseren Freunden und Kollegen im Osten Europas teilen.“

Spontan organisierte Veranstaltungen, zu denen sich Menschen nach brachial in die Alltagsroutinen einbrechenden Ereignissen versammeln, hat es immer wieder gegeben: nach dem 11. September 2001, nach dem Überfall auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* 2015 und zuletzt nach dem 7. Oktober 2023, dem Massaker der Hamas in Israel. Man fand sich zusammen in Konzertsälen, Kirchen, Theatern, Bibliotheken oder Literaturhäusern, um nicht allein zu sein, um etwas zu erfahren, oder auch nur, um zuzuhören und sich zu konzentrieren. Dankbar, nicht selbst reden zu müssen. Doch woher die Worte nehmen?

An jenem Nachmittag sollten diejenigen sprechen, die nicht anwesend sein konnten. Zuerst die Ukrainer, die der russischen Aggression ausgeliefert waren und deren Leben zerstört wurde. Gefragt waren in diesen Stunden nicht Politiker, Militärs, Philosophen oder Historiker, sondern die Schriftsteller. Zwölf Berliner Autorinnen und Autoren trugen Texte in deutscher Übersetzung vor.

„Osteuropäische Nische“

„Was ändert der Krieg?“, begann Herta Müller, die Literaturnobelpreisträgerin. „Der Krieg ändert das Vokabular. [...] er bringt seine eigenen Wörter hervor [...] er macht vor den literarischen Figuren nicht halt [...] er ändert auch Autoren und Leser. [...] Der Krieg ist wie eine Krankheit, die unerwartet ausbricht.“ Sie las aus einem Essay ihres ukrainischen Kollegen Serhij Zhadan, der zur selben Stunde in Charkiw Familien aus ihren Wohnungen evakuierte. Worte, wie für diesen Moment geschrieben. Doch sie stammten aus dem Jahr 2016.

Der Krieg hatte, und das begriffen manche erst jetzt, nicht vorgestern begonnen, sondern vor acht Jahren, im Frühjahr 2014, und er hatte bereits 14.000 Menschen das Leben gekostet.

In eine gelb-blaue Flagge gehüllt, trat der Osteuropahistoriker Karl Schlögel auf die Bühne. „In unserer Ohnmacht nehmen wir Zuflucht zu Texten“, sagte er, bevor er das Resümee des Künstlers Artur Klinau in Minsk über den Terror vortrug, der in Belarus auf die Niederschlagung der friedlichen Massenproteste im Sommer 2020 gefolgt war: „Jeder ist heute eine Geisel des Regimes.“

Durs Grünbein, Träger des Georg-Büchner-Preises, las aus dem Gedichtzyklus *Der Krieg der Tiere und Untiere*, den seine Moskauer Kollegin Maria Stepanova 2015 als Reaktion auf die Kämpfe im Donbas geschrieben hatte – ahnungsvolle, hellsichtige Verse.

Neben den ukrainischen Stimmen sollten auch russische und belarussische zu hören sein, denn die von Repressionen drangsaliereten Bürger dieser Länder mussten zusehen, „wie in ihrem Namen ein

Verbrechen an ihren engsten Nachbarn begangen wurde“, wie es im Einladungstext hieß.

Die Gedichtzeilen, Essays und Prosastücke waren Büchern entnommen, die der publizistische Mainstream in die „osteuropäische Nische“ verbannt. Sie sprachen von etwas Unerhörtem, das alle anging: von einem Europa, in dem ein großer Krieg begonnen hatte. Die erschütterte Zuhörerschaft stellte fest, dass sie den Erfahrungsraum teilte, den diese Stimmen füllten.

Die Länder „dazwischen“

Wovon sprechen wir, wenn wir vom literarischen Osten sprechen? Einerseits von Russland – aus keiner osteuropäischen Sprache wurde und wird mehr übersetzt als aus dem Russischen.

Andererseits von den Ländern „dazwischen“. Sie liegen östlich der deutschen Grenze und westlich, südlich und südöstlich der Grenze der Russischen Föderation: „Stimmen aus dem östlichen Europa“ werden aus rund zwanzig verschiedenen, sogenannten kleinen Sprachen übersetzt. Diese Literaturen, durchaus große, sind weniger bekannt, und ihr Kanon ist im Unterschied zum russischen im allgemeinen Bewusstsein kaum verankert. Mit Leo Tolstoi und Fjodor Dostojewski, Anton Tschechow und Alexander Solschenizyn verbindet jeder gebildete Leser prägende Erfahrungen; mit Bolesław Prus und Bruno Schulz oder Božena Němcová und Lesja Ukrajinka dürfte es anders aussehen.

Nicht, dass man sie nicht kennen könnte. Zwanzig Jahre seit der Osterweiterung der Europäischen Union, dreißig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind Werke zeitgenössischer osteuropäischer Autoren hierzulande in beeindruckender Zahl präsent. Klassiker der frühen Moderne werden ausgegraben und neu ediert – dank einer reichen und weltweit einzigartigen Übersetzungskultur. Das großzügige Engagement privater und öffentlicher Kulturstiftungen, die Förderpolitik nationaler Buchinstitute in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat Verlage hierzulande ermuntert und unterstützt, auf den ersten Blick schwer verkäuflichen Titeln einen Programmplatz einzuräumen. Autorinnen und Autoren wurden über Jahre hinweg aufgebaut.

Epochemachende Bücher wie der *Roman eines Schicksallosen* von Imre Kertész (1996) oder *Das letzte Territorium* von Juri Andruchowytch (2003) öffneten eine unerwartete Dimension des Verstehens: Das Auschwitz-Gedenkjahr war gerade zu Ende gegangen, eine Fülle neuer historischer Studien, Erinnerungen und Zeugnisse lag vor. Doch so wie Kertész hatte noch nie jemand über den Holocaust geschrieben – aus der Sicht eines lernbegierigen Jugendlichen, der ins Konzentrationslager deportiert wird und verstehen will, welche Gesetze an diesem Ort

herrschen. Die verspätete Übersetzung des bereits 1975 in Ungarn erschienenen Romans wurde zum Buch der Stunde. Nicht nur die politischen Grenzen des jahrzehntelang geteilten Kontinents wurden abgebaut. Wie der Holocaust in Osteuropa wahrgenommen wurde, welche Erinnerungsspuren die deutschen Verbrechen dort hinterlassen hatten und wie die stalinistische Herrschaft sie auszulöschen versuchte – die Konfrontation mit dieser Erfahrung in der Lektüre bewirkte eine jähe Osterweiterung des europäischen Bewusstseins.

Juri Andruchowytchs Essays waren eine Einladung nach Mitteleuropa, in Städte und Landschaften, die auf deutsche Kulturtouristen einen zwiespältigen Reiz ausübten. Lemberg und Czernowitz, Brody und Stanislau – das waren Orte einer ermordeten jüdischen Kultur, deren Spuren kaum mehr sichtbar waren. Ruinen und Palimpseste, das alte Österreich, die polnischen Friedhöfe, die Sowjetarchitektur, armenische und griechische Kirchen, das Schweigen der Behörden nach Tschernobyl, der Hass auf den korrupten neuen Staat, der Regimekritiker umbringen ließ. Von all dem erzählte dieser Autor, mit so viel Geist und trotz allem mit Humor, dass man, wie eine Kritikerin schrieb, über die eigene Provinzialität erschrak. Die Ukraine, damals noch „ein Land, aus dem man wegging“, hatte mit diesem Autor ihren Interpreten gefunden. Ohne seinen unermüdlichen Einsatz – literarisch, publizistisch, bei öffentlichen Auftritten – hätte man in Deutschland womöglich den ersten Maidan 2004/05 verschlafen und den folgenreichen zweiten, im Februar 2014, nicht verstanden.

Literatur eignet sich nicht zum Eskapismus

Vor einigen Jahren tauchte ein neues Wort in der Verlagsbranche auf: Nahbarkeit. Es suggerierte, dass Bücher sich verhalten sollten wie Menschen – man möchte sich in ihrer Nähe wohlfühlen. Wer sich in ihre Obhut begibt, kann abtauchen. Doch Literatur, die beansprucht, sich auf der Höhe der Zeit zu bewegen – sprachlich, formal und intellektuell –, eignet sich nicht zum Eskapismus. Schon gar nicht, wenn sie, wie die osteuropäische, neben der Zumutung unvertrauter Namen und Realien die Leser mit dem Gefühl bedrängt, dass Dinge nicht durchschaubar sind und die handelnden Figuren von etwas Schwerem niedergedrückt werden.

Sie führt ins Unbekannte, bietet kein Geländer aus fertigen Begriffen, kein Register abrufbarer Gefühle. Aber sie schärft die Sinne – man taucht nicht ab, sondern wacht auf. Welchen Zauber die abbröckelnden Fassaden der Villen im Bukarest der finstersten stalinistischen Zeit in den Träumen eines Kindes entfalten; wie das Licht hinter einer südpolnischen Kleinstadt die hügelige Landschaft verklärt; wie ein

Güterzug langsam über einen Hügelzug am Horizont dahinfährt, in einem „Gebiet unklarer Staatlichkeit“; wie jemand mit der Sprache ringt, um das Schweigen zu brechen, das sich über die Jahre im sibirischen Lager, über die Ermordung der Urgroßmutter an einer Straßenecke in Kiew 1941 oder über den Verrat eines Onkels gebreitet hat – die Wirklichkeitsfülle dieser Geschichten drängt zur Verifizierung: Man liest weiter, man reist und will vor Ort erkunden, was sich zuvor in der Imagination aufgebaut hat. Zugänglichkeit ist eine Eigenschaft, die Orte und Texte teilen, sobald man sich selbst auf den Weg macht. Nur auf diese Weise entsteht ein Erfahrungsraum.

Die gewaltvolle Seite des Daseins

Mircea Cărtărescu, Andrzej Stasiuk, Serhij Zhadan, Sergej Lebedew, Katja Petrowskaja, Maria Stepanova, von deren Büchern soeben die Rede war, gehören zu den bekanntesten osteuropäischen Autoren. Ihr Werk strahlt aus. Ob es so breit und identifikatorisch gelesen wird wie das von Annie Ernaux, Haruki Murakami oder Elena Ferrante, darf bezweifelt werden, fordert es doch eine weit größere Bereitschaft, sich auf die gewaltvolle Seite des Daseins einzulassen, auf eine Gewalt, die nicht allein aus unglücklichen Familien- oder Klassenverhältnissen erwächst. In Büchern, die von der Zersetzung des Individuums durch staatlicherseits verübten Terror handeln, überfällt einen die niederschmetternde Erkenntnis, dass die Macht das kleine Leben zermalmt. Sie erscheint als geschichtliches Verhängnis, obwohl sie von Mensch zu Mensch ausgeübt wird und der Einzelne entweder Instrument oder Opfer, oftmals sogar beides ist.

Der Schock vom 24. Februar 2022 löste einen Boom aus: Die Verlage kamen mit dem Nachdrucken seit Jahren lieferbar und nur bescheiden nachgefragter Titel kaum hinterher. Die Standardwerke des Ukrainehistorikers Andreas Kappeler erreichten sechsstelligen Verkaufszahlen. Ukrainische Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Tanja Maljartschuk, Andrej Kurkow, Juri Andruchowytch, Serhij Zhadan und viele andere konnten sich der Einladungen, irgendwo zu reden oder etwas zu schreiben, kaum erwehren. Wie konnte es sein, dass ihre Bücher von Dingen erzählen, die sich doch erst heute vor unseren Augen abspielen? Wäre die Katastrophe dieses Krieges absehbar gewesen, hätte man ihren Stimmen mehr Aufmerksamkeit und Glauben geschenkt?

Serhij Zhadan, der Chronist des Krieges, sprach bereits im September 2018 in Berlin davon, wie unheimlich es ist, wenn die Figuren in seinen Büchern plötzlich lebendige Menschen werden und zu den Waffen greifen. Er sagte das anlässlich der Entgegennahme eines Preises, der ihm und seinen Übersetzern für den 2010 entstandenen, 2012 auf

Deutsch erschienenen Roman *Die Erfindung des Jazz im Donbass* verliehen wurde.

Den tödlichen Irrsinn, der dort wenige Jahre später beginnen würde, hat er auch 2018 noch nicht vorhergesehen.

Und wenn der Krieg zuschlägt

Die Möglichkeiten der Literatur sind begrenzt: Sie kann erzählen, die Entscheidungen ihrer Protagonisten nachvollziehbar machen, die Ideen, Hoffnungen oder Obsessionen evozieren, die sie leiten und in den Abgrund führen oder aus ihm heraus. Die Sprache der Poesie erschafft Gebilde eigenen Sinnes, an denen plötzlich eine Wahrheit aufgehen kann, so wie an jenem Nachmittag im Maxim Gorki Theater. Literatur ersetzt nicht historisches Wissen und befähigt nicht zu politischen Urteilen.

Die einzigen Institutionen, die den Krieg vorausgesehen und entsprechend gewarnt haben, waren die militärischen Geheimdienste der USA und Großbritanniens.

Literatur kann uns darauf vorbereiten, die Grenzen unseres Handelns und unserer Erwartungen zu akzeptieren, das Scheitern der Politik einzusehen, ohne es hinzunehmen, und einen skeptischen Verstand zu entwickeln. Und wenn der Krieg zuschlägt, gibt es nur wenige Mittel, die nicht allein Trost spenden, sondern auch die Möglichkeit bieten, einen Sinn in der verheerenden Erfahrung zu finden, auch in der Erfahrung anderer Menschen, und zwar nicht nur als Individuen, sondern als Gemeinschaften. Das ist es, was die Literatur leisten kann. Aber sie kann die Zukunft nicht vorhersagen; jedenfalls nicht uns, den Leserinnen und Lesern.

Europäische Selbstbehauptung

Gunther Krichbaum
Geboren 1964 in Korntal,
Europapolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundtagsfraktion.

Die EU-Erweiterungspolitik benötigt eine neue Dynamik

Die seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 erfolgten Erweiterungen der Europäischen Union in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sollten diesen Staaten Freiheit und Wohlstand garantieren.

Mit der militärischen Aggression Russlands 2014 in der Ostukraine und auf der Halbinsel Krim begann die Zeitenwende, nicht erst 2022 mit dem Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine. Seitdem hat sich die geopolitische Situation fundamental verändert. Heute geht es um die Selbstbehauptung Europas vor allem gegenüber den Bedrohungen durch Russland. Hinzu kommen die Herausforderungen durch den Systemrivalen China oder eine erneut drohende „America first“-Politik der USA.

Die vorgesehene Erweiterung der Europäischen Union (EU) um die Staaten des sogenannten Westlichen Balkans (offizielle Beitrittskandidaten sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien), um die Ukraine, die Republik Moldau und

Georgien ist vor diesem Hintergrund keine bloße Fortsetzung der Zusammenführung und die geografische Vollendung des freien Europas. Die EU-Erweiterung dient heute der Wahrung und Stärkung von Frieden, Freiheit, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Einheit dieses Europas. Das ist die aktuelle Dimension der Erweiterungsdiskussion. Wenn die Europäische Union hier scheitert, scheitert sie bei ihrer Selbstbehauptung. Deshalb brauchen wir ein neues Verfahren im Beitrittsprozess sowie eine Verbesserung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union.

Die Einheit Deutschlands und Europas wäre nicht möglich gewesen ohne die Freiheitsbewegung in Polen und die Grenzöffnung in Ungarn. Helmut Kohl hatte bereits damals festgestellt, dass die ersten Steine aus der Berliner Mauer in Ungarn herausgebrochen wurden. Schon zuvor hatte der polnische Beitrag – die freie Gewerkschaft *Solidarność* und der polnische Papst Johannes Paul II. – eine Bewegung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Gang gesetzt, die letztlich selbst vom sowjetischen Machtapparat nicht gestoppt werden konnte.

Unterschiedliche Interessen und Erwartungen

Heute, zwanzig Jahre nach Beginn der Aufnahme der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten, ist der Erweiterungsprozess eine Erfolgsgeschichte. Im Unterschied zu den vorangegangenen Erweiterungen hätten die politischen und ökonomischen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Mitgliedern allerdings nicht größer sein können. Durch die Erweiterungspolitik wurden und werden die politische Modernisierung und das wirtschaftliche Wachstum gestärkt – nicht nur in den Beitrittsländern. Die Europäische Union ist stärker geworden, vor allem durch eine stabile Währungsunion, der inzwischen acht der neuen Länder angehören.

In einer – was die Anzahl ihrer Mitgliedstaaten betrifft – seit 2004 doppelt so großen Union sind die Interessen und Erwartungen natürlich vielfältiger geworden. Zumal es nicht *eine* europäische Gründungsgeschichte und nicht *eine* europäische Integration gibt: Während Deutschland, Frankreich und die übrigen Gründungsstaaten vor allem über den Friedensgedanken Mitglieder der Europäischen Union geworden sind, war für die meisten Länder der Erweiterungsrounden seit 1989 der Freiheitsgedanke entscheidend. Sie wollten über eine EU-Mitgliedschaft vor allem ihre neu gewonnene staatliche Unabhängigkeit und die demokratische Entwicklung absichern.

Worum geht es den Beitrittskandidaten heute? Für die Westbalkan-Staaten sind die Wohlstandserwartungen bestimmend, auch,

um die enorme Abwanderung von jungen Menschen und Fachkräften zu stoppen. Für die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien ist der Sicherheitsgedanke prägend, da sie sich einem vermutlich auf Jahrzehnte äußerst aggressiven imperialistischen Russland gegenübersehen.

Wir müssen heute feststellen, dass der Erweiterungsprozess mit den Westbalkan-Ländern erheblich an Dynamik verloren hat. Im Juni 2003 gaben die damaligen EU-Länder mit der Agenda von Thessaloniki das Versprechen, diese Länder in die Europäische Union aufzunehmen. Mit Serbien und Montenegro wird seit über zehn Jahren verhandelt. Albanien und Nordmazedonien konnten die Beitrittsverhandlungen erst zwanzig Jahre später im Jahr 2023 beginnen. Die Ukraine und die Republik Moldau sowie Bosnien und Herzegowina haben den Verhandlungsbeginn vor sich, was mit Blick auf Kosovo und Georgien noch aussteht.

Nachlassende Attraktivität der EU-Perspektive

Die lange Dauer dieser Annäherungsprozesse an die Europäische Union offenbart zugleich deren Schwäche. Früher reichte ein Zeitraum von fünf bis sechs Jahren aus, um ein Land in die Europäische Union zu integrieren, nachdem es seinerseits die Kopenhagener Kriterien, welche die Beitrittsbedingungen und Reformziele für die EU-Beitrittskandidaten formulieren, erfüllt und den *Acquis Communautaire*, der alle Rechte und Pflichten umfasst, die für jedes EU-Mitglied verbindlich sind, übernommen hatte. Dabei galt: Der Weg war auch das Ziel, denn die Menschen in den Kandidatenländern hatten die glaubwürdige Perspektive, in einer überschaubaren Zeit zu EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu werden. Spätestens durch den fast achtjährigen Verhandlungs- und Ratifizierungsprozess für den Beitritt Kroatiens geriet diese Gewissheit ins Wanken.

Dies hat zur Folge, dass in den Westbalkan-Ländern die EU-Perspektive an Attraktivität verloren hat und die Zustimmung zur Europäischen Union rapide gesunken ist. Hinzu kommt, dass der gesamte Westliche Balkan derzeit einen demografischen Ausblutungsprozess durchlebt. Gerade Menschen der jungen Generation und der Mittelschicht wandern in EU-Mitgliedstaaten aus. Zudem ist die Geburtenrate massiv gesunken. Und die Dauerkonflikte zwischen Kosovo und Serbien oder in Bosnien-Herzegowina belasten den Erweiterungsprozess und bergen Risiken für die Sicherheit und Stabilität.

Erforderlich ist eine neue Dynamik durch eine Neuausrichtung der EU-Erweiterungspolitik. Dafür sind mit den Kandidatenländern – einem schrittweisen Integrationsansatz folgend – auf dem Weg zur EU-Vollmitgliedschaft länderspezifische attraktive Zwischenstufen für eine engere Anbindung an und Einbindung in die Europäische Union zu

vereinbaren: Statt von den Beitrittskandidaten zu verlangen, dass sie eine „Messlatte“ von kaum zu bewältigender Höhe überspringen, sollten künftige Verfahren verschiedene Stufungen vorsehen. Dabei muss nach einer jeden Stufe ein spürbarer Vorteil für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger erkennbar werden. Zentral bleibt allerdings: Die Kopenhagener Beitrittskriterien müssen weiterhin vor einer Aufnahme in die Europäische Union strikt erfüllt werden! Es geht also weder um eine Verwässerung der EU-Beitrittskriterien, noch liegt eine Verkürzung des Beitrittsprozesses im Interesse der Kandidatenländer oder der Europäischen Union, denn durch ein oft fiktiv genanntes Beitrittsdatum werden die Beitrittsvoraussetzungen nicht schneller erfüllt.

Zwischenstufe „Assoziierte Mitgliedschaft“

Im Interesse der Wahrung und Stärkung von Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa könnte als attraktive Zwischenstufe eine so zu benennende „assozierte Mitgliedschaft“ im Bereich der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgesehen werden. Voraussetzung wäre, dass das jeweilige Land alle EU-Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, auch jene gegen Russland und China, vollständig mitträgt. Dies hat allein Serbien bisher nicht erfüllt. Zudem müsste das betreffende Land für eine „assozierte Mitgliedschaft“ die Verhandlungen über das Kapitel Außenbeziehungen abgeschlossen haben. Diese Themenschwerpunkte müssten deshalb parallel mit den Rechtsstaatskapiteln an den Beginn des Verhandlungsprozesses gestellt werden. Bis zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen sollte das Land zunächst ohne und danach (in der Ratifizierungsphase) mit Stimmrecht teilnehmen.

Außerdem könnten bereits jetzt Delegationen der Beitrittsländer eine ständige Beobachterrolle im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat erhalten. Durch eine solche Einbeziehung in das Handeln der Europäischen Union würden die Länder Teil der Prozesse und der Abläufe innerhalb der Europäischen Union sein und in Vorbereitung ihrer künftigen Mitgliedschaft konkrete Erfahrungen sammeln.

Mit einer stufenweisen Einbindung in bestimmte EU-Programme oder EU-Politiken würden zunächst auf die Stärken der Kandidatenländer zugeschnittene Formen der Beteiligung vereinbart werden. Das schafft viele Differenzierungsmöglichkeiten entsprechend den Fähigkeiten des Beitrittslandes. In dem Bereich, in dem es enger an die Europäische Union angebunden werden soll, muss es die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen respektive im Verhandlungsprozess entsprechend fortgeschritten sein. Eine solche Anbindung sollte einschließen, dass das Land an den entsprechenden Ausschüssen und Ratsformationen der EU-Mitgliedstaaten (ohne Stimmrecht) teilnimmt.

Auch könnte der Beitritt zum EU-Binnenmarkt ermöglicht werden, sollte das Kandidatenland die Beitrittskriterien erfüllen, ehe die Europäische Union aufnahmefähig ist.

Mit derlei Schritten würde die Europäische Union mehrere Botschaften aussenden: Zum einen würden die Menschen in den Beitrittsländern spüren, dass sie dazugehören. Auf jeder Stufe würden sie die jeweiligen politischen, institutionellen und finanziellen Vorteile erfahren. Das sollte ihre Regierungen zu einer Beschleunigung ihrer Beitrittsanstrengungen ermutigen. Zum anderen würden Länder wie Russland und China erkennen, dass die Kandidatenländer zur Europäischen Union gehören.

Zugleich muss die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union verbessert werden, damit sie aufnahmefähig wird. Ein schrittweiser Übergang zu mehr Mehrheitsentscheidungen ist notwendig, weil es sonst zu viele Blockademöglichkeiten gibt.

Schiedsgerichtliche Verfahren

Auch muss das Subsidiaritätsprinzip gestärkt werden: Die Europäische Union muss sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die auf europäischer Ebene besser als auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene erfüllt werden können. Dies gilt vor allem für die Außen- und Sicherheits-, Migration-, Wirtschafts-, Handels-, Energie- und Klimaschutzpolitik.

Nicht zuletzt sind für eine neue Dynamik bei den Erweiterungsverhandlungen für alle EU-Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer verbindliche Regelungen unabdingbar, die ausschließen, dass offene bilaterale Fragen während des Beitrittsprozesses für Erpressungsversuche instrumentalisiert werden können, wie es bei Nordmazedonien durch Griechenland und Bulgarien der Fall war. Dazu muss der Europäische Rat künftig mit qualifizierter Mehrheit entscheiden können, ob eine Streitigkeit bilateraler Natur ist oder ob sie die EU-Integration insgesamt betrifft. Wenn sie bilateraler Natur ist, muss es ein schiedsgerichtliches Verfahren geben. Integrationspolitische Streitigkeiten sind etwa durch den Europäischen Gerichtshof zu entscheiden.

Angesichts der globalen Herausforderungen, einem imperialistischen Russland und dem Systemkonkurrenten China benötigen wir zumindest diese Reformen, um eine neue Dynamik im Erweiterungsprozess zu erzeugen und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die Erfahrung von zwanzig Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit Europas sollte uns den Willen und die Kraft dazu geben.

It's the war, stupid

Merili Arjakas

Junior Research Fellow,
International Centre
for Defence and Security
(ICDS), Tallinn, und
Chefredakteurin der
Zeitschrift „Diplomaatia“
des ICDS.

Ivan U. K. Kłyszcz

Promovierter Politik-
wissenschaftler, Research
Fellow, International
Centre for Defence and
Security (ICDS), Tallinn.

Krieg und Kriegsgefahr als Grund- wahrnehmung

Am 9. März 2024 erinnerte das Außenministerium der Republik Estland in den sozialen Medien an den 80. Jahrestag der Bombardierung Tallinns im März 1944.

Der Beitrag zog eine direkte Parallele zwischen dem sowjetischen Feldzug in Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs und Russlands aktuellem Krieg in der Ukraine: „Bis zu 300 sowjetische Flugzeuge bombardierten uns, und ihre Hauptziele waren Wohnviertel und kulturelle Sehenswürdigkeiten. Das russische Drehbuch ist heute in der Ukraine dasselbe.“

Ausgelöst wurde damit eine Kontroverse, wobei die Kritiker darauf hinwiesen, dass Estland 1944 von den Nationalsozialisten besetzt war, sodass die Bombardierung Tallinns als Teil der Befreiung Europas gerechtfertigt gewesen sei. Einige meinten sogar, die Empörung über die Bombardierung zeige eine Sympathie mit den damaligen Besatzern.

Im Zweiten Weltkrieg sind auch Städte in Westeuropa von Besatzung, Bombardements und weitreichenden Zerstörungen betroffen gewesen. Aber es gibt divergierende Perspektiven auf diesen Krieg und seine Folgen. Russland, Westeuropa und die Regionen, die zwischen ihnen liegen – die *bloodlands* (Timothy Snyder) – haben einen unterschiedlichen Blick darauf.

Der hohe Blutzoll der Zivilbevölkerung wäre uns vielleicht noch verständlich gewesen, hätte er nicht allein zur Vertreibung der Nationalsozialisten, sondern zum Ende der Besetzung Estlands geführt. In den baltischen Staaten hatte die deutsche Besatzung jedoch lediglich die sowjetische von 1940 bis 1941 abgelöst, die 1944 erneut zurückkehrte. Jede „Befreiung“ führte zu Hinrichtungen und Deportationen, zur Unterdrückung der lokalen Bevölkerung. Erst 1989 bis 1991, fast fünf Jahrzehnte später, befreiten sich die Völker Osteuropas endlich vom sowjetischen Joch. Russland hat sich als Nachfolgestaat der Sowjetunion nie offiziell bei Estland für die Besatzung und die Deportationen entschuldigt. Für die Nationen in Osteuropa prägt diese historische Erfahrung das heutige Verständnis des Krieges in der Ukraine.

Wunschdenken kollidiert mit der Realität

1991 erlangte Estland seine Souveränität zurück, verfolgt seitdem eine eigenständige Außenpolitik und hat 1997 die Weichen für den Beitritt zur NATO sowie 2004 zur Europäischen Union gestellt. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft in beiden Organisationen beteiligte sich Tallinn an der europäischen Außenpolitik mit dem Ziel der Zusammenarbeit mit Moskau und der Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation. Estnische Universitäten schufen Austauschprogramme, Handel und Investitionen nahmen zu, und es entwickelte sich eine Vielzahl zwischenmenschlicher Kontakte. Ohne jemals die Erinnerung an den Krieg und die Besatzungszeit auszublenden, engagierte sich Estland somit für Russland.

Gleichzeitig bot das Verhalten Russlands Estland keinen Anlass, seine Wachsamkeit zu verringern. Die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unter russischer Ägide 1991 zielte ausdrücklich auf den Wiederaufbau eines konföderalen Staates ab, was sich 1992 jedoch als unmöglich erwies. Der Abzug der russischen Streitkräfte aus Estland erfolgte drei Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands nach schwierigen Verhandlungen und auf starken Druck des Westens. Dennoch hielten Russlands imperiale Ambitionen gegenüber Estland an. Ein äußerst alarmierender Vorfall waren die „Bronzesoldaten“-Unruhen am 26. April 2007, als sich über 1.500 mehrheitlich russischsprachige Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei lieferten. Auslöser war die Versetzung eines sowjetischen Denkmals, des „Bronzesoldaten von Tallinn“, und die Exhumierung von Kriegsgefallenen an dieser Stelle. Im Frühjahr 2007 trafen sich russische Diplomaten mit den Protestführern, die schließlich die Randalierer aufwiegelten. Die russische Seite übte diplomatischen Druck aus, drohte

Sanktionen an und koordinierte Cyberangriffe und Desinformationskampagnen über die damals gerade aufkommenden Social-Media-Plattformen. Die Absicht war, die estnische Gesellschaft zu destabilisieren, damit Moskau seinen Einfluss auf die inneren Angelegenheiten des Landes ausweiten konnte.

Diese Übergriffe hätten Europa eigentlich die Augen öffnen müssen, jedoch prägte die eskalierende Aggressivität Russlands erst allmählich die europäische Wahrnehmung. Nur ein Jahr später führte Russland zusammen mit den selbsternannten Republiken Südossetien und Abchasien einen Krieg mit Georgien nach einer diplomatischen Krise, die nach dem Versprechen der NATO, den Beitrittsantrag Georgiens zu prüfen, ihren Höhepunkt erreicht hatte. Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit der Annexion der Krim 2014 veränderte die Wahrnehmung Russlands in ganz Europa, was sich in den anschließend beschlossenen Sanktionen widerspiegelte. In den 2010er-Jahren wurden mehrere osteuropäische Initiativen ergriffen, um die Bündnispartner dazu zu bewegen, die Abschreckung gegen Russland endlich ernst zu nehmen. Spätere Vorfälle wie die Sabotage eines Munitionsdepots in der Tschechischen Republik 2014, der Abschuss des Flugzeugs MH17 der *Malaysia Airlines* und die Giftanschläge auf Sergej Skripal und seine Tochter im Vereinigten Königreich 2018 unterstrichen die Aggressivität Russlands nur noch. Für die USA galt Russland bis 2016 als „Regionalmacht“. Erst 2017 erklärten die USA in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie Russland gemeinsam mit China zu ihren beiden strategischen Rivalen. Dennoch sollte es bis zur Belagerung von Kiew im Jahr 2022 dauern, bis sich eine Mehrheit der NATO-Mitglieder verpflichtete, die Zwei-Prozent-Richtlinie für die jeweiligen Militärausgaben zu erreichen und die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriff zu unterstützen.

Ansichten in Europa

Die Ansichten des französischen Präsidenten Emmanuel Macron haben sich seit der groß angelegten Invasion 2022 gewandelt. Bis 2024 trugen Russlands Unnachgiebigkeit, unverhohlene Desinformationskampagnen in Frankreich und Russlands Rolle bei der Vereitelung der französischen Militärpräsenz in der Sahelzone zu einer Meinungsverschiebung im Élysée-Palast bei, die in einem Tabubruch Macrons gipfelte, als er über mögliche europäische Militäreinsätze in der Ukraine sprach. Damals scherzten einige, dass Frankreich der „vierte baltische Staat“ geworden sei.

Allerdings sind die mittel- und osteuropäischen Länder in ihrer Wahrnehmung des Krieges und der europäischen Sicherheit von Einigkeit weit entfernt. Ungarn, das in der Europäischen Union manchmal als

Russlands „Trojanisches Pferd“ bezeichnet wird, hat für Frustration gesorgt. Die Regierung Viktor Orbáns scheint sich vom bisherigen pragmatischen Opportunismus zu lösen und einem ideologischen Glauben zu folgen, nach dem sich die westlichen Staaten im Niedergang befänden und Russland und China in ihrem Kampf gegen die Demokratie siegen würden. Orbán hält die Beziehungen zu beiden Mächten aufrecht, vernachlässigt internationale Sanktionen und lehnt Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine ab.

Die Notwendigkeit, militärische Hilfe zu leisten und die Integration der Ukraine in westliche Institutionen zu fördern, war für die slowakische Gesellschaft nie eindeutig. Die vorherige Regierung schien die Ukraine *trotz* der öffentlichen Meinung zu unterstützen, nicht *wegen* ihr. Der derzeitige Premierminister Robert Fico sprach sich sowohl gegen westliche Waffenlieferungen an die Ukraine als auch gegen ihren NATO-Beitrittsantrag aus, obwohl er sich in Gesprächen hinter verschlossenen Türen eher zurückhaltend verhält.

Warschau setzte sich von Anfang an für eine verstärkte internationale Unterstützung der Ukraine einschließlich Militärhilfe und ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO ein. Es hätte auch anders kommen können. Einerseits ist die polnisch-ukrainische Geschichte geprägt von Kriegen und gewaltsamen Umsiedlungen zwischen beiden Ländern, die viele noch miterlebt haben. Darüber hinaus würde ein Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union einen potenziell mächtigen wirtschaftlichen Konkurrenten für Polen, insbesondere auf dem Agrarsektor, in den Staatenverbund holen. Andererseits teilen beide Länder eine Geschichte des Widerstands gegen die russische Dominanz. Einige Menschen in Polen betrachten daher die aktuelle Unterstützung der Ukraine als Fortsetzung des Widerstands gegen Russland. Zudem befürchten die Polen, dass eine ukrainische Niederlage eine direkte Konfrontation mit Moskau bedeuten würde. Die polnische Mitte-Regierung, die 2023 in das Amt eingeführt wurde, hat ihre anhaltende Unterstützung der Ukraine erklärt, auch wenn das historische Gedächtnis und der wirtschaftliche Wettbewerb die Ukraine-Politik Warschaws weiterhin belasten werden.

Angst vor dem Verlassenwerden

Mittel- und Osteuropa ziehen wie Estland historische Parallelen zwischen der expansionistischen Außenpolitik des zaristischen Russlands, der Sowjetunion und des modernen Russlands unter Putin. Als solche ist die Ukraine von zentraler Bedeutung für Russlands Ziele, weil der Kreml eine demokratische, unabhängige, westlich orientierte ostslawische Nation als unerträgliche Bedrohung betrachtet, denn sie gäbe ein Beispiel,

dem die eigene Bevölkerung nacheifern könnte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Ambitionen Russlands allein auf die Ukraine beschränken, wie das Ultimatum von Außenminister Sergej Lawrow an die NATO im Dezember 2021 zeigte. Russland forderte damals den Abzug der NATO-Truppen aus Gebieten, die vor 1997 nicht Teil des Bündnisses gewesen waren; diese Truppen sind allerdings nur als Reaktion auf die eskalierende russische Feindseligkeit dort stationiert worden.

Die historischen Erfahrungen, vom Molotow-Ribbentrop-Pakt bis zur Missachtung der auf der Konferenz von Jalta festgelegten Prinzipien, haben ein bleibendes Trauma in der mittel- und osteuropäischen Psyche hinterlassen: die Angst vor dem Verlassenwerden. Die Vorstellung, dass die Großmächte in Westeuropa und weltweit eines Tages einmal mehr über unsere Köpfe hinweg einen Deal mit Russland abschließen könnten, prägt weiterhin unsere Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine und der Reaktion des Westens. Diese Befürchtung erklärt auch, warum die baltischen Staaten und Polen paradoxerweise ihre Sicherheitslage zugleich als die beste und die schlechteste seit 1991 wahrnehmen. Einerseits bietet die Mitgliedschaft Estlands in der Europäischen Union und der NATO in Verbindung mit einer aktiveren Rolle beider Organisationen in der europäischen Verteidigung eine beispiellose Sicherheitsgarantie für die Staaten an der Ostflanke des Bündnisses. Andererseits hat der umfassende Krieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt, dass das Regime im Kreml sowohl anfällig für Fehleinschätzungen als auch bereit ist, den Autoritarismus im Inland zu verstärken, um außenpolitische Ziele zu erreichen, die nichts Gutes für die Wiederherstellung und Gewährleistung der Sicherheit in Europa verheißen.

Sowohl West- als auch Osteuropa erkennen an, dass der Krieg in der Ukraine ein entscheidender Moment für die europäische Sicherheit ist und sein Ausgang die Zukunft Europas und des Westens prägen wird. Dennoch gibt es vieles, was die westlichen Staaten trennt – von unterschiedlichen historischen Erfahrungen bis hin zu aktuellen politischen Perspektiven: ob wir größere Angst vor einer Besatzung oder der Eskalation des Konflikts haben sollten, ob wir eine Niederlage Russlands und einen Sieg der Ukraine anstreben sollten oder ob die Demütigung einer Niederlage für den Kreml und die russische Gesellschaft zu viel wäre. Dennoch hat Europa gezeigt, dass es der russischen Kriegslust standhalten kann; von der Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine bis hin zur Aufrechterhaltung des Sanktionsregimes. Der Krieg zeigt einmal mehr, dass Europa in Krisen geschmiedet wird. Trotz unterschiedlicher Ansichten und Erinnerungen an die Vergangenheit hat Europa bewiesen, dass es zusammenarbeiten kann – ein wichtiger Präzedenzfall, der dazu beitragen wird, die Herausforderungen zu bewältigen, die im Krieg Russlands gegen die Ukraine noch vor uns liegen.

„Sein Tod war eine Katastrophe“

Jan Matti Dollbaum
Geboren 1989 in Wuppertal, promovierter Politikwissenschaftler, Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe „MORE Eastern Europe“ zu Repräsentation und Mobilisierung im post-sowjetischen Osteuropa, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Über Alexej Nawalny und die Opposition in Russland

Gibt es nach dem Tod von Alexej Nawalny überhaupt noch eine Opposition in Russland?

Jan Matti Dollbaum: Gute Frage. Erst einmal würde ich sagen: Was ist Opposition? In einem parlamentarischen System hat Opposition bestimmte Rechte und erfüllt eine bestimmte Rolle. In einem autoritären System wie in Russland versucht Opposition vor allem, dieses autoritäre System zu überwinden. Zumindest die „nichtsystemische Opposition“ versucht das. Diese Nichtsystem-Opposition gibt es innerhalb Russlands jetzt kaum noch, wenn es sie überhaupt noch gibt.

Der Oppositionspolitiker Wladimir Kara-Mursa ist zu 25 Jahren Haft verurteilt und im Gefängnis, auch Ilja Jaschin sitzt eine Gefängnisstrafe von mehr als acht Jahren ab. Und die bekannteste Figur dieser Nichtsystem-Opposition war Alexej Nawalny, der im Februar unter ungeklärten Umständen im Gefängnis hinter dem Polarkreis ums Leben kam. Er war seit 2021 in Haft. Hatte man seinen Tod in Kauf genommen – oder war es ein gezielter Mord?

In Kauf genommen, das steht außer Frage, und auch provoziert. Die Konditionen wurden laufend verschärft, Nawalny war immer wieder in Isolationshaft. Für seinen Tod ist die Regimeführung verantwortlich und auch Putin persönlich, ob er ihn angeordnet hatte oder nicht. Es gab eine große Geheimniskrämerei, und es wurden keinerlei Beweise für einen natürlichen Tod vorgelegt. Insofern ist es sehr wahrscheinlich, dass er keines natürlichen Todes gestorben ist. In einem personalisierten, autoritären russischen Regime wiederum ist es sehr wahrscheinlich, dass Putin davon wusste. Aber das sind logische Schlüsse. Das hat nicht die Qualität einer Beweisführung anhand von Evidenzen. Die wird es vermutlich erst nach dem Ende des autoritären Regimes geben können, wenn Archive geöffnet werden.

Was hat dieser Tod bedeutet?

Sein Tod war eine Katastrophe. Mindestens für die, die nach seiner Rückkehr und Verhaftung 2021 auf die Straße gegangen sind, und für die, die sein Schicksal mitgenommen hat, ob sie ihn politisch unterstützt haben oder nicht. Die Depression, die sowieso herrscht in der russischen Opposition – Opposition nicht als Organisation, sondern als „state of mind“ verstanden –, vertiefte sich noch einmal.

Man mochte mit Nawalny im Clinch liegen, was Position und Strategien angeht. Weitgehend ungeteilte Bewunderung schlug ihm aber dafür entgegen, dass er bereit war, dieses Opfer zu bringen: wieder nach Russland zurückzukehren, sich dem Regime zu stellen. Er hat immer wieder gezeigt: Man kann Stärke zeigen im Angesicht dieses Repressionsapparats, kann sich über ihn lustig machen. Diese Botschaft war für viele Leute extrem wichtig in ihrem eigenen täglichen Kampf gegen die Verzweiflung.

Julia Nawalnaja erklärte nur drei Tage nach dem Tod ihres Mannes, seine Arbeit fortzuführen. Kann sie eine solche Rolle ausfüllen?

Das war sehr effektiv, bewundernswert und wichtig. Was genau wird, weiß man natürlich nicht. Sie hat andere Fähigkeiten als Nawalny, verfügt nicht über seinen Humor. Aber sie kann trotzdem viel bewirken. Die moralische Führerschaft kann auch sie übernehmen.

In einem Artikel schreiben Sie, dass er „vorphilosophisch“ agierte. Was heißt das?

Viele haben ihm vorgeworfen, auch in Russland, er kämpfe zwar beispielsweise gegen Korruption, aber habe kein richtiges Programm. Das sei unpolitisch. Geht man von einer idealisierten parlamentarischen Demokratie aus – wo Politik darin besteht, dass unterschiedliche Parteien miteinander konkurrieren und man ein in sich kohärentes Programm braucht, um sich daran zu beteiligen –, dann passt das, was Nawalny machte, da nicht hinein. Aber: Er wollte dieses Ideal der politischen Konkurrenz und verschiedenen Programme in einem parlamentarischen System erreichen. Dazu versuchte er als ersten Schritt, eine sogenannte „negative Koalition“ zusammenzubringen, also eine Allianz von Menschen, die sich in der Gegnerschaft zu Putin einig sind, auch wenn sie darüber hinaus Differenzen haben. Dazu brachte Nawalny Versatzstücke unterschiedlicher politischer Richtungen zusammen, die nicht unbedingt als Programm Sinn ergaben, sondern unterschiedliche Menschen und Gruppen ansprechen sollten. So gesehen, war sein Agieren vorpolitisch, weil die in seinen Augen „richtige“, das heißt parlamentarische Politik erst nach dem Fall des Regimes möglich ist.

So gab es den Nawalny, der gegen Korruption kämpfte und die Massen mobilisieren konnte. Gleichzeitig gab es den Nawalny, der nationalistische Töne anschlug. In westlichen Medien wurde er oft einseitig zum Helden stilisiert.

Man sollte anerkennen, dass das alles zu ihm gehörte und in der Gesamtheit funktionierte. Einerseits galt er als eine Art Freiheitskämpfer und andererseits liebäugelte er mit Nationalisten. Einerseits war er strammer Führer seiner Protopartei, die keinen Input von unten duldete, andererseits präsentierte er sich als Demokrat. Das mag uns paradox erscheinen. Aber der Maßstab, nach dem wir das zum Widerspruch erklären, ist einer, der dem russischen Kontext nicht unbedingt angemessen ist. Man muss Nawalny nicht zum Helden machen. Man kann aber trotzdem anerkennen, dass er eine beachtliche und bewundernswerte Leistung vollbrachte, indem er sich so kompromisslos gegen das Regime stellte.

Und seine nationalistischen Aussagen?

Nawalny erklärte später, die Nationalisten seien zu diesem Zeitpunkt eine starke politische Kraft gewesen, die er lieber hinter sich haben wollte als gegen sich. Da sind wir wieder beim „Vorphilosophischen“: Das kann eine strategische Entscheidung gewesen sein. Vielleicht stimmte er mit einzelnen nationalistischen Positionen tatsächlich überein, das ist rückwirkend schwer zu prüfen. Aber das müssen wir nicht rechtfertigen und nicht gutheißen, um dennoch seinen Beitrag wertzuschätzen für den Kampf um Demokratie in Russland.

Nawalnys Team hat einen neuen Film herausgebracht mit dem Titel „Predateli“, „Verräter“. Es geht um die 1990er-Jahre in Russland, die Oligarchen, die sich damals bereichert haben. Aber auch Liberale der damaligen Zeit werden heftig dafür kritisiert, die Demokratie verraten zu haben. Was ist die Idee dahinter, warum die 1990er-Jahre?

Nawalny selbst hat gesagt, dass er in den 1990er-Jahren ein Jelzin-Fan war. Erst langsam habe er gemerkt, dass der damalige Präsident und die Leute um ihn herum die Grundlage legten für Putin und dafür, dass Putin die 1990er-Jahre als Legitimationsstrategie ausschalten konnte. Insofern ist dieser Film auch ein Reflexionsprozess. Vor allen Dingen besteht darin eine Kommunikationsstrategie, um nicht unter sich zu bleiben, sondern mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Diese nimmt die 1990er-Jahre mit den massiven Umbrüchen und Entbehrungen, einer hohen Kriminalitätsrate und viel Gewalt größtenteils als Katastrophe wahr. Es geht darum, Putin die Deutungshoheit über die für viele traumatischen 1990er-Jahre streitig zu machen und sich davon als Liberale nicht diskreditieren zu lassen.

Aber viele kritisieren, es fehle ein Programm, das mit dem Imperialen aufräumt, ein Programm, das die Leute auch an ihre Verantwortung für Russlands Krieg gegen die Ukraine erinnert und nicht davon freispricht. Wäre das nicht die Aufgabe der russischen Opposition?

Ich will mir nicht anmaßen, das zu beurteilen. Die Opposition sieht sich mit sehr unterschiedlichen Forderungen konfrontiert. Eine andere Forderung etwa ist, die Kluft zwischen denen, die Russland verlassen haben, und denen, die in Russland geblieben sind, nicht zu groß werden zu lassen.

So ist zu bemerken, dass Julia Nawalnaja in einen Zwiespalt gerät: Einerseits ließ sie sich mit US-Präsident Joe Biden fotografieren, quasi im Schulterschluss mit den westlichen Gegnern des russischen Angriffskriegs. Und gleichzeitig versucht sie, sich für die einfachen Russinnen und Russen einzusetzen. Sie bat am 28. Februar 2024 im Europäischen Parlament darum, zwischen Putin und der russischen Bevölkerung zu unterscheiden, nicht die russische Bevölkerung, sondern Putin und seine Leute mit Sanktionen zu belegen. Das ist eine Position, die längst nicht von allen geteilt wird. Indem sie sich für die gewöhnlichen Russinnen und Russen einsetzt, macht sie sich angreifbar in den Augen aller, die an eine Kollektivschuld oder einen tief verwurzelten russischen Imperialismus in der Bevölkerung glauben. Und das sind nicht wenige.

Julia Nawalnaja ist im Exil, wie viele andere russische Oppositionspolitiker auch. Was kann die Opposition im Exil bewirken?

Das ist ein großes Problem. Und es ist auch ein Grund, warum der Fokus des Teams Nawalny immer noch auf YouTube liegt. Das ist die einzige westliche Social-Media-Plattform, die in Russland noch nicht verboten ist. Das Team Nawalny möchte sich damit im Spiel halten – auch über strategisch platzierte Botschaften wie zu den 1990er-Jahren – für eine Zukunft, in der es wieder eine Rolle spielen und in Russland aktiv werden kann. Mehr kann man im Moment nicht tun. Die Kräfteverhältnisse sind klar: Das Regime hat nicht nur die faktischen Möglichkeiten, sondern sendet auch alle Signale, dass es bereit ist, die Repression weiter zu erhöhen, wann immer es nötig sein sollte.

Die nichtsystemische Opposition hat also im Land selbst kaum Möglichkeiten. Was meint dann im Gegensatz dazu „System-Opposition“?

Es gibt auch organisierte Opposition, die sich in das System eingebunden hat oder die in das System eingebunden wurde. Sie erfüllt aber nicht die Funktion, wie man sie von der Opposition in demokratischen Ländern kennt. Sondern sie ist integrierter Teil des Multi-Parteien-Regimes.

Welche Rolle hat diese System-Opposition in Russland heute? Doch keine andere als die der Claqueure und Unterstützer?

Doch, aber ihre Rolle ist sehr subtil. Die Kommunistische Partei etwa betreibt aggressive Anti-Ukraine-Hetze und antiwestliche Propaganda. Sie und andere Parteien, wie die rechtspopulistische Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR), zeichnen sich durch einen noch größeren Nationalismus und Imperialismus aus als die Regierungspartei „Einiges Russland“. Sie übernehmen keine klassische Oppositionsfunktion, sondern verkaufen Pro-Kriegs-Rhetorik als volksnah. Also als etwas, was nicht nur vom Kreml gewollt sein kann. Die Führungsriege dieser Parteien ist in das autoritäre Regime eingebunden. Was wiederum nicht heißt, dass sie nicht auch genuine Unterstützer hätten. Und andererseits sind die Kommunisten die Partei, die auf unterer Ebene wohl die meisten echten Kriegsgegner und Oppositionellen versammelt. Noch so eine Normalität im russischen autoritären System, die für uns ein Widerspruch ist.

Es gibt allerdings bedeutende Unterschiede zwischen der Parteielite der Kommunisten, die sehr aggressiv auftritt, und einer relativ neuen Partei wie „Nowije Ljudi“ [„Neue Leute“, Anm. d. Redaktion], die nichts zum Krieg sagt. Das ist das Spektrum, in dem man sich bewegen kann: Am Ende des Spektrums steht nicht radikale Kritik, sondern Schweigen. Das ist das Radikalste, was man machen kann. Zumindest, wenn man als Organisation überleben will.

Gibt es in Russland noch eine Protest-Opposition, etwa in der Zivilgesellschaft?

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene gibt es kleinere Organisationen, die versuchen, sich irgendwie zu halten. Meistens informell, um sich nicht noch angreifbarer zu machen. Ein Beispiel ist die Feministische Antikriegsbewegung. Sie ist eine der wenigen Gruppen, die versuchen, den Widerstand gegen den Krieg im öffentlichen Raum zu halten. Und sei es auch nur mittels Graffiti, Aufklebern oder Einzelprotesten. Die Möglichkeiten sind aber sehr eingeschränkt.

Und dann gibt es Gruppen, die sich in eine politische Richtung entwickeln, die Bewegung der Ehefrauen der mobilisierten Soldaten etwa. Sie versuchten zunächst über den in Russland üblichen Weg, nämlich über einen direkten Appell an den Präsidenten, ihre Männer von der Front zurückzuholen. Im Zuge der Präsidentschaftswahl im März 2024 politisierten sich diese Proteste schließlich teilweise: Manche äußerten sich öffentlich und sehr explizit, sie hätten verstanden, dass es sich um ein politisches Problem handle, nicht um ein individuell zu lösendes.

Einzelne Frauen taten dies zumindest.

Einzelne, ja. Aber auf ihrem Telegram-Kanal mit 60.000 Subscribern riefen sie etwa dazu auf, sich an der Protestaktion „Polden proti Putina“ [englisch: „Noon against Putin“, Anm. d. Redaktion] zu beteiligen, also am letzten Wahltag mittags zu den Wahllokalen zu gehen, um zu zeigen, dass man gegen Putin ist.

Das ist eine interessante Entwicklung: Aus einem ganz konkreten Bedürfnis entsteht ein politischer Impetus. Und diese Frauen haben den Vorteil, dass man ihnen nicht so schnell vorwerfen kann, sie seien liberale, urbane, russlandfremde Menschen. Es geht größtenteils um Ehefrauen russischer Soldaten.

Sie mit Repressionen und Diskreditierung zu belegen, ist nicht so einfach. Sobald sie aber nicht mehr individuell auftreten, sondern als Organisation, ist dieser Vorteil weniger wert: Am 31. Mai wurde die Gruppe „Put’ Domoj“ („Weg nach Hause“) zum sogenannten ausländischen Agenten erklärt. Das ist oft der erste Schritt einer Reihe von Drangsalierungen. Die Einstufung als „unerwünschte Organisation“ kann folgen, dies könnte auch strafrechtliche Konsequenzen bis hin zur Verhängung von Gefängnisstrafen haben.

Was können wir über die Gesellschaft insgesamt sagen? Wie sehr ist sie für diesen Krieg und wie sehr steht sie hinter diesem Regime?

Es ist sehr schwer, darüber belastbare Aussagen zu treffen. Die Bewertung von Umfragen ist in einem autoritären System immer schwierig. Man muss davon ausgehen, dass viele das antworten, was opportun erscheint. Man kann versuchen, in die Interpretation der Ergebnisse

Verzerrungen einzupreisen: Menschen, die dagegen sind, werden sich eher nicht an Umfragen beteiligen. Und wenn sie es tun, dann äußern sie sich eher entgegen ihren eigentlichen Präferenzen. Also müssten sich in Umfragen mehr Leute für den Krieg äußern, als tatsächlich für den Krieg sind. Angesichts dessen ist erstaunlich, dass sich in Umfragen eine relative Mehrheit findet, die dagegen ist, den Krieg weiterzuführen, und sofortige Friedensverhandlungen befürwortet.

Man muss das alles mit sehr viel Vorsicht genießen, aber ein klares Bild, dass die Russen hinter Putin stehen und für diesen Krieg sind, das ergeben die Umfragen nicht. Vielmehr scheint es eine große Gruppe von Leuten zu geben, die damit nicht einverstanden sind. Doch sie trauen sich nicht, aus diesem Dissens heraus zu agieren, auf die Straße zu gehen, zum Beispiel.

Was sind die Faktoren, die irgendwann einen Wandel in Russland einleiten könnten?

Ich glaube nicht, dass diese aus der Opposition kommen werden. Was nicht heißt, dass die Opposition irrelevant wäre. Aber sie wird wahrscheinlich nicht am Anfang der Kausalkette stehen.

Regime fallen immer nur dann, wenn auch innerhalb des Regimes etwas zerbricht. Darauf muss man warten. Und dann kann eine organisierte Opposition sehr wichtig werden. Dann geht es darum: Wer sind die Ersten, die sich mit Aussteigern verständigen können? Die eine alternative Front aufmachen, die sowohl die politischen als auch Sicherheits- und Wirtschaftseliten umfasst, genauso wie Teile der Bevölkerung? Das ist dann zwar immer noch keine Demokratie. Aber es ist zumindest eine Art von Konkurrenzsituation, die öffentlich ausgetragen wird – hoffentlich nicht gewaltsam. Auch das kann passieren. Ich bezweifle jedoch, dass dieser Moment von irgendwelchen Oppositionsaktivisten angestoßen wird. Sobald es aber passiert ist, werden sie wichtig werden.

Das Interview führte Tamina Kutscher, Slawistin, Historikerin und freie Journalistin, im Auftrag der Redaktion am 30. April 2024.

Jan Matti Dollbaum ist gemeinsam mit Morvan Lallouet und Ben Noble Autor des Buches „Nawalny“ (Hoffmann und Campe, Hamburg 2021), das in mehrere Sprachen übersetzt und mehrfach ausgezeichnet wurde, unter anderem als „Financial Times Politics Book of the Year 2021“.

Ganz Paris träumt von Olympia

Norbert Seitz
Geboren in Wiesbaden,
Soziologe, Buchautor
und freier Mitarbeiter
des „Deutschlandfunk“.

Aber Putin träumt von Gegenspielen

Manche seiner scharfen Kritiker platzten vor Schadenfreude, als der bis vor Kurzem Wladimir Putin so zugeneigte Chef des Internationalen Olympischen Komitees (*International Olympic Committee*, IOC) Thomas Bach, kübelweise mit propagandistischem Kreml-Unrat überschüttet wurde. So hat die für ihre geschmacklosen Polemiken

berühmte Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, den Ausschluss sogenannter „individueller, neutraler Athleten aus Russland“ von der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris am 26. Juli 2024 mit der Hasstirade kommentiert: „Das IOC ist zu einem Ort geworden, an dem Neonazismus und Rassismus gedeihen.“ IOC-Sprecher Mark Adams verwies zudem auf haarsträubende Kommentare in den sozialen Medien, die Bachs deutsche Staatsangehörigkeit und den Holocaust mit dem Ausschluss der russischen Sportler in einen Begründungszusammenhang gebracht hätten.

Die Verschlechterung der einst so gedeihlichen Beziehungen zwischen dem IOC unter der Leitung von Thomas Bach und dem sportpolitisch hoch ambitionierten russischen Machthaber waren bereits zuvor an einem Tiefpunkt angelangt, nachdem die Sportorganisationen in den okkupierten ukrainischen Gebieten Donezk, Luhansk und Saporischschja vom russischen Nationalen Olympischen Komitee zwangsintegriert worden waren.

Johannes Aumüller und Thomas Kistner beschreiben in ihrem Buch *Putins Olygarch*,¹ dass Thomas Bach ohne die Hilfen Putins nicht zum „mächtigsten Sportfunktionär dieses Planeten“ hätte aufsteigen können. Denn der personelle und finanzielle Einfluss Russlands in etlichen internationalen Sportverbänden sei immens. Bach wolle sich dafür jetzt bei seinem langjährigen Politamigo im Kreml sozusagen revanchieren, indem er – trotz des seit 2014 aufgedeckten und sich bis heute hinziehenden Staatsdopingskandals und der kriegerischen Aggression gegen die Ukraine – wenigstens einigen russischen Athletinnen und Athleten in Paris 2024 die sportliche Teilnahme ermöglichen möchte, um eine komplette Verbannung des Schurkenstaates zu verhindern.

Krieger im Endkampf gegen den „dekadenten Westen“

Bereits bei den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio, die aufgrund der Corona-Pandemie erst im Jahr 2021 ausgetragen werden konnten, und bei den *Olympic Games* im winterlich umfrisierten Peking 2022 durften „cleane“ russische Sportlerinnen und Sportler in einem neutralen Olympiatrikot und unter neutraler Hymne und Fahne antreten; Putins Nationales Olympische Komitee verschwand dafür aus der Liste der teilnehmenden Nationen. Mit diesem schlitzohrigen Trennungstrick sollte die notorisch satzungsbrüchige Sportnation Russland

nicht vollständig aus dem Weltsport verbannt werden, obwohl sie auch noch nach der Aufdeckung ihres staatlichen Dopingsystems täuschte, betrog und Dopingtestdaten manipulierte,² um die Aufklärung ihrer Falschspielereien zu behindern.

Doch im Kreml scheint man nicht länger bereit, sich mit Bachs listigen Auswegen einer bloß neutralen Teilnahme russischer Athletinnen und Athleten abzufinden, zumal seit dem Überfall auf die Ukraine mit noch größerem olympischem Ärger zu rechnen ist – zum Beispiel durch Boykottandrohungen mehrerer Staaten. Putin will die Flucht nach vorn antreten und zu einem Gegenschlag gegen Olympia und die Idee friedfertiger Wettkämpfe ausholen. Denn offenbar versteht Moskau auch seine Sportler mittlerweile als Krieger im Endkampf gegen den „dekadenten Westen“. Kaum dass das olympische Feuer in Paris erloschen sein wird, sollen im September 2024 so etwas wie Gegenspiele in Moskau und Jekaterinburg stattfinden. Auch wenn von solchen Propagandaveranstaltungen nur ein sportlich unterklassiges Turnier zu erwarten sein dürfte, bedeutet es gleichwohl eine offene Kampfansage an den einstigen Geschäftspartner Bach und dessen sorgsam gehütetes Olympiamonopol.

Russland hatte 2014 während der Winterspiele in Sotschi die gesamte Sportwelt hochgradig hintergangen. Mit seinem staatlich geschützten Dopingsystem lieferte es die bis dato hinterhältigsten Fake-Spiele in der Geschichte Olympias ab. Mindestens fünfzehn gedopte russische Medaillengewinner mussten

¹ Johannes Aumüller / Thomas Kistner: *Putins Olygarch*. Wie Thomas Bach und das IOC die Olympischen Spiele verraten, dtv Verlag, München 2024.

² Laut Deutschlandfunk sollten später noch 200 (!) russische Sportlerinnen und Sportler bei der Überprüfung der Dopingdateien aus dem Moskauer Kontrolllabor überführt werden. 73 weitere Fälle wurden angeklagt und 182 werden noch untersucht (Stand: Mai 2023).

ihr Edelmetall hinterher zurückgeben oder wurden auf Jahre gesperrt.³

Aber auch ohne den Dopingbetrug großen Stils war der Austragungsort am Schwarzen Meer aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen höchst umstritten, weshalb sich unter anderem Bundespräsident Joachim Gauck geweigert hatte, an Putins Eröffnungsfeier in Sotschi teilzunehmen. Er wollte sich nicht für eine scheinheilige olympische Friedensruhe instrumentalisieren lassen.

Damit lag der frühere Bürgerrechtler richtig, sollte Putin doch am vorletzten Tag der Spiele den Einsatzbefehl für die „grünen Männchen“ in Sewastopol – will sagen: für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim – geben und damit in historisch einmaliger Weise gegen die olympische Friedenspflicht eines Gastgeberlandes verstoßen.

Das „Fest der Jugend der Welt“ im Kalten Krieg

„Nur noch Raketen und Goldmedaillen gelten“, soll US-Präsident John F. Kennedy ernüchtert festgestellt haben. Demnach hatten die Olympischen Spiele mitten im Kalten Krieg zu Beginn der 1960er-Jahre einen mit dem Wettrennen vergleichbaren Status erreicht. Der Athletenwettstreit entwickelte sich zum Drama im Kalten Krieg, in dessen Mittelpunkt immer wieder die Folgen der deutschen Teilung standen. Hinzu kamen der Nahostkonflikt mit dem mörderischen Anschlag auf die israelische Olympiaequipe in München 1972 und vier Jahre später in Montreal der Boykott aller schwarzafrikanischen Mannschaften wegen des Umgangs mit dem Apartheidstaat Südafrika.

Dass Moskau den Zuschlag für die Spiele 1980 erhielt, wurde im Kreml als Resultat der entspannungspolitischen Bemühungen begrüßt. Doch als die Sowjetarmee Ende 1979 in Afghanistan einmarschierte, griff der schwä-

chelnde US-Präsident Jimmy Carter die – von ihrer Wirkung aus betrachtet – höchst umstrittene Boykottidee auf. Der Kalte Krieg sollte das „Fest der Jugend der Welt“ nochmals dominieren. Fast fünfzig Verbände aus westlichen Ländern sagten ihre Teilnahme ab; allen voran die USA und die Bundesrepublik. Dagegen nahmen die westlichen Teams aus Großbritannien, Frankreich, Italien und den Niederlanden teil.

Im Gegenzug musste Olympia in Los Angeles 1984 den Revancheboykott von vierzehn kommunistischen Staaten aushalten, darunter alle Staaten des Warschauer Paktes sowie Kuba, Vietnam, Nordkorea, Jemen und Äthiopien. Dies geschah zum Leidwesen der DDR, die zuvor ein neues sogenanntes sportmedizinisches Sonderprogramm – also eine Dopingoffensive! – gestartet hatte, um im Ländermedaillenspiegel noch besser abzuschneiden.

1988 wollte das steinzeitkommunistische Nordkorea das Boykottspiel fortsetzen, als die Olympischen Sommerspiele in Seoul, der Hauptstadt des verhassten Bruderlands, stattfanden. Dies blieb ohne nennenswerte Wirkung, denn nur der schlecht beratene kubanische Staatschef Fidel Castro gab sich die sektiererische Blöße, als einer von wenigen dem Boykottaufruf Kim Il-Sungs zu folgen – im Gegensatz zu den mit ihm befreundeten Ostblockstaaten. An deren Spitze konnte die Olympiamannschaft der DDR – ein Jahr vor dem Mauerfall – doch noch ihren Aufstieg unter die drei weltbesten Sportnationen erreichen, freilich mit unlauteren Mitteln. Es ist ein Treppenwitz der IOC-Historie, dass der olympische Sport, der nach seinen hehren Idealen Spaltungen überwinden will, diese vertieft hatte.

3 Laut Deutschlandfunk sind bei der Manipulation russischer Dopingtestdaten aus den Jahren Januar 2012 bis August 2015 15.000 Daten gelöscht und dabei 145 Sportler geschützt worden.

Als sich die „Jugend der Welt“ nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1992 in Barcelona wiedertraf, wurde hoch und heilig ein neues olympisches Zeitalter ausgerufen. Denn nach den Jahrzehnten des Kalten Krieges, der alles andere als friedfertigen Systemkonkurrenz und den Boykotten sollte eine neue, politisch unbeschwerte olympische Faszination möglich sein. Das IOC peilte geradewegs eine neue, beispielsetzende Weltordnung an.

Doch weit gefehlt. Die Vorstellung, Politik jenseits der alten Systemkonkurrenz aus Olympia verabschieden zu können, erwies sich als naiver Wunsch, vergleichbar der nach 1989 grassierenden Utopie von einer neuen „Weltinnenpolitik“ oder dem „Ende der Geschichte“ nach dem Sieg des westlichen Liberalismus. Stets transportierte Olympia einen politikfernen Idealismus. Die „Herren der (fünf Olympischen) Ringe“ gaben haltlose Entwicklungsversprechen ab, weckten Freiheitserwartungen in Diktaturen, beschworen Friedensmissionen und beanspruchten für sich – völlig größenhin – den Friedensnobelpreis.

Wie überlebt Olympia?

In Wahrheit traten die Olympischen Spiele seit dem Epochenbruch 1989/91 in das Stadium eines schier unbeherrschbaren Progressismus ein, gekennzeichnet durch drei Entwicklungen: *erstens* durch eine die gesamte Sportwelt mehr und mehr beherrschende biotechnologische Körperutopie, die Athletinnen und Athleten mittels kraftfördernder Aufputschmittel und Blutdoping noch stärker, schneller und ausdauernder machen wollte. *Komplementär* dazu erleben wir die forcierte Expansion von Wettbewerben und Teilnehmern, die unter dem wachsenden Druck von Sponsoren kaum limitierbar erscheint. Als mediale Supervision ist der Wachstumsfaktor Olympia *schließlich* in

eine kommerzielle Gigantomanie fernab aller Nachhaltigkeitsversprechen ausgeartet.

Ganz Paris träumt von Olympia. Man darf davon ausgehen, dass Frankreich die Sportwelt im Juli und August 2024 mit einem phantasiereich gestalteten Olympiaturnier über drei Wochen begeistern wird. Doch droht sich ein Boykottschatten über die sportselige Metropole an der Seine zu senken, je länger die Aggression Russlands in der zunehmend bedrohlich unterlegenen Ukraine anhält und Thomas Bach und seine afro-asiatischen Gremienmehrheiten sich hinter der verlogenen IOC-Lösung verschanzen, dass Sport und Politik zu trennen seien. Die Frage steht im Raum, ob ukrainischen Athletinnen und Athleten Duellen mit „neutralen“ russischen Sportlerinnen und Sportlern zugemutet werden können, die sich zuvor auf Solidarität mit Putins kriegsbarer Barbarei verpflichtet ließen.

Derweil erhebt der maföse Putin seinerseits den Mafiavorwurf gegen das IOC und droht mit seiner Offensive von Gegenspielen, das Rad der Geschichte auf einem weiteren gesellschaftlich relevanten Feld in neostalinistischer Manier zurückdrehen zu wollen. Einstmals hatte das Sowjetregime mit aufwendigen Spartakiaden und Weltjugendfestspielen über Jahre vergeblich versucht, eine sozialistische Gegenbewegung zu den kommerzorientierten Olympischen Spielen in Gang zu setzen. Erst in der späten Stalin-Ära gab die Sowjetunion ihren sportpolitischen Isolationismus auf und schloss sich 1951 der Olympischen Bewegung an.

Wem es wie Putin strategisch primär auf Destabilisierung und Destruktion ankommt, von dem ist kein falscher Ehrgeiz zu erwarten, in eine ernsthafte Konkurrenz zur olympischen Tradition zu treten. In Putins Kampf gegen den freien Westen genügt bereits eine Abspaltung, um das olympische Monopol zu treffen. So könnte die neue Weltordnung von Barcelona 1992 in Paris 2024 an ihr vorläufiges Ende kommen.

Die OSZE und ihre „menschliche Dimension“

Oliver Ernst

Geboren 1967 in Duisburg, promovierter Politikwissenschaftler, Publizist, Referent Demokratie und Menschenrechte, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von überwundenen und neuen Gräben in Europa

2025 begeht die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) den 50. Jahrestag der Unterzeichnung ihrer Schlussakte von Helsinki.

Verabschiedet wurde sie am 1. August 1975 von den damals 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Seit 1973 hatten Verhandlungen in Helsinki und Wien stattgefunden, um die gefährliche militärische Konfrontation zwischen den hochgerüsteten Antagonisten im Ost-West-Konflikt durch eine Politik der Entspannung zu entschärfen. Der Kalte Krieg sollte nicht zu einem heißen Konflikt werden. Es gelang, gemeinsame Interessen zu definieren und Vertrauen zu schaffen. Ein zentrales Element der Verhandlungsprozesse war die über die *politisch-militärische Dimension* weit hinausgehende Breite der Themen. Einem erweiterten Sicherheitsbegriff folgend, wurden neben den Rüstungsfragen in einem zweiten Korb Wirtschaft und Umwelt, in einem dritten Korb die *menschliche Dimension* (*Human Dimension*) behandelt, die vor allem auf die Menschenrechte fokussiert. Die Sowjetunion hatte den westlichen Forderungen entsprochen, die Frage der Menschenrechte und des einfacheren Austauschs von Menschen zwischen Ost und West in die KSZE-Verhandlungen aufzunehmen.

Letzteres hatte teils ungeahnte Auswirkungen: Reformkräfte und Dissidentengruppen im Ostblock fühlten sich durch die *menschliche Dimension* der Schlussakte von Helsinki in ihrem Streben nach Freiheit, Menschenrechten und Demokratie enorm bestärkt und engagierten sich im Laufe der folgenden fünfzehn Jahre immer stärker für den politischen Wandel. Internationale Nichtregierungsorganisationen, wie die im Jahr 1982 in Bellagio gegründete Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte mit Sitz in Wien, unterstützten zudem die Reformkräfte in Osteuropa und in der Sowjetunion.

Obwohl die staatlichen Repressionsorgane oftmals mit Gewalt gegen die Demokratiebewegungen – sie wurden als „subversiv“ und vom Westen gesteuert diffamiert – vorgingen, konnten diese nicht mehr gestoppt werden. Der Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 markierte somit nicht nur den Höhepunkt der Entspannungspolitik zwischen Ost und West, sondern auch einen Erfolg der *menschlichen Dimension*.

Erster menschenrechtspolitischer „Versuchsballon“

Eine noch größere Bedeutung erfuhr die *menschliche Dimension* der Schlussakte von Helsinki nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Während zuvor das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ vor allem für den menschenrechtlichen Bereich galt, wurde mit der Verabschiedung der *Charta von Paris für ein neues Europa* am 21. November 1990 die OSZE als ein Raum gemeinsamer Werte definiert. Die Demokratie als Regierungsform, der Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bildeten seitdem den gemeinsamen Werterahmen für die Teilnehmerstaaten der OSZE.

Einen ersten menschenrechtspolitischen „Versuchsballon“ hatte die KSZE bereits im Wendejahr 1989 durch die Einführung des sogenannten Wiener Mechanismus gestartet. Dieser, von einem oder mehreren Teilnehmerstaaten aktivierbare Prozess erlaubt es den OSZE-Staaten seitdem, Fragen zur *menschlichen Dimension* an einen anderen Teilnehmerstaat zu stellen – vor allem die Aufklärung über Menschenrechtsverletzungen und Rechtsstaatsdefizite steht im Vordergrund.

Im Idealfall führt der Wiener Mechanismus zu einer konstruktiven Auseinandersetzung über menschenrechtliche und rechtsstaatliche Defizite und unterstützt deren Behebung. Die notwendige Fachexpertise hierfür stellen das 1991 von der OSZE in Warschau eröffnete Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (*Office for Democratic Institutions and Human Rights*, ODIHR) und weitere OSZE-Institutionen zur Verfügung.

Die in Wien ansässige OSZE hat seit 1990 mit der Gründung verschiedener Institutionen, die den Teilnehmerstaaten bei der Demokratisierung und dem Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten zur Seite stehen sollen, auf die Erfordernisse der Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks reagiert: Vor allem der Repräsentant für Medienfreiheit in Wien und ODIHR in Warschau bilden seit rund drei Jahrzehnten die institutionelle Struktur der *menschlichen Dimension*.

ODIHR ist mit der Durchführung von Wahlbeobachtungsmissionen sowie mit weiteren Spezialaufgaben betraut. Hierzu gehören der Kampf gegen Menschenhandel, Antisemitismus und Antiziganismus, der Einsatz für Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Schutz, Unterstützung und Ausbildung für Menschenrechtsverteidiger und die Stärkung ihrer Zusammenarbeit mit den unabhängigen Nationalen Menschenrechtsinstitutionen im OSZE-Raum.

Daneben sind derzeit Feldoperationen in dreizehn Ländern – auf dem Westbalkan, im Kaukasus und in Zentralasien – ebenfalls mit Themen der *menschlichen Dimension* befasst, wie etwa mit dem Schutz von Minderheiten, der Wahlbeobachtung und institutionellen Reformen.

Doch anders als in den euphorischen Wendejahren 1989/91 von vielen politischen Akteuren in den Teilnehmerstaaten der OSZE erhofft, haben autoritäre Rückschläge in den Transformationsstaaten, massive Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit und Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, Korruption und Wahlmanipulationen in großem Umfang sowie nicht zuletzt die militärische Aggression Russlands gegen einen anderen Teilnehmerstaat, die Ukraine, die auf Konsensprinzip und Vertrauensbildung basierende Arbeit der OSZE auch in der *menschlichen Dimension* stark beeinträchtigt. Neue Instrumente und Mechanismen sind daher erforderlich.

Der Moskauer Mechanismus

Bereits 1991 hatte die KSZE den Wiener Mechanismus um den Moskauer Mechanismus ergänzt. Dieser geht über die einvernehmliche Konfliktbearbeitung und das Konsensprinzip im operativen Bereich deutlich hinaus und ist daher bei sehr kritischen Problemlagen – wie der massiven Verletzung von Menschenrechten – einsetzbar. Er wird ergänzend zum Wiener Mechanismus angewendet, wenn dieser zuvor nicht zu einer kooperativen Bearbeitung im Sinne der angestrebten Konfliktbearbeitung und Problemlösung geführt hat.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat diese bereits viermal – zuletzt am 25. April 2024 und mit Unterstützung von 44 weiteren Teilnehmerstaaten – die Implementierung des Moskauer Mechanismus beantragt, um Menschenrechtsverletzungen und

Kriegsverbrechen durch Russland auf ihrem Territorium überprüfen zu lassen. Doch auch der Moskauer Mechanismus kann eigentlich nur in Kooperation mit dem zu überprüfenden Teilnehmerstaat durchgeführt werden, wenn dieser die externe Untersuchung zulässt. Es würden dann einvernehmlich bis zu drei – bei ODIHR gelistete – Experten in das jeweilige zu überprüfende Land eingeladen, die mit den zuständigen Behörden, Politikern und Akteuren aus der Zivilgesellschaft sprechen und einen Bericht erstellen, der durch ODIHR veröffentlicht wird.

In vielen Krisenfällen erfolgen diese Zustimmung und Einladung jedoch nicht, und dem dann ohne Zustimmung des zu überprüfenden Landes ausgewählten einzelnen Experten wird die Einreise und Recherche vor Ort regelmäßig verweigert. Dennoch stellen die trotz dieser Widerstände verfassten umfangreichen Berichte einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung massiver Menschenrechtsverletzungen im OSZE-Raum dar – seien es die schweren, homo- und transphob motivierten Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBTIQ-Personen in Tschetschenien (2018), seien es die massive Repression nach den Wahlen in Belarus (2020) oder die Kriegsverbrechen durch Russland in der Ukraine (2022, 2023, 2024).

Die jeweiligen Empfehlungen des Experten an die Verantwortlichen im betroffenen Staat, an die OSZE und die internationale Gemeinschaft bilden das Schlusskapitel eines jeden Berichts. Die OSZE-Staaten können hierzu Statements veröffentlichen, die aber wie der Bericht selbst in der Regel für den betroffenen Staat keine direkten Konsequenzen – etwa in Form von Abmahnungen oder Strafmaßnahmen – nach sich ziehen.

Russische Obstruktionspolitik

Bereits die russische Besetzung und völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 hatte die OSZE-Teilnehmerstaaten mobilisiert, und noch im März 2014 wurde im Konsensprinzip eine zivile Beobachtermission zum Abbau der Spannungen eingesetzt – die *Special Monitoring Mission* (SMM). Mit dem vollumfänglichen Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine im Februar 2022 endete jedoch die Bereitschaft Moskaus, diese Mission fortzusetzen.

Erstmals in ihrer Geschichte entschloss sich daher eine deutliche Mehrheit von 34 OSZE-Teilnehmerstaaten, eine neue Mission außerbudgetär zu implementieren, um so das Moskauer Veto auszuhebeln: das *Support Programme for Ukraine* (SPU). Dieses Programm fokussiert seit nunmehr zwei Jahren mit insgesamt rund zwanzig Projekten auf die *menschliche Dimension*. Gestützt werden soll die langfristige demokratische Entwicklung und die soziale Resilienz der ukrainischen Institutionen einschließlich der Zivilgesellschaft.

Weitere russische Blockaden bedrohen den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der OSZE: Ein Budget für die finanzielle Planung konnte seit drei Jahren nicht vereinbart werden. Auch die Abstimmungen über den jährlich rotierenden OSZE-Vorsitz werden durch das Veto aus Moskau obstruiert. So wurde der estnische Vorsitz für das Jahr 2024 aufgrund der NATO-Mitgliedschaft Estlands abgelehnt und kurzfristig an Malta gegeben. Finnland wurde der Vorsitz für das Jubiläumsjahr 2025 dagegen bereits im Jahre 2021 einvernehmlich zugesprochen – also lange vor seinem Beitritt zur NATO im März 2023.

Die aktuelle Führungstroika – Nordmazedonien, Malta und Finnland – steht durch die russische Blockade mit Blick auf die Neubesetzung von vier OSZE-Führungsposten vor großen Schwierigkeiten. Bis hin zur leitenden Generalsekretärin – der deutschen Diplomatin Helga Maria Schmid – sind diese Positionen nur bis September 2024 verlängert worden. Auch die bevorstehende Wahl des Vorsitzes für das Jahr 2026 wird spannend: Zur Wahl stehen Kasachstan, Norwegen und die Schweiz. Der Einsatz für die *menschliche Dimension* – insbesondere für die Stärkung und Resilienz der Zivilgesellschaften sowie der Menschenrechtsverteidiger im OSZE-Raum – dürfte auf lange Zeit kaum im Konsens mit Russland erfolgen.

Russland stört die OSZE massiv, aber es zerstört sie nicht, um diese Einflussplattform nicht zu verlieren. Für die überwiegende Zahl der OSZE-Teilnehmerstaaten – und insbesondere für die Staaten des ehemaligen Ostblocks, die mit Nationalitätenkonflikten, Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen haben – ist die OSZE dennoch unverzichtbar. Mit diesem Selbstbewusstsein sollte sie auch in das Jubiläumsjahr gehen und ihre Widerstandskraft gegen die russische Aggression und Obstruktion bewahren.

Mehr Augenhöhe

Für einen differenzierteren Blick auf unsere europäischen Nachbarn im Osten

Sepp Müller

Geboren 1989 in Lutherstadt Wittenberg, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Gesundheit, Neue Länder, Sport und Ehrenamt, Petitionen, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Mitglied der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Lange Zeit bildete der Eiserne Vorhang auch eine demagogische Grenze zwischen dem Osten und dem Westen.

Die dadurch entstandenen Vorurteile sind nicht über Nacht verschwunden, zum Teil prägen sie das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Ost- und Westeuropa noch immer. Es ist höchste Zeit, die europäischen Nachbarn östlich der deutschen Grenze differenzierter zu betrachten. Es gibt, auch politisch, viel zu entdecken: Mit dem Demokratisierungsprozess in den ehemaligen sozialistischen Staaten ist auch ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein entstanden.

Mit dem europäischen Einigungsprozess ist zunächst im Westen etwas Herausragendes gelungen, was mittlerweile dort für selbstverständlich gehalten wird: Frieden und Freiheit. Viele einstige Staaten im „Ostblock“ haben sich dieser Werte- und Friedensgemeinschaft der Europäischen Union angeschlossen. In Anbetracht des russischen

Angriffskriegs gegen die Ukraine, russischer Agitation und Desinformation in ganz Europa ist es umso wichtiger, die historischen Erfahrungen, Interessen und Befürchtungen unserer osteuropäischen Nachbarn besonders ernst zu nehmen, denn die Wiederherstellung des Friedens in ganz Europa ist ohne den Zusammenhalt in der Europäischen Union nicht zu erreichen.

Der europäische Kontinent war jahrhundertlang von Kriegen, Einzelinteressen und der Hegemonialpolitik der Großmächte geprägt: Die kleineren Länder, seien es Verbündete oder Gegner, spielten nur eine untergeordnete Rolle; oft wurde deren Selbstbestimmungsrecht und Souveränität missachtet.

Mit Blick auf die Gegenwart müssen wir auch in Deutschland eingestehen, dass es nicht immer gelingt, diesen Ländern auf Augenhöhe zu begegnen. Sie haben bis heute das Gefühl, dass sie auf europäischer Ebene eine untergeordnete Rolle spielen. Erfolgsmodelle wie das Weimarer Dreieck, ein außenpolitisches Gesprächs- und Konsultationsforum Deutschlands, Frankreichs und Polens, das vor über dreißig Jahren ins Leben gerufen wurde, werden nicht so intensiv gelebt wie das transatlantische Verhältnis. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg zeigt sich, wie wichtig es ist, die Wahrnehmung unserer östlichen Nachbarn einzubeziehen.

Jungbrunnen für Europa

Zu Recht halten uns die mitteleuropäischen Partner, Polen oder Tschechen vor, wie unverständlich es ihnen erscheint, dass ihre Warnungen vor dem russischen Aggressor nicht ausreichend Beachtung fanden. Selbst nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 schien in den meisten westlichen Ländern das drohende Unheil in weiter Ferne zu liegen und nicht greifbar zu sein. Erst mit

der russischen Invasion am 24. Februar 2022 haben auch die meisten Menschen in Deutschland verstanden, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten sind.

Die demokratischen Staaten des ehemaligen Ostens sind wie ein Jungbrunnen für das freiheitliche Europa. Sie erneuern eingeschliffene Wahrnehmungen. Scheitert nur eine dieser Demokratien, wird dies immense Auswirkungen auf ganz Europa und die Europäische Union haben. Umso mehr beunruhigt, dass sie – noch mehr als die Staaten im alten Westen – zum Teil vor einer Bewährungsprobe stehen. Die Zersplitterung der nationalen Parteiensysteme und die Stärkung am linken sowie rechten politischen Rand tragen dazu bei. Die Folgen sind immer schwieriger werdende Regierungsbildungen sowie Verschiebungen im politisch-kulturellen Verständnis. Die politische Mitte gerät unter wachsenden Druck.

Einzelne osteuropäische Staaten nehmen keine uneingeschränkt solidarische Haltung gegenüber der Ukraine ein. Die Mehrheit aller Nachbarländer hat jedoch von Anfang an ihre Verantwortung für den Beitrag zu einem sicheren Europa erkannt. Nur als vereintes Europa können die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich gemeistert werden. Die Zeitenwende ist nicht nur ein deutsches Ereignis, sie betrifft unsere Nachbarn mindestens gleichermaßen. Um die Zukunft weiter zu schmieden, müssen wir unser Fundament in Europa stärken. Dazu drei Impulse.

Erstens: Begegnungen auf Augenhöhe. Die Regierungen in Budapest, Warschau, Prag und Bratislava ebenso wie in den Balkanstaaten haben aufgrund ihrer geografischen Lage einen besonderen Blick auf Russland. Vor diesem Hintergrund sind intensivere Beziehungen zu ihnen notwendig – nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch und insbesondere mit Sicht auf die Verteidigung. Wir sollten die politische Zusammenarbeit forcieren und gemeinsame

Truppenkontingente schnellstmöglich auf den Weg bringen. Die Verteidigung unserer Freiheit ist das Maß aller Dinge. Dazu kann und wird ganz „Mitteleuropa“ stärker beitragen müssen. Die angekündigte Stationierung einer Brigade der Bundeswehr in Litauen kann nur ein Anfang sein. Der Ausbau der Rüstungsindustrie, europäische Abkommen und die Installation einer europäischen Armee in den kommenden Jahren im Zentrum Mitteleuropas müssen wir zu einem Diskussionsgegenstand machen. Mit Unterstützung von Frankreich müssen wir immer auf Augenhöhe mit diesen Ländern diskutieren.

Zweitens: Notwendig ist ein Plan, wie wir künftig mit Russland umgehen wollen. Auch aufgrund seiner historischen Verantwortung sollte Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten, um West-, Mittel- und Osteuropa noch stärker zu verbinden. Wenn die Ukraine hoffentlich bald gesiegt hat, stellt sich zudem die Frage, ob und wie sich künftig eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem rohstoffreichen Russland gestalten lässt. Wie gehen wir mit möglicherweise weiteren destabilisierenden Maßnahmen durch den russischen Präsidenten bis hin zu Kriegen in anderen Ländern um? Wie stellen wir uns auf eine Zeit nach Vladimir Putin ein? Welche Antworten finden wir auf nationale Interessen europäischer Länder, beispielsweise bei der Abnahme von Gas und bezüglich der nationalen Verträge zwischen europäischen Partnern mit Russland?

Drittens: Verstärkter Austausch. Die Möglichkeiten von Schülern und Jugendlichen im Austausch mit Mittel- und Osteuropäern müssen stärker in den Fokus rücken und intensiviert werden. Mir fällt als Ostdeutschem auf, dass viele Menschen aus Westdeutschland noch nicht den östlichen Teil Deutschlands besucht haben. Wie verhält es sich denn eigentlich mit den mitteleuropäischen und osteuropäischen Nachbarn? Wer hat sich schon einmal Prag,

die „Perle an der Moldau“, angesehen? Wer war in Rumänien oder in den Balkanstaaten? Wer konnte diese großartige Kultur kennenlernen und auch verstehen, warum die Menschen nachvollziehbar so reagieren, wie sie reagieren? Mit Austausch und durch Begegnungen werden wir unser Verhältnis verbessern.

Europa ist gelebte Freiheit

Die Europäische Union ist eine der größten Errungenschaften unserer modernen Zeitgeschichte. Sie manifestiert Werte wie Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Europa ist Ausdruck für gelebte Freiheit. Diese Werte müssen wir schützen.

Das Bewusstsein, dass wir nicht nur Deutsche, sondern auch Europäer sind, müssen wir stärker repräsentieren. Es sind die Freiheiten eines vereinten Europas, die uns beim Einkaufen, in der Schule oder bei Urlaubsreisen begleiten. Doch nicht immer erfahren diese Vorteile entsprechende Wertschätzung. Für den Zusammenhalt der ost- und mitteleuropäischen Länder ist die Europäische Union von großer Bedeutung.

Die Europäische Union ist jedoch nicht über jede Kritik erhaben. Für die Bürgerinnen und Bürger sind europäische Gesetzesinitiativen häufig schwer nachvollziehbar und oftmals zu bürokratisch. Der Brexit zeigt nicht nur, wie wir die Europäische Union missen könnten, sondern wie stark wir von ihr profitieren. Den rechten und linken Kräften, die dieses Europa offen ablehnen, gilt es, bei den anstehenden Europawahlen argumentativ zu begegnen.

Ostdeutschland profitiert ebenfalls tagtäglich von den Vorteilen der Europäischen Union. Mit den Ansiedlungen von *Tesla* und *Intel* wird in Europa ein neuer Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland und damit in Mitteleuropa entstehen. Die wirtschaftlichen Kennzahlen attestieren den ostdeutschen Bundesländern immer

noch ein strukturelles Defizit, jedoch wird der Abstand zu strukturschwachen Bundesländern in Westdeutschland geringer.

Wir Ostdeutschen können stolz auf diese Erfolge sein, jedoch spiegelt unsere Mentalität dies nicht immer wider. Was sagt es aus, wenn sich ein Ostdeutscher selbst als „Ossi“ bezeichnet, während einem westdeutschen Bundesbürger das Wort „Wessi“ nicht über die Lippen kommt?

Kein Vorhang des Schweigens

Die kulturell-politischen Herausforderungen bleiben bestehen. Damit oft in Verbindung gebracht wird, den Ostdeutschen in Studien die Fähigkeit zur Demokratie abzusprechen. Haben wir als Ostdeutsche vielleicht nur eine andere Erwartung an das Lösen von Problemen in unserem demokratischen Denken?

In den Gesprächen mit den Menschen aus unseren osteuropäischen Nachbarstaaten wurde ein Aspekt mit einer besonderen Inten-

sität betont, und zwar die Kommunikation. Populistische Aussagen verengen den politischen Diskurs und führen die Menschen aus der politischen Mitte heraus. Politik und ihre Themen werden unsagbar. Daher betonten meine Gesprächspartner, dass kein Vorhang des Schweigens zwischen den demokratischen Institutionen und ihren Bürgern aufgezogen werden darf.

Rückblickend auf den Fall des Eisernen Vorhangs war es Teil der Runden Tische, Meinungen auszutauschen. Wir müssen wieder mehr für eine stärkere Partizipation an der Demokratie streiten. Die Stammkneipen, die Festzelte und die Marktplätze müssen wieder zu unseren Runden Tischen werden. Mit den sozialen Medien bietet sich zudem eine Plattform, die Partizipation individuell zugänglich macht. Denn eine Demokratie lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Dies ist der dritte Teil einer Reihe von Beiträgen von Mitgliedern der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Kluge Führung in krisenreichen Jahren

Mein Glückwunsch an Angela Merkel

Ursula von der Leyen
Geboren 1958 in Brüssel,
seit Dezember 2019 Prä-
sidentin der Europäischen
Kommission.

Wenn Angela Merkel am 17. Juli dieses Jahres ihren 70. Geburtstag feiert, dann markiert der Fall der Mauer – das prägendste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes – ziemlich genau die Mitte ihres bisherigen Lebens. Die Angela Merkel, die ich kenne, wird

diese Koinzidenz wahrscheinlich mit einem Schmunzeln quittieren.

Weil ich selbst im Westen Deutschlands aufgewachsen bin, fällt es mir schwer, zu beurteilen, welchen Einfluss die Jahrzehnte in der DDR unter einem repressiven, übergriffigen Staat auf Angela Merkels Politikverständnis hatten. Sicher ist für mich, dass sie ihre Macht im Amt anders, dosierter und leiser einsetzte.



Foto: @picture alliance /
Michael Kappeler / dpa

Sie wusste immer, wo sie stand und wohin sie wollte, aber ich habe in all den gemeinsamen Jahren kein dröhnendes „Basta“ aus ihrem Mund gehört. Sie hat es nie zum Eklat kommen lassen. Sie blieb einfach gelassen, ohne ein Jota an Konzentration aufzugeben. Und am Ende hatte sie stets den Respekt auf ihrer Seite.

Betont nüchtern und mit leisem Humor

Angela Merkel hat tief verinnerlicht, dass Politik von Menschen gemacht wird, die ihre eigenen, sehr unterschiedlichen Biographien mitbringen. Sie hat sich aufrichtig für die Geschichte und die Geschichten ihrer Gesprächspartner interessiert. Dieses Hintergrundwissen half ihr immer wieder in schwierigen Momenten, persönlichen Zugang zum Gegenüber herzustellen, Kompromisslinien auszuloten und Lösungen zu finden.

Ihre eigene Bedeutung spielte sie in Gipfel-Formaten bewusst herunter. Lange dozierende Monologe und Pathos überließ sie gern anderen in der Runde. Wenn Angela Merkel selbst persönliche Erfahrungen einbrachte, dann betont nüchtern, knapp und mit leisem Humor. Nie habe ich erlebt, dass sie ihre ostdeutsche Herkunft als Argument im innenpolitischen Streit genutzt hat. Nie die Tatsache, dass sie als erste Frau an der Spitze der Bundesregierung stand. Selbst in härtesten Verhandlungen behielt sie das nächste Wiedersehen im Blick, achtete darauf, dass künftigen Kompromissen keine unnötige Verletzung des Gegenübers im Weg stand.

Im Europäischen Rat hat sie, die deutsche Kanzlerin, bewusst den kleinen Mitgliedstaaten noch aufmerksamer zugehört als den großen. Und auf der globalen Ebene war sie gerade wegen dieser genannten Eigenschaften eine geschätzte Gesprächspartnerin und Ratgeberin.

Dreh- und Angelpunkt in Europa

Der anhaltende Erfolg und Einfluss Angela Merkels gründet auf vielen Stärken. Drei möchte ich hier nennen: ihr untrüglicher Kompass für die Mitte. Ihre unprätentiöse mit trockenem Humor gewürzte Verbindlichkeit, die sofort beim Gegenüber Vertrauen schafft. Und ihr Geschick, strategische Positionen leise und mit großer Selbstverständlichkeit zu besetzen.

Auch wenn sich im Rückblick nicht jede Entscheidung als richtig erwies – wie sollte das auch in sechzehn krisenreichen Jahren anders sein –, hat Deutschland dank ihrer klugen Führung sehr gute Zeiten erlebt. Und in Europa war sie dank der genannten Talente über anderthalb Jahrzehnte der Dreh- und Angelpunkt.

Angela Merkel hat durch ihre Persönlichkeit und ihr Tun enorm viel zur Stärke und Einheit Deutschlands und Europas beigetragen. Die CDU darf zu Recht stolz auf diese Kanzlerin sein. Das gleiche gilt für uns Frauen in der Politik, für die sie viele schwere Türen aufgeschoben hat. Und auch Deutschland, für das sie unermüdlich und mit einer bewundernswerten Ausdauer gearbeitet hat, darf stolz auf sie sein.

Liebe Angela, ich wünsche Dir alles Glück und Gesundheit zum Geburtstag.

Der Kalte Krieg als Geschichte und Gegenwart?

Hermann Wentker

Geboren 1959 in Bonn, promovierter und habilitierter Historiker, Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Potsdam.

Grundmuster der internationalen Beziehungen vor 1989/90 und heute

Die Konflikte unter den großen Mächten

verschärfen sich. Infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich die Konfrontation Russlands mit der westlichen Staatenwelt zugespitzt; das gilt ebenso für das US-amerikanische Verhältnis zu China, das wegen Pekings Expansionspolitik im indopazifischen Raum und seiner zunehmend aggressiven Politik gegenüber Taiwan angespannt ist. In beiden Fällen ist oft von einem „neuen Kalten Krieg“ die Rede, in dem man sich entweder schon befinde oder dem die Welt „in bestürzendem Tempo [...] entgegen rast“.¹ Zwar verdient nicht jede Konfrontation die Charakterisierung „Kalter Krieg“; jedoch stellt sich die Frage, ob Grundmuster, die die internationalen Beziehungen vor 1989/90 bestimmt haben, heute wiederkehren. Oder sind die Unterschiede so gravierend, dass man diese Begrifflichkeit vermeiden sollte?

¹ So im Hinblick auf Russland Hannes Adomeit / Joachim Krause: „Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz“, in: SIRIUS, Band 6, Heft 2/2022, S. 129-149, hier S. 142-147; im Hinblick auf China zitiert aus Matthias Naß: „USA und China. Auf dem Weg in einen neuen Kalten Krieg“, in: Die Zeit, 13.03.2023.

² So der Titel des Buches von Melvyn P. Leffler: *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007.

³ Jeremy Suri: „Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe“, in: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.): *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008, S. 24-47, hier S. 46.

⁴ Vgl. dazu Hermann Wentker: „Vom Zweiten Kalten Krieg zum Ende des Ost-West-Konflikts. Wandel der Weltpolitik und Revolution der Staatenwelt“, in: *Historische Mitteilungen*, Nr. 27/2015, S. 244-272.

⁵ Vgl. Tim Geiger: „Die europäische Friedensordnung von 1990, Beginn einer neuen Ära“, in: *Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung. Online-Dossier Krieg in der Ukraine*, <https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-dossier-ukraine-geiger-tim-1-5408530> [letzter Zugriff: 05.02.2024].

Der Kalte Krieg war geprägt vom ideologischen Gegensatz zwischen Demokratie und kommunistischer Diktatur sowie von Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft. Beide Seiten waren davon überzeugt, sich für eine Ideologie und ein System einzusetzen, die sich am Ende durchsetzen würden; es ging um nichts weniger als einen Kampf um die „Seele der Menschheit“.² Damit verbunden war ein machtpolitischer Konflikt zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, die zur Durchsetzung ihrer Ziele zwei Bündnisse um sich scharten, die sich in ihrer inneren Struktur und im Verhältnis zu ihrer Vormacht allerdings stark unterschieden: Handelte es sich bei der NATO um einen freiwilligen Zusammenschluss, so war die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) ein Zwangsbündnis der seit 1945 im sowjetischen Einflussbereich befindlichen ost(mittel)europäischen Staaten. Beide Militärblöcke waren hochgerüstet, um den jeweils anderen von Angriffen abzuhalten und sich im Kriegsfall verteidigen zu können. Eine besondere Rolle kam den Nuklearwaffen zu. Deren Besitz spielte eine höchst ambivalente Rolle, wie sie der amerikanische Historiker Jeremy Suri prägnant beschreibt: „Atomwaffen schreckten die Staaten von einem entfesselten Krieg ab, aber sie trugen zur Eskalation von Krisen bei; sie setzten dem Kalten Krieg gewisse Grenzen, hielten ihn aber zugleich am Leben.“³

Nachdem der Kalte Krieg Ende der 1970er-Jahre noch einmal eskaliert war, entspannte sich die Lage ab Mitte der 1980er-Jahre wieder, um mit dem Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes infolge innerer Revolutionen und dem parallelen Zerfall der Sowjetunion spätestens 1991 zu enden.⁴ An die Stelle des Ost-West-Konflikts trat eine neue, von den USA dominierte, fragmentierte internationale Ordnung. Die Welt war zwar instabiler als zuvor; jedoch gingen mit dem Ende des Kalten Krieges sehr weitreichende vertraglich vereinbarte internationale Abrüstungsvereinbarungen einher. Diese sahen nicht nur die Vernichtung bestehender konventioneller und vor allem nuklearer Waffen vor, sondern auch die wechselseitige Überwachung dieses Prozesses.⁵ Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte daher den Ausbruch kriegerischer Konflikte in Europa, etwa in Jugoslawien, befreite die Welt jedoch vorerst weitgehend vom Risiko eines Atomkriegs.

Rückkehr zu Konfrontation und Hochrüstung

Nach Übernahme des russischen Präsidentenamts durch Wladimir Putin im Jahr 2000 wich die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft zwischen Russland und dem Westen einer zunehmenden Konfrontation. Wichtigste Ursache dafür war und ist Putins Ziel, die frühere Größe Russlands wiederherzustellen. Dabei orientiert er sich an den Ausmaßen der Sowjetunion, deren Identität mit Russland er wiederholt festgestellt

hat. Russland stellte vor allem ab 2007/08 die internationale Ordnung infrage,⁶ was sich im Auslaufen und in der Kündigung von Abrüstungsverträgen ausdrückte, aber auch in militärischer Aggression in Georgien (2008), auf der Krim und in der Ostukraine (2014).⁷ Befähigt sah sich Putin dazu, weil er die russischen Streitkräfte seit fünfzehn Jahren massiv aufgerüstet und modernisiert hatte – konventionell und nuklear.⁸ Die zurückhaltende Reaktion des Westens auf die Annexion der Krim und den Einfall in die Ostukraine sowie die isolationistische, die NATO schwächende Politik von US-Präsident Donald Trump bestärkten Putin in der Fortsetzung seines aggressiven Kurses. Da er den Westen, insbesondere nach dem Debakel des Abzugs aus Afghanistan 2021, vermutlich für schwach hielt, sah er sich zu seinem Angriff auf die Ukraine ermutigt.

Die NATO muss nun Sicherheit gegenüber Russland herstellen und befindet sich, ohne Kriegspartei zu sein, in Konfrontation zu Moskau. Machtpolitisch erinnert dies an die Konstellation des Kalten Krieges. Es gibt aber drei wesentliche Unterschiede: *Erstens* hat die westliche Staatengemeinschaft auf die russische Aufrüstung nach 2000 nicht mit Gegenrüstungen reagiert – entgegen der Philosophie der Abschreckung.⁹ *Zweitens* verfolgt Russland eindeutig eine revisionistische und damit expansive Agenda, während die Sowjetunion seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre tendenziell eine Status-quo-orientierte Macht war. *Drittens* ist die Situation weitaus gefährlicher als damals, da sich Russland in einem heißen Krieg mit der Ukraine befindet – mitten in Europa.

Auch China, das im Westen lange als Status-quo-orientierte Macht galt, hat seit den 1990er-Jahren und besonders seit 2015 seine Streitkräfte modernisiert und aufgerüstet.¹⁰ China will, wenn man die Worte von Parteichef Xi Jinping auf dem Parteitag 2017 richtig interpretiert, bis 2049 zur größten Militärmacht der Welt werden. Schon seit Jahren wachsen die chinesischen Militärausgaben stets mehr als das Bruttoinlandsprodukt.¹¹ Dabei verfolgt China anscheinend vor allem zwei Ziele: Xi will bis 2049 sein Leitbild der „großen Auferstehung der chinesischen Nation“ verwirklichen, wozu auch die „Wiedervereinigung“ mit Taiwan gehört.¹² Zum anderen verfolgt Peking die Absicht, seine Hochseeflotte zur Sicherung der strategischen Seerouten auszubauen – als globale Handelsmacht will es auch global militärisch aktionsfähig sein.¹³

Im Ergebnis wenden sich Chinas indopazifische Nachbarn zunehmend ab und suchen den engen Schulterchluss mit den USA. Washington verstärkt seine militärische Präsenz im indopazifischen Raum und versucht sich an Gegenmachtbildung, etwa mit dem trilateralen Bündnis zwischen den USA, Großbritannien und Australien (AUKUS). Japan, Australien und die Philippinen teilen mit den USA die Sorge vor einer Eskalation des Taiwankonflikts; gleichzeitig sind sie allerdings auf den Handel mit China angewiesen.¹⁴ Diese Konfrontation

6 Vgl. Martin Aust: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019, S. 99.

7 Vgl. Tim Geiger: „Who lost Russia? Der Niedergang der europäischen Sicherheitsordnung 2000–2022“, in: Militär-geschichte. Zeitschrift für historische Bildung, Online-Dossier Krieg in der Ukraine, <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5408576/e83fe01cff70cb54bbda1609a6045992/geiger-niedergang-der-friedensordnung-data.pdf> [letzter Zugriff: 05.02.2024].

8 Vgl. Adomeit / Krause, a. a. O., S. 144, siehe Rn. 1.

9 Vgl. ebd., S. 141 (mit Bezug auf die Bundeswehr).

10 Vgl. Frank Umbach: „Chinas Aufrüstung – ein Alarmzeichen“, in: Internationale Politik, 55. Jg., Nr. 7/2000, S. 29–36.

11 Vgl. Nele Noesselt: „China als Rüstungsakteur. Von Maos Papiertigern zu robusten Regenbögen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 18–19/2019, S. 27–31.

12 Zit. nach Frédéric Krumbein: „Bedrohte Demokratie. Der Konflikt in der Taiwanstraße“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26–27/2023, S. 32.

13 Vgl. Noesselt, a. a. O., S. 28, siehe Rn. 11.

14 Vgl. Peter Walkenhorst: „Ein neuer Kalter Krieg?“, in: Internationale Politik Spezial, 76. Jg., Nr. 3/2021, S. 10; vgl. auch mit Bezug auf ASEAN Klaus Mühlhahn: „Regionaler Hegemon? Kleine Geschichte der auswärtigen Beziehungen Chinas in Asien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26–27/2023, S. 7 f.

15 Die „multipolare Weltordnung“ ist vor dem Hintergrund entsprechender Äußerungen Chinas und Russlands gegen die angebliche „westliche Hegemonie“ am Ende des Kalten Krieges zwar als „anti-westliches Projekt“ bezeichnet worden (Jörg Lau: „Wir leben in einer multipolaren Welt“, in: Internationale Politik, Nr. 5, September/Okttober 2023, 78. Jg., S. 15). Hier wird der Begriff jedoch wertneutral zur Bezeichnung des Unterschieds zwischen der heutigen Weltordnung und der des Kalten Krieges verwendet.

16 Eine andere Auffassung vertritt Herfried Münkler, der die Herausbildung einer neuen Pentarchie, bestehend aus den USA, Russland, China, der EU und Indien, in Zukunft für durchaus möglich hält, in: Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Hamburg 2023.

ähnelt der Frühphase des Kalten Krieges insofern, als China aufseiten der Sowjetunion stand und vor militärischen Konflikten mit der westlichen Welt – etwa im Rahmen des Koreakriegs – nicht zurückschreckte. Zu Kampfhandlungen zwischen China und Taiwan ist es bisher nicht gekommen; China verfolgt allerdings mit dem wiederholten Eindringen seiner Kampfflugzeuge in die taiwanesischen Luftraumüberwachungszonen einen zunehmend riskanten Kurs.

Die USA, Russland und China sind die weltweit führenden Atommächte, wobei die beiden erstgenannten über neunzig Prozent aller Atomwaffen verfügen; China folgt auf dem dritten Platz, hat allerdings in den vergangenen Jahren sein Potenzial erheblich ausgebaut. Durch die Kündigung beziehungsweise das Auslaufen fast aller nuklearen Abrüstungsverträge ist die Welt unsicherer geworden. Russland hat sogar im Verlauf seines Angriffskriegs gegen die Ukraine mehr oder weniger verklausuliert mit dem Einsatz nuklearer Waffen gedroht. Trotzdem scheint – wie im Kalten Krieg – das Gleichgewicht des Schreckens zu funktionieren: Einen Nuklearkrieg wollen die großen Atommächte offenbar nicht riskieren.

Bipolarität und Blockbildung

Die Dominanz der USA ist zwar Geschichte, eine Rückkehr der Bipolarität ist jedoch nicht feststellbar. Stattdessen befinden wir uns in einer multipolaren Welt¹⁵, in der die USA zunehmend von China herausgefordert werden; Russland spielt global bei Weitem nicht die Rolle wie China, hat aber durch sein militärisches Engagement im syrischen Bürgerkrieg und erst recht im Ukraine-Krieg gezeigt, dass es als hochgerüstete Militärmacht die Weltpolitik nachhaltig beeinflussen kann. Inwieweit Indien oder die Europäische Union zu neuen Kraftzentren werden können, ist nicht absehbar, nach derzeitigem Ermessen aber eher unwahrscheinlich.¹⁶

Von den militärischen Bündnissen, die den Kalten Krieg prägten, hat allein die NATO überlebt. Nach Ende des Kalten Krieges wurde wiederholt nach deren Sinn gefragt; außerdem waren Fliehkräfte in Ankara und isolationistische Tendenzen Trumps in Washington zu beobachten, und noch 2019 bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron die NATO als „hirntot“. Doch das Bündnis blieb im Kern funktionsfähig und passte sich – wenn auch teils mit Verzögerung – den Zeitläuften flexibel an. Das galt sowohl für die von den Balkankriegen und die von der NATO-Osterweiterung geprägten 1990er- als auch für die 2000er-Jahre, in denen die Allianz infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einem „globalen Sicherheitsakteur“ wurde und mit wenig nachhaltiger Wirkung versuchte, weltweit Krisenregionen zu

stabilisieren. Unter den neuen Gegebenheiten hat die NATO zu ihrer ursprünglichen Funktion zurückgefunden, sodass die Landes- und Bündnisverteidigung wieder im Zentrum ihrer Aufgaben steht.¹⁷ Entgegen seinen Absichten hat Putin das Bündnis nicht geschwächt, sondern gestärkt: Angesichts des Angriffs auf die Ukraine ist die NATO nicht nur näher zusammengerückt, sie hat sich seit April 2023 sogar um Finnland und seit März 2024 um Schweden erweitert. Insgesamt hat sich die NATO angesichts des Ukraine-Kriegs bisher weitgehend als handlungsfähig erwiesen, sowohl hinsichtlich der Hilfen für den angegriffenen östlichen Nachbarn als auch hinsichtlich der eigenen Dispositionen.

Im osteuropäisch-asiatischen Raum gibt es seit Beginn des 21. Jahrhunderts neue sicherheitspolitische Zusammenschlüsse. Dazu zählt zum einen die 2002 gegründete Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS),¹⁸ die neben Russland Kasachstan, Armenien, Belarus, Kirgistan und Tadschikistan umfasst und in deren Zentrum eine gegenseitige Beistandsverpflichtung steht. Zum anderen existiert seit 2001 die von China und Russland gegründete Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der darüber hinaus Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Doch handelt es sich dabei weniger um ein militärisches Bündnis als um ein Regionalforum für wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausch, das aufgrund der divergierenden Interessen ihrer Mitglieder kaum handlungsfähig ist. Der NATO steht daher, anders als zur Zeit des Kalten Krieges, kein geschlossenes Bündnis mit militärisch integrierten Strukturen gegenüber.¹⁹

Ein Krieg der Ideologien?

Allerdings hat sich Russland aufgrund des Ukraine-Kriegs stärker an China angelehnt, das die westlichen Sanktionen nicht mitträgt. Von dieser ungleichen Partnerschaft profitieren beide: Der Handelsaustausch ist deutlich gestiegen, China bezieht mehr Öl und Gas aus Russland, und das zu günstigen Preisen. Russland ist in diesem Verhältnis stärker abhängig von China als umgekehrt, dessen Russlandgeschäft nur einen geringen Teil seines Außenhandels ausmacht. Ob sich das informelle chinesisch-russische Bündnis, das vor allem auf einer gemeinsamen anti-westlichen Frontstellung basiert, dauerhaft etablieren kann, ist ungewiss: China wird sich als globale Handelsmacht nicht an ein Russland binden, das ihm lediglich günstige Energie liefern kann.

Während sich der Westen in Gestalt der NATO und der Europäischen Union als Bündnis von Demokratien definiert, handelt es sich bei Putins Russland und Xis China um Diktaturen. Lebt hier also der Kalte Krieg als ideologischer Konflikt zwischen Demokratien und autoritären

17 Vgl. Karl-Heinz Kamp: „NATO: Rückblick auf ein Dreivierteljahrhundert“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47-48/2023, S. 4-9, das Zitat S. 6.

18 Die OVKS ging aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit von 1992 zwischen Russland, Usbekistan, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan hervor, der „einen Konsultationsmechanismus samt Infrastruktur nach sowjetischem Muster“ darstellte, vgl. Anna Kreikemeyer: „Herrschaft statt Sicherheit. Die Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit“, in: Osteuropa, 62. Jg., Heft 5, 2012, S. 81-91, hier S. 87.

19 Vgl. auch Walkenhorst, a. a. O., S. 10, siehe Rn. 14. Walkenhorst betont, dass China „eine einsame Weltmacht“ ist.

20 Vgl. u. a. Michael Thumann: Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat, München 2023, S. 93-99, S. 155-157.

21 Vgl. Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart, München 2021, S. 591-596.

22 So Nils Ole Oermann / Hans Wolf: Wirtschaftskriege. Geschichte und Gegenwart, Freiburg i. Br. 2019, S. 180 f. (hier auch das Zitat zum besseren Ordnungsmodell).

Regimen wieder auf? China und Russland verbindet zwar ein gemeinsames Feindbild: die westliche Demokratie und die USA. Die Suche nach einer ostentativen Missionsidee, wie sie seinerzeit der Sozialismus zweifellos war, bleibt im heutigen Russland weitgehend ergebnislos. Der Putinismus reduziert sich hier im Wesentlichen auf einen extremen Nationalismus, der die Zeit zurückdrehen will, auch wenn sich Putin als Wahrer traditioneller russisch-orthodoxer Werte zu inszenieren sucht, der sich angeblich dem westlichen Werteverfall – Stichwort LGBTQ – entgegenstellt.²⁰

Das postmaoistische China wird zwar weiterhin von einer kommunistischen Partei regiert; die kommunistische Ideologie chinesischer Prägung scheint jedoch seit den 1990er-Jahren endgültig ausgedient zu haben. Stattdessen trat auch in China der Nationalismus an deren Stelle,²¹ und es ist diesbezüglich eine starke Reideologisierung erkennbar: Die Xi-Jinping-Ideen wurden 2017 in das Parteistatut und 2018 in die Verfassung übernommen. Dabei handelt es sich zwar nicht um ein klares ideologisches Konstrukt; inzwischen ist aber ein besonderes Sendungsbewusstsein der chinesischen Führung erkennbar, das an jahrtausendealte Hegemonialtraditionen des „Reichs der Mitte“ anknüpft. Peking scheint insbesondere seit der Weltfinanzkrise davon überzeugt zu sein, „der Welt ein besseres Ordnungsmodell bieten zu können als der Westen“. Anders als der liberale Westen habe das autoritäre chinesische System seinen Bürgern in kurzer Zeit zu wirtschaftlichem und technischem Fortschritt verholfen, sodass man von der eigenen Überlegenheit überzeugt ist.²²

Die Strahlkraft, die das westlich-liberale Modell nach dem Fall des Kommunismus in den 1990er-Jahren noch auf andere Staaten ausübte, ist mittlerweile zurückgegangen, wenngleich seine Attraktivität angesichts der akuten Bedrohung durch autoritäre Regime teilweise zurückkehrt. Auch wenn sich heute wieder autoritär und demokratisch verfasste Systeme gegenüberstehen, handelt es sich im Kern nicht mehr um einen ideologischen Konflikt; in dieser weitgehend machtpolitischen Auseinandersetzung geht es kaum noch darum, die Herzen der Menschen zu gewinnen.

Wirtschaftliche Verflechtungen und Wirtschaftskriege

Die gegenwärtige weltpolitische Konstellation ist komplizierter als zur Zeit des Kalten Krieges, da die globale wirtschaftliche Verflechtung sehr viel weiter fortgeschritten ist. Das wurde bereits bei den gegen Russland verhängten Sanktionen deutlich, die Moskau mit einem Lieferstopp von Öl und Gas in die westlichen Staaten beantwortete, was den westlichen

Volkswirtschaften, insbesondere der deutschen, erhebliche Probleme bereitet hat. Bei China, das im Zentrum globaler Lieferketten steht und wichtigster Handelspartner für viele Staaten der Welt ist, wären solche Sanktionen nur schwer denkbar. Anders als vor 1989 die sowjetische, ist die chinesische Volkswirtschaft nicht nur mit der US-amerikanischen auf das Engste verflochten. Das macht China weniger anfällig als die Sowjetunion, die insbesondere wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche zusammengebrochen ist.²³

Wirtschaftliche Verflechtungen lassen militärische Konflikte grundsätzlich unattraktiv werden, da sie die zum beiderseitigen Vorteil geschlossenen Wirtschaftsbeziehungen schädigen, ja zerstören können. Diese Überlegung hat zu der vorschnellen Schlussfolgerung geführt, dass in der heutigen globalisierten Welt Kriege aufgrund ihrer wirtschaftlichen Nachteile nicht mehr geführt werden. Jedoch lassen sich politische Führer nicht allein von ökonomischem Denken leiten. Dass Xi Jinping etwa zur „Wiedervereinigung“ mit Taiwan auch einen Krieg mit einkalkuliert, ist wahrscheinlich. Gleichwohl dürfte das Interesse Pekings an der Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere in Asien, eine konfliktdämpfende Wirkung haben.

Aggressives Streben nach internationaler Kontrolle

Wirtschaftliche Verflechtung, von der mehrere Partner profitieren, ist die eine, das aggressive Streben nach wirtschaftlicher Vorherrschaft, ja „nach einer möglichst weitreichenden internationalen Kontrolle über das System zur Produktion, zur Verteilung und zum Verbrauch von Waren und Dienstleistungen“²⁴ die andere Komponente heutiger globaler Wirtschaftsbeziehungen. Insbesondere China kann man ein solches Streben unterstellen: Die *Belt and Road Initiative* – bei uns „Neue Seidenstraße“ genannt – geht in diese Richtung, da hier von Reziprozität in den Wirtschaftsbeziehungen keine Rede sein kann. Bei diesem Vorhaben zeichnen sich zwar erste Probleme ab. Gleichwohl steht China bei seinen ausschließlich auf den eigenen ökonomischen Vorteil ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten des sogenannten Globalen Südens besser da als der Westen, der aufgrund seiner Einforderung politischer Reformen strukturell benachteiligt ist. Außerdem ist er in ökonomischer und technologischer Hinsicht China allenfalls ebenbürtig, auf einigen Gebieten – etwa bei Zukunftstechnologien wie der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz – sogar im Rückstand. Darin besteht ein grundsätzlicher Unterschied zum Kalten Krieg, als der Westen dem Osten wirtschaftlich immer und technologisch meistens haushoch überlegen war.

Sind es also die Grundmuster des Kalten Krieges, die die heutige Weltpolitik bestimmen? Als einziges Bündnis hat die NATO den

²³ Vgl. Walkenhorst, a. a. O., S. 10, siehe Rn. 14.

²⁴ So Oermann / Wolf, a. a. O., S. 190 f., siehe Rn. 22.

Kalten Krieg überstanden – und sie ist trotz aller aktuellen Schwierigkeiten vitaler als noch vor wenigen Jahren angenommen. Die USA konnten ihren Status als Supermacht behaupten; Russland als nuklearer Alleinerbe der Sowjetunion ist zwar weiter Atommacht, aber alles andere als eine Supermacht. China ist die weitaus wichtigere Großmacht geworden, die sehr viel eher in der Lage ist, den USA weltweit die Stirn zu bieten. Die Weltpolitik ist also heute nicht mehr bipolar, sondern multipolar organisiert.

Kriege sind heute machtpolitisch motiviert

Das bedeutet, dass etwa Abrüstungsverträge nicht mehr nur bilateral, sondern multilateral ausgehandelt werden müssten. Zwar lassen sich die gegenwärtigen Mächtegruppierungen wie im Kalten Krieg in diktatorische und demokratische einteilen; gleichwohl sind die heutigen Konflikte und Kriege nicht ideologisch, sondern weitgehend machtpolitisch motiviert. Schließlich ist die Welt wie bereits dargelegt in einem sehr viel stärkeren Maße als vor 1990 wirtschaftlich verflochten: Das kann einerseits konflikthemmend wirken, andererseits schließt es bei entsprechender Wirtschaftskraft Wirtschaftskriege zum Erlangen ökonomischer – und damit politischer – Überlegenheit nicht aus. Insgesamt lassen sich zwar einzelne Elemente der Weltordnung identifizieren, die an den Kalten Krieg erinnern; die Unterschiede zur damaligen Konstellation sind allerdings weitaus größer. Größere Komplexität im Verhältnis der Staaten untereinander, die unauflösliche Verquickung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ambitionen sowie die Bereitschaft Russlands und Chinas, militärische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, machen die Welt zu einem unsichereren Ort als zwischen den 1960er-Jahren und 1990. Geblieben ist allein die Furcht vor der gegenseitigen nuklearen Vernichtung, die verhinderte, dass aus dem Kalten Krieg ein heißer wurde und die hoffentlich auch einer Ausweitung der heutigen Kriege entgegensteht.

Eine erweiterte Fassung dieses Beitrags ist online unter www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/der-kalte-krieg-als-geschichte-und-gegenwart abrufbar.

Der ferne Westen

Wahrnehmungen aus dem ostasiatischen Raum

Ansgar Graw

Geboren 1961 in Essen,
Leiter des Medien-
programms Asien der
Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Singapur.

Die Bedrohung ist nicht immer schwer bewaffnet wie eine Armee oder mikroskopisch klein wie ein Virus, nicht immer auf dem Schlachtfeld zu stellen oder im Labor zu erforschen. Manchmal kommt die Bedrohung so nüch-

tern daher wie simple Prozentangaben in einer Umfrage. In der aktuellen Ausgabe von *The State of Southeast Asia*, der jährlich vom *Institute of Southeast Asian Studies* (ISEAS) in Singapur veröffentlichten Studie zur geopolitischen Verortung von Entscheidungsträgern in den zehn Mitgliedsländern der *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN), findet sich ein alarmierendes Zahlenwerk.

Die Mehrheit der Befragten (50,5 Prozent) plädiert dafür, die Position Chinas zu wählen, sollte die Region gezwungen sein, sich in der anhaltenden Rivalität zwischen Peking und Washington für eine Seite zu entscheiden. Für die USA optierten in dieser Umfrage 49,5 Prozent im Durchschnitt aller ASEAN-Staaten. Ein denkbar knappes Ergebnis – es kippte allerdings erstmalig in diese Richtung. Noch in der Studie des Jahres 2023 bezog nur etwas mehr als jeder Dritte (38,9 Prozent) Position für China, während die Vereinigten Staaten damals eine ausgesprochen klare Mehrheit an Unterstützern (61,1 Prozent) hatten.

Wie sieht man im Osten den Westen? Was weiß man im Westen vom Osten? Oder geht es längst um eine noch größere Region, den sogenannten Globalen Süden insgesamt? Wie definiert Asien, derzeit in Sachen ökonomische Aufbrüche und gesellschaftliche Umbrüche die dynamischste Weltregion, die Zustände auf dem Globus? Und wie agiert und reagiert man im Westen, der, denkt man etwa an Länder wie Japan oder Südkorea, längst als Wertegemeinschaft und nicht mehr als geografische Einheit begriffen werden muss?

Die Macht über die Welt

„Die Geschichte lehrt“, schrieb vor rund 700 Jahren der chinesische Schriftsteller Luó Guànzōng in seinem Monumentalwerk *Geschichte der Drei Reiche*, „dass die Macht über die Welt, wenn sie lange geteilt war, geeint werden muss, und wenn sie lange geeint war, geteilt werden muss.“ Und vor gut 200 Jahren proklamierte Johann Wolfgang von Goethe in seinem *West-östlichen Divan*: „Wer sich selbst und andre kennt / Wird auch hier erkennen: / Orient und Okzident / Sind nicht mehr zu trennen.“

„Nicht mehr zu trennen“ – das war eine prophetische Formulierung, wenn man den Grad der Globalisierung betrachtet. Dennoch kann sie sich als falsche Vorhersage erweisen, falls sich die Handelskonflikte (und vor allem die Gründe dafür) zwischen Washington und Peking zu spitzen sollten, schlimmstenfalls ergänzt durch einen militärischen Konflikt um Taiwan – und wenn sich eines Tages möglicherweise auch Europa entscheiden muss für die eine oder andere Seite: für jene, die uns seit achtzig Jahren Sicherheit gewährt, oder für die andere, die unseren Produkten heute den größten Markt der Welt garantiert. Sind wir, im Sinne von Guànzōng, aktuell im Zustand einer geteilten Welt, in der Nachfolge einer vorübergehenden Phase amerikanischer Dominanz nach dem Sieg im Kalten Krieg? Oder schon auf dem langen Weg zu einer Einigung nach der derzeitigen Zerfaserung – von welcher Seite wird die Welt aber dann zu welchem Preis für die andere Seite geeint?

Zurück zu der ISEAS-Untersuchung, durchgeführt unter Menschen mit zumeist hoher Bildung: Auch wenn die Befragten in den ASEAN-Ländern inzwischen mehrheitlich China einen knappen Vorzug vor den USA geben würden, kommt dies keiner Sympathiebekundung für Peking gleich. 42,4 Prozent (2023: 54,2 Prozent) der Befragten vertrauen darauf, dass die USA „die richtigen Dinge tun“ würden, um global zu Frieden, Sicherheit, Wohlstand und verlässlicher Ordnung beizutragen. Von China denken dies nur 24,8 Prozent (2023: 29,5 Prozent). Andere globale Player werden als vertrauenswürdig eingeschätzt, darunter die Europäische Union (41,5 Prozent); zugleich aber hält man Brüssel

weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Feld für sonderlich wirkmächtig.

Und noch ein Faktor ist wichtig: Die Mitgliedsländer des relativ lax organisierten Staatenbündnisses ASEAN sind weit entfernt von jeder Interessenkongruenz, auch hinsichtlich außenpolitischer Bündnisse und Ziele. ASEAN vereinigt rund 670 Millionen Menschen in unterschiedlichsten politischen Systemen, darunter mehr oder weniger ambitionierte oder gar nur nominelle Demokratien (Indonesien, Kambodscha, Malaysia, die Philippinen, Singapur), konstitutionelle (Thailand) und absolute Monarchien (Brunei), ein Militärregime (Myanmar) – und mit Vietnam und Laos sogar zwei marxistisch-leninistische Einparteiensysteme.

Auf die Seite Chinas zieht es Malaysia (75,1 Prozent), Indonesien (73,2 Prozent), Laos (70,6 Prozent), Brunei (70,1 Prozent) und Thailand (52,2 Prozent). Wer aufgrund der gemeinsamen Berufung auf Marx und Lenin auch Vietnam dem China-Lager zurechnen möchte, wird nicht zuletzt durch die Umfrage korrigiert: Im kommunistischen Vietnam, dem einstigen Gegner in einem erbitterten Krieg, würden im Falle eines Zwangs, zwischen den USA und China entscheiden zu müssen, 79 Prozent für Washington optieren. Nur auf den Philippinen ist die Zustimmung zu den USA mit 83,3 Prozent noch höher. Beide Länder streiten mit China über Grenzfragen und Territorien vor allem im Südchinesischen Meer; sie setzen darum auf ein regionales Engagement Washingtons. Singapur (61,5 Prozent), das von einem Bürgerkrieg erschütterte Myanmar (57,7 Prozent) oder Kambodscha (55 Prozent) bevorzugen ebenfalls den Schutz durch die Vereinigten Staaten.

Revitalisierung jahrtausendealter Hochkulturen

Der Westen steht also nicht allein – weder innerhalb von ASEAN noch in Asien insgesamt. Japan, Südkorea und Taiwan, obwohl Letzteres nicht als eigener Staat anerkannt, setzen ebenfalls auf Amerika. Unwiederbringlich verfliegen ist gleichwohl jener naive Optimismus, der nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks ein „Ende der Geschichte“ und die weltweite Adaptierung des westlichen Modells von freier Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie für gekommen sah. China und vier weitere Staaten (Vietnam, Laos, Kuba, Nordkorea) agieren mit einem sozialistischen Gegenwartsanspruch und behaupten, auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft zu sein. Russland hat sich nach seiner Selbstbefreiung vom Kommunismus und einem kurzen Flirt mit westlichen Idealen erneut zu einem diktatorischen System entwickelt. Im Iran sind trotz aller Proteste die Mullahs weiterhin an der

Macht. In etlichen asiatischen, arabischen, afrikanischen oder latein-amerikanischen Staaten hält man sich ideologisch fern von der Gesellschaft des Westens, die Francis Fukuyama als neue Norm erachtet hatte. Das totalitäre 20. Jahrhundert ist keinem liberalen 21. Jahrhundert gewichen.

Wer nach den Gründen fragt, wird einige zu hören bekommen. Doch entgegen populären Vorstellungen dürften ungeschickte Kriege im Nahen Osten, Abu Ghraib, Guantánamo oder der peinliche Abzug aus Afghanistan nicht zu den gewichtigsten zählen. Zentraler ist das Argument der Revitalisierung jahrtausendealter Hochkulturen. China und Indien nahmen keinen dauerhaften Abschied von Welthandel und Weltpolitik. Hinzu kommt die simple demografische Entwicklung, die beide Bevölkerungstitanen nach Perioden globaler Passivität wieder zu aktiven Playern gemacht hat: Indien, das kürzlich zum bevölkerungsreichsten Staat avancierte, und China, das seit Kurzem schrumpft, haben sich in die Phalanx der wichtigsten Wirtschaftsmächte „hineingekindert“. Die Gewichte in der Geopolitik haben sich auch damit verschoben.

Allerdings nicht überall. Die USA sind hinsichtlich ihrer Bevölkerung recht jung geblieben und immer noch vergleichsweise dünn besiedelt. Amerika wurde seit 1814, als britische Truppen das Weiße Haus und das Kapitol niederbrannten, unzählige Male für tot erklärt und ist doch sehr vital. Andere Teile des Westens, Europa ebenso wie das asiatische Japan, sind dagegen auf dem Weg in die Vergreisung. Das schafft Raum für jüngere Kräfte mit ehrgeizigen Zielen. Es war Präsident Xi Jinping, der bei seinem (aus vielerlei Gründen schwierigen) Besuch 2014 in Indien die Vision von der neuen Dominanz der beiden ökonomischen Schwergewichte entwickelte: China sei die Fabrik der Welt und Indien dessen „back office“ oder Verwaltungsgebäude.

Doppelstandards westlicher Industrieländer

Lange Zeit wurde der Westen in Asien als Lehrmeister nicht nur akzeptiert, sondern auch gesucht. So erzählt es ein erfolgreicher deutscher Unternehmer, der nicht zuletzt durch seine China-Geschäfte vermögend wurde, in seinem Büro am Berliner Kurfürstendamm: „Über viele Jahre kamen Chinesen in mein Büro, allesamt klug, allesamt bescheiden, und sagten mir: ‚Wir wollen von Ihnen lernen.‘ Die Chinesen kommen heute immer noch in mein Büro, aber diesen Satz habe ich schon seit Jahren nicht mehr gehört.“

Inzwischen sei der Globale Süden den mangelnden Respekt des Westens leid, schreiben der Indonesier Dino Patti Djalal und der Australier Michael Sheldrick in einer Analyse für das Onlineportal *NIKKEI Asia*. Westliche Nationen „sitzen gern auf einem hohen Podest, predigen und

agieren als Richter und Jury zugleich gegenüber dem Rest der Welt“, zitieren sie den indonesischen Diplomaten Wiryono Sastrohandoyo. Zweifellos haben die Autoren einen Punkt, wenn sie etwa Doppelstandards westlicher Industrieländer beklagen, die einerseits für Freihandel werben, aber andererseits Palmölimporte aus asiatischen Ländern unter Verweis auf die Gefahr des Abholzens von Regenwäldern protektionistisch limitieren. Ist der Westen auf seinem eigenen Terrain in den letzten Jahrzehnten wirklich so vorbildlich mit den Ressourcen umgegangen, dass er jetzt jüngeren Marktteilnehmern die Spielregeln diktieren sollte? Die Autoren erinnern daran, dass der Westen seine stolzesten Errungenschaften wie die Vielparteiendemokratie, den Sozialstaat und die Achtung von Menschenrechten erst nach Jahrhunderten mit Kriegen, Zerstörung, Faschismus (man möchte hinzufügen: Kommunismus) und Armut realisiert hat.

Der Westen muss pragmatischer agieren, und das gilt vor allem für die weiterhin noch zu missionarischen EU-Europäer. Das heißt nicht, dass man beim Import auf sämtliche Regulierungen zur Sicherstellung ökologischer und menschenrechtlicher Standards verzichtet. Aber wer Handelspartner aus dem Globalen Süden durch Lieferkettengesetze auf tugendhaftes Verhalten verpflichten will, schützt möglicherweise nicht die Umwelt, sondern überlässt den Raum anderen Akteuren, die sich um derartige Auflagen nicht scheren. Wenn man so gern von „wechselseitigem Respekt“ und „Augenhöhe“ spricht, sollte man Partnern, die ja ein natürliches Interesse am langfristigen Schutz ihrer Ressourcen haben, Eigenverantwortung zugestehen. Warum sollte der Globale Süden dies schlechter machen als der verunsicherte Westen?

Kaum Hoffnung auf „Westernisation“

Der Abschied des Westens von seinem Hochmut ist überfällig. Er darf dabei allerdings daran erinnern, dass es kein Monopol für arrogantes Verhalten gibt. Moralische Überhöhungen waren allen mächtigen Kulturen eigen. Bekanntlich wurde der Kotau mit dreimaligem Knien und neunmaligem Berühren des Bodens mit der Stirn nicht im Westen erfunden. Und so wenig der Westen erzwingen kann, dass sich wichtige Länder nach dem russischen Angriffskrieg auf die Seite Kiews stellen, muss er gleichwohl nicht die Haltung etwa Indiens loben, eine Position der Neutralität sei moralisch erhabener als die Unterstützung der Ukraine.

Es gibt gute Gründe für das neue asiatische Selbstbewusstsein, und es geht einher mit einem Inferioritätsgefühl im Westen. 2022 antworteten in einer Umfrage des *Democracy Perception Index* 83 Prozent der Chinesen, sie lebten in einer Demokratie – in den Vereinigten Staaten, tatsächlich die älteste demokratische Gesellschaft der Welt, wählten

sich nur 49 Prozent in einer solchen Staatsform. Nach unterschiedlichen Erhebungen glauben die Republikaner mehrheitlich und bis zu vierzig Prozent der US-Wähler insgesamt, die Präsidentschaftswahl 2020 sei Donald Trump gestohlen worden und Joe Biden sitze zu Unrecht im Weißen Haus. Wie will man aber die Welt von den Vorzügen der Demokratie überzeugen, wenn eine sehr starke Minderheit in deren politischer und wirtschaftlicher Führungsmacht selbst nicht mehr glaubt, in einem solchen System zu leben? Und es damit China erleichtert, das eigene Modell als das effizientere und demokratischere zu promoten?

Der Westen hat nach wie vor wichtige Verbündete, die gleichwohl nicht alle für westliche Werte eintreten. Auch diese Erkenntnis gehört zu einem pragmatischeren Umgang mit einer Welt in Unordnung, der den USA geläufiger ist als den Europäern. Vor wenigen Jahren stand der Begriff der „Easternisation“ hoch im Kurs, und kaum jemand zweifelte, dass China die USA binnen weniger Jahre als größte Wirtschaftsmacht ablösen würde. Zumindest mittelfristig sieht es danach nicht mehr aus. Es gibt mithin durchaus optimistisch stimmende Signale für den Westen. Jetzt gilt es, an den eigenen Werten unbedingt festzuhalten und die Realpolitik wieder stärker zu gewichten als die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „Westernisation“.

Kann China scheitern?

Kristin Shi-Kupfer

Geboren 1974 in Essen, Professorin für Sino-logie, Universität Trier, Senior Associate Fellow, Mercator Institute for China Studies (MERICS).

Beschäftigung mit unüblichen Szenarien

Könnte China in den nächsten Jahren in seiner jetzigen politischen Verfasstheit scheitern und auch gesellschaftlich und wirtschaftlich Schaden nehmen?

Was sich in Bezug auf die Vereinigten Staaten auf die institutionellen Pfeiler eines Rechtsstaats und einer liberalen Demokratie bezieht, würde mit Blick auf die Volksrepublik ein abruptes Ende von Xi Jinpings personalisiertem techno-totalitärem Herrschaftssystem bedeuten. Medienbeiträge, Analysen und wissenschaftliche Szenarien gehen davon aus, dass der Partei- und Staatschef seine 2022 begonnene dritte Amtszeit zu Ende führt. Eine weitere, vierte Amtszeit Xis bis 2032 wird ebenfalls als nicht unwahrscheinlich erachtet.¹

Warum ist ein plötzliches Ende des Systems Xi, sei es durch eine erzwungene Absetzung Xi Jinpings nach multiplen, sich verschärfenden Krisen oder sei es aus gesundheitlichen Gründen, so schwer vorstellbar? Dafür gibt es verschiedene Ursachen.

Xi scheint trotz mancher Krisen die Zügel fest in der Hand zu halten. Er hat die Proteste gegen die Härte und Willkür der Coronamaßnahmen im November und Dezember 2023 zügig unterbunden. Es waren

neben den Protesten in Hongkong die herausforderndsten Demonstrationen der städtischen Mittelschicht seit Jahrzehnten. Xi hat die nationalen Erschütterungen und den internationalen Vertrauensverlust nach dem harten Lockdown und der unvorbereiteten Kehrtwende zur Öffnung noch nicht wieder vollständig kompensiert. Aber er hält die Wirtschaft allen strukturellen Krisenerscheinungen zum Trotz weiterhin in Gang, wenn auch zu einem hohen sozialen Preis und mit zunehmender Informationsrepression.

Das Verschwinden zweier ihm loyaler Minister hat Xi ebenso überstanden wie den Austausch von Oberbefehlshabern der strategischen Raketenstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee. Sein Herrschaftssystem ist so weit institutionalisiert, dass die Unterstützung einiger ihm loyal ergebener Kader an zentralen Schaltstellen ausreicht, um seine Machtposition stabil zu halten. Nur noch wenige Politiker in Chinas Machtzentrale, dem Ständigen Ausschuss des Politbüros, sind mit Xi Jinping nicht persönlich verbunden. Ein Beispiel ist Wang Huning, Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes.

Worst-Case- und Best-Case-Szenario

Das Narrativ eines stabilen autokratischen Regimes in China korrespondiert zudem mit dem aktuellen Trend zunehmender und sich verfestigender autokratischer Tendenzen innerhalb Europas und in den Vereinigten Staaten. Das Szenario eines Zusammenbruchs von Chinas Herrschaftssystem hatten unter anderem US-amerikanische Autoren wie Gordon G. Chang oder Minxin Pei in den 1990er- und 2000er-Jahren beschrieben. Es ist bekanntlich nicht eingetreten. Die Formel „Wandel durch Handel“ haben Analysten mittlerweile ad acta gelegt. Auch kann es wahlweise als kultursensibel, politisch korrekt oder wissenschaftlich trendig gelten, eher den Untergang eines „weißen, kolonialistischen, arroganten Westens“ zu besingen als den eines „Reichs der Mitte“, von dem angenommen wird, dass es auf Basis von eigenen Traditionen, Werten und Stärken agiere.

Aus Sicht mancher politischer Akteure und Unternehmer ist es sogar unabdingbar, dass das System Xi stabil bleibt. Ein Scheitern Chinas würde die Weltwirtschaft vermutlich an den Rand des Abgrunds drängen, zumindest die eigenen Geschäfte stark beeinträchtigen, und Peking würde als Gegenüber und Mitstreiter in globalen Fragen und Konflikten verloren gehen. Schließlich kann es auch einfach beruhigend und bequem sein, sich nicht noch einen weiteren potenziellen Krisenherd vorstellen zu wollen. Das würde besonders für das Szenario gelten, in dem unter Xis Nachfolgern eine gewaltsame Auseinandersetzung

¹ Vgl. z. B. Bernhard Bartsch (Hrsg.): „Shaky China. Five scenarios for Xi Jinping's third term“, MERICS Report, Juni 2023, <https://merics.org/en/report/shaky-china-five-scenarios-xi-jinpings-third-term>; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): China 2030. Szenarien und Strategien für Deutschland, 08.06.2016, www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/china-2030 [letzter Zugriff jeweils: 02.05.2024].

ausbrüche und institutionelle Mechanismen wie die vorübergehende Machtübernahme des Vize-Präsidenten und eine anzuschließende Bestätigungswahl eines neuen Parteisekretärs durch das Zentralkomitee scheitern würden. Eine inkohärente und wechselhafte Politik und damit eine politische und wirtschaftliche Lähmung Chinas wären die Folgen.

Eine Eskalation des Konflikts mit Taiwan wäre unter diesen Umständen, aber auch unter einer durch das Militär geprägten Post-Xi Jinping-Junta vorstellbar. Sollten dagegen einflussreiche Spitzenkader friedlich, respektive nach kurzer Zeit mit Anerkennung des Militärs, eine neue Führung etablieren, wäre dies ein vorstellbares Best-Case-Szenario. Die 2018 von Xi Jinping durchgesetzte Aufhebung der Amtszeitbegrenzung des Staatspräsidenten könnte im besten Fall eine kollektive, ebenso nach innen wie nach außen weniger aggressiv auftretende Führung nach sich ziehen. Diese würde das Land umsichtig, graduell wirtschaftlich und möglicherweise irgendwann auch politisch liberalisieren.

Dass ein autokratisches System wie China früher oder später zumindest instabil wird, ist auf Basis von Erkenntnissen einer Gruppe schwedischer, US-amerikanischer und deutscher Forscher über historische Transitionen von Regimen wahrscheinlich: Autokratien sind instabiler als Demokratien. Allerdings münden Transformationsprozesse in Autokratien in über sechzig Prozent der untersuchten Fälle aus einem Zeitraum von 1900 bis 2019 nicht in konsolidierte Demokratien.²

Kritische Abhängigkeiten reduzieren

Was können wir im Westen angesichts solcher Unsicherheiten mit Blick auf China tun – wenn wir vor dem Szenario eines auch plötzlichen, unschönen Scheiterns Xis nicht die Augen verschließen dürfen?

Wir können aus der Historie bekannte Faktoren im Auge behalten, die auf eine sich vertiefende oder bereits ausgebrochene Krise innerhalb der politischen Führung hindeuten: etwa reduzierte Erwähnungen in den Medien, Aktivitäten und Abwesenheiten von Xi Jinping und seinen engsten Vertrauten, plötzliche politische Kehrtwendungen, abrupte personelle Neubesetzungen oder politische Leitlinien und Analysen in parteistaatlichen Medien, die sich sehr deutlich widersprechen, ohne dass diese zensiert werden.³

Wir sollten uns bewusst machen, dass auch wir in Europa Einfluss auf die Stabilität des Herrschaftssystems von Xi Jinping haben. Wirtschaftlich ist Chinas Partei- und Staatschef auf Investitionen inklusive Technologietransfers und Importen zentraler Güter wie Maschinen(teilen),

2 Seraphine F. Maerz et al.: „Episodes of regime transformation“, in: Journal of Peace Research, 13.07.2023, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00223433231168192> [letzter Zugriff: 02.05.2024].

3 Richard McGregor / Jude Blanchette: After Xi. Future Scenarios for Leadership Succession in Post-Xi Jinping Era. A Joint Report of the CSIS Freeman Chair in China Studies & the Lowy Institute, April 2021, www.csis.org/analysis/after-xi-future-scenarios-leadership-succession-post-xi-jinping-era [letzter Zugriff: 02.05.2024].

elektrischer Kommunikationsausrüstung oder Datenverarbeitungssystemen angewiesen. Die Märkte und die Nachfrage aus Europa für Exporte kann und will Peking nicht missen. Politisch ringt Xi Jinping darum, die Ernüchterung in Süd- und Osteuropa angesichts ineffizienter Investitionsprojekte und politischer Divergenzen aufzufangen. Auch will er einen Keil zwischen die durch den Ukraine-Krieg stärker geeinten westeuropäischen Großmächte und auch in die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und Washington treiben. Xi kann und will – anders als Wladimir Putin – keinen offenen Bruch mit den liberalen Demokratien riskieren. Das befreit deutsche Unternehmen und die deutsche Bundesregierung jedoch nicht von der Aufgabe, kritische Abhängigkeiten gegenüber der Volksrepublik zu reduzieren. Es entbindet uns auch nicht von einer detailliert zu durchdenkenden Linkage-Politik und einem klaren, souveränen und europäisch-geschlossenen Auftreten gegenüber Peking.

Der Wert der liberalen Demokratie

Wir können vor allem Chinesinnen und Chinesen in den USA, Australien und Europa mehr in den Blick nehmen. Nicht naiv, denn einige von ihnen könnten für den chinesischen Parteistaat spionieren wollen. Aber manche von ihnen sind längst engagierte Bürger in unseren Gesellschaften. Manche sind kenntnisreiche Analysten, da sie das System Xi von innen erlebt haben und vor diesem ins Ausland geflohen sind. Andere sind potenzielle Kontaktpersonen zu liberal denkenden Kadern innerhalb der politischen Führung Chinas. Wieder andere helfen uns vielleicht gerade am meisten durch ihr Ver zweifeln an ihrer Heimat; auch mit ihrer nicht selten verqueren Unterstützung für Donald Trump als einen imaginären Wunschpräsidenten, weil dieser aus ihrer Sicht der Einzige ist, der Xi Jinping unter Druck setzen will und kann. Das könnte uns helfen, den Wert unserer eigenen liberalen Demokratie wiederzuerkennen und profundere wertzuschätzen. Es sollte uns mutiger machen, uns mehr für andere Demokratien einzusetzen – zum Beispiel für Taiwan.

Bequemlichkeits- und Wohlstandseinbußen könnte dies alles mit sich bringen. Aber was ist Wohlstand wirklich wert, wenn uns Rechtsstaatlichkeit und politische Freiheit nicht mehr wert sind?

Wie dynamisch, wie effizient, wie begeisternd können wir unsere liberalen Demokratien (wieder) machen, damit sie eine Alternative zum System Xi auch für Menschen in China innerhalb der politischen Führung werden könnten? Solange wir diese Frage(n) gar nicht erst stellen, scheitern wir – egal, ob und wie Xis totalitäres Herrschaftssystem scheitern könnte – an uns selbst. Ob dieses Scheitern Realität wird, das haben wir, jeder ein kleines Stück, selbst in der Hand.

Weniger Westen?

Frank Priess

Geboren 1957 in Wolfsburg, bis 2023 Stellvertretender Leiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Westliche Selbstbehauptung und die Debatte über eine neue Weltordnung

Es besteht kein Zweifel: Die Welt sortiert sich neu. Und ebenso wenig zweifelhaft ist: Der Westen – es wird noch darüber zu reden sein, wie man ihn definiert – wirkt orientierungslos. Die Ratlosigkeit in den verschiedenen Staaten ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Deutschland spielt jedenfalls eine besonders problematische Rolle.

In der Fachpresse und in internationalen Foren wird debattiert, was uns nach der Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg und dem „unipolaren Moment“ der USA nun erwartet. Eine Neuauflage der Blockkonfrontation in der Gefechtslage Demokratien hier, Autoritäre da? Eine „G2“ mit um die USA und China gruppierten Lagern? Multipolarität? Globale Staatenanarchie?

Für Europa ist klar: Der Systemkonflikt – wenn er denn je verschwunden war – ist mit Macht zurückgekehrt, und er lässt nicht die Wahl, ob man an ihm teilnehmen möchte oder nicht: „Anstatt Demokratien als bloße Konkurrenten zu begreifen, sehen Autokraten in ihnen eine existenzielle Bedrohung für ihre Legitimation im eigenen Staat wie auch im Ausland – gleich ob durch Tat oder Beispiel“, analysieren etwa William J. Dobson und Christopher Walker (Dobson/Walker 2024) hellsichtig und beschreiben die neuartige „scharfe Macht“ der Autokraten, mit der sie Demokratien attackieren: „Die Ära westlicher Selbstgefälligkeit ist vorbei. Wir erleben einen aktiven Angriff autoritärer Regime auf die Demokratie, und die Auswirkungen dieser Aggression sind inzwischen deutlich zu erkennen. [...] Mittlerweile sollte klar sein, dass Russland, China und deren Nachahmer nicht dabei sind, uns ähnlich zu werden, sondern intensiv nach neuen Wegen in ihrem Kampf gegen die Freiheit suchen. Die Zeit ist nicht auf unserer Seite.“

Die Eskalation des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – begonnen hat er bereits vor zehn Jahren mit der Annexion der Krim und dem Separatismus in der Ostukraine – müsste dem letzten Zweifler die Augen geöffnet haben, auch wenn wir erleben, wie manche politische Entscheidungsträger Illusionen und Weltmodellen von gestern nachhängen. „Deutschland wird in diesem hybriden Krieg fortwährend angegriffen“, so *Der Spiegel* am 9. März 2024 in seiner Titelgeschichte „Putin hört mit“. Durch Desinformationen wird in Deutschland und weltweit versucht, Demokratien zu destabilisieren und sturmreif zu schießen, Naivität, Korruption und nicht immer durchsichtige Interessen in vielen Ländern der Europäischen Union helfen dem Angreifer, wie gut recherchierte Texte seit Jahren belegen.

Die Mär vom dekadenten Westen

Mit seinen Methoden ist Russland nicht allein: Der Iran mit seinen „Proxy-Milizen“, Nordkorea und China agieren ähnlich und versuchen, ihre Einflusssphären auszuweiten.

Dabei haben sie den Systemwettbewerb längst auch aktiv ausgerufen und machen aus den eigenen Absichten keinen Hehl. Als Basisnarrativ dient die Mär vom dekadenten Westen, der seine beste Zeit hinter sich und die Welt mit Doppelmoral, kolonialer Ausbeutung und Imperialismus lange genug geknechtet habe. Der Rückzug aus Afghanistan wurde in diesem Sinne verstanden. Die USA sind der Hauptgegner, Europa wird als besonders verwundbar identifiziert.

Die Frage ist, wer zum Westen gehört: 45 Länder beteiligen sich aktuell weltweit an den Sanktionen gegen Russland – vielleicht ein Anhaltspunkt? Fareed Zakaria spricht vom „West plus“ und fürchtet vor

allem den amerikanischen Rückzug, obwohl das Land sehr gut dastehe: „The United States must make shoring up its alliances the centerpiece of its foreign policy“¹ (Zakaria 2024). Gleichzeitig ist keineswegs sicher, wie es in der „Self-Doubting Superpower“ (Zakaria 2024) weitergeht – in einem Land, in dem Isolationismus und „America First“ drohen, Mainstream zu werden, und speziell die Republikanische Partei unberechenbar wird. Die Präsidentschaftswahl im November 2024 wird zur entscheidenden Weichenstellung weit über die USA hinaus.

Ängstliche Normalität statt Prioritätenveränderungen

Es ist längst eine Binsenweisheit, dass Europa und allen voran Deutschland mehr für die eigene Sicherheit leisten muss; hierzulande sind zuallererst eine realistische Lagebeurteilung und der politische Wille notwendig, den Erkenntnissen Taten folgen zu lassen. Längst sind wir nicht mehr für alle das leuchtende Vorbild, an dem man sich orientieren möchte, „Schurkenstaaten“ wie Putins Russland sind keineswegs so isoliert, wie wir es gern hätten. Für die deutsche Hypermoral ist die Nachfrage international überschaubar, sogar Doppelmoral lässt sich auch unserer „wertgeleiteten Außenpolitik“ mit guten Beispielen vorwerfen.

Der Schock der „Zeitenwende“ scheint schon wieder ängstlicher Normalität gewichen zu sein, wirkliche Prioritätenveränderungen sucht man vergebens. Dass die Bereitschaft, sich und die Verbündeten im Fall eines Angriffs gemäß den Verpflichtungen laut Artikel 5 NATO-Vertrag zu verteidigen, in Umfragen bedenklich gering ausgeprägt ist, stärkt nicht gerade das Vertrauen in ein Land, das eigentlich längst mehr Verantwortung und eine Führungsrolle übernehmen müsste, statt Getriebener und Nachzügler zu sein, ganz im Sinne von Daniel Fiott: „Die Tragödie besteht darin, dass die europäischen Staaten, die verstehen, was geopolitisch auf dem Spiel steht, nur selten die finanzielle und politische Macht haben, um handeln zu können. Denen, die über die Mittel verfügen, fehlt [derzeit] der Mut, zu handeln und zu führen“ (Fiott 2024).

Da sind andere Akteure etwas weiter: Die östlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland fühlen sich in ihren Warnungen vor Russland bestätigt. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, versucht seit 2019 an der Spitze einer „wahrhaft geopolitischen Kommission“, ihrer Bedrohungsanalyse Taten folgen zu lassen, langjährig neutrale Länder wie Schweden und Finnland suchen im westlichen Bündnis Schutz – ein ungewollter Beitrag Wladimir Putins zu westlicher Einheit. Weit östlich von Europa – nicht zuletzt in Asien, wo China mit seinen Ansprüchen auf Einflussphären, das Südchinesische Meer und Taiwan, als die größere Bedrohung wahrgenommen und die

1 „Die Vereinigten Staaten müssen die Stärkung ihrer Bündnisse zum Kernstück ihrer Außenpolitik machen“ [Übersetzung durch die Redaktion].

2 „Um in einer Welt der kämpfenden Giganten zu überleben und zu gedeihen, muss sich Europa von einem militärisch schwachen Staatenbund in eine echte Supermacht verwandeln“ [Übersetzung durch die Redaktion].

Achsenbildung mit Russland größte Sorge auslösten – reagieren Staaten wie Japan und Australien längst energisch und stärken ihre Abwehrkräfte und Bündnisse. Gleichzeitig beobachtet China sehr genau, ob Putins Aggression in der Ukraine erfolgreich ist und was sich aus der westlichen Reaktion für die eigenen Ansprüche lernen lässt.

Es ist weiterhin vordringlich, dass sich die Europäische Union nicht spalten lässt, als Kollektiv Selbstbehauptungswillen demonstriert und das „Dekadenznarrativ“ widerlegt. Fehlende Ressourcen können nicht als Ausrede dienen, wenn man etwa auf die wirtschaftlichen Größenverhältnisse zu den globalen „Wettbewerbern“ blickt. Zwar geht das wirtschaftliche Gewicht Europas relativ betrachtet eher zurück, und die Wettbewerbsfähigkeit bräuchte ein Upgrade; gleichwohl bleibt die wirtschaftliche Stärke das Pfund, mit dem sich wuchern lässt: „In einer Zeit des Misstrauens zwischen großen Wirtschaftsmächten, der Systemrivalität und neuer militärischer Konflikte wird auch die internationale Wirtschaftspolitik zur Waffe“, schreiben Gabriel Felbermayr und Christoph Herrmann (Felbermayr/Herrmann 2024). Es geht also nicht allein um das Militärische, aber eben auch.

Europa: Mischung aus Themenpark und Hospiz

Die Richtung definierte Radek Sikorski bereits im vergangenen Jahr, bevor er erneut die Verantwortung für die polnische Außenpolitik übernahm: „To survive and prosper in a world of battly giants, Europe must transform itself from a militarily weak confederation into a genuine superpower“² (Sikorski 2023). Europa würde dann auch zu einem besseren Bündnispartner für die USA und Demokratien weltweit. Sikorskis Horrorvision hingegen: Europa als künftige Mischung aus Themenpark und Hospiz.

Zur Selbstbehauptung gehören auch Verbündete im sogenannten Globalen Süden. Letztere sind nur mit Respekt, einer gehörigen Portion Realpolitik und unter Berücksichtigung ihrer Interessen zu gewinnen. An all dem hat es in der Vergangenheit oft gemangelt; eine neue Sensibilität dafür ist gerade jüngeren Generationen ein Anliegen (vgl. Bude 2024). Spricht man im Westen von „regelbasierter Ordnung“, verweist der Süden darauf, dass er an der Regelsetzung selten beteiligt war und aktuelle Regeln – die Zusammensetzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen oder die Gewichtungen in internationalen Finanzorganisationen sind nur zwei Beispiele – eher die Machtverhältnisse der Vergangenheit als gleichberechtigte Zukunftsgestaltung dokumentieren. Dabei zeigt das Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen bei der Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine durchaus, dass Souveränität sowie Nichteinmischung als Werte und nicht zuletzt als

Anliegen von Schwächeren wahrgenommen und verteidigt werden. Hieran lässt sich anknüpfen. Gleiches gilt für eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit und den Umgang mit Menschheitsaufgaben wie dem Klimawandel oder dem Umgang mit Pandemien – Verwundungen aus der Coronazeit sind längst nicht überall verheilt, nicht nur die „Impf-diplomatie“ Chinas wirkt nach.

Der hohe moralische Ton

Bei der Partnersuche treten altbekannte Dilemmata auf, wie Hal Brands mit Verweis auf die Arbeit des Theologen Reinhold Niebuhr – Anlass war 1946 die Bewertung der Koalition der Westmächte mit Stalin, um Hitler zu besiegen – nachweist: „In a world of lousy options, the crucial question is often: Lousy compared with what?“³ (Brands 2024). Was ist zur Erhaltung unserer Freiheit, der Demokratie, unserer Lebensform erlaubt, und mit wem tut man sich zusammen? Jährlich lädt US-Präsident Joe Biden zu weltweiten „Demokratiegipfeln“ ein, und stets wird es knifflig: Ist Indien unter Präsident Narendra Modi tatsächlich ein Wertepartner, wie die Rhetorik von der „größten Demokratie der Welt“ nahelegt? Ist Ungarn, obwohl Mitglied der Europäischen Union und der NATO, unter Victor Orbán zu Recht nicht eingeladen? Wie entwickelt sich die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan, und vergessen wir, dass das Land auch in Phasen verschiedener Militärdiktaturen NATO-Partner blieb? „Verzeiht“ man Saudi-Arabiens Kronprinz die Ermordung eines missliebigen Journalisten, weil er eher westlich orientiert ist und im erklärten Interessengegensatz zum Iran steht? Muss man mit afrikanischen Militärdiktaturen kooperieren – nicht nur, weil man die Rohstoffe benötigt, sondern auch, um den Einfluss von Systemrivalen einzuhegen?

Schwierige Fragen, die kaum im Schwarz-Weiß-Modus beantwortbar sind. Verzichten sollte man auf den hohen moralischen Ton, nicht aber auf die eigenen Werte, auch wenn sie sich nicht immer und überall verwirklichen lassen. Ob man dabei so weit gehen will wie Comfort Ero und Murithi Mutiga in ihren Betrachtungen zur Krise der afrikanischen Demokratie und der Empfehlung, auch von weiten Teilen der Bevölkerung akklamierte Putschisten nicht zu sanktionieren, ist dabei nur eine Frage: „Avoiding punishing them is the only way that outside actors can keep these citizens’ trust“⁴ (Ero/Mutiga 2024). Der bereits zitierte Brands kommt jedenfalls zur Bewertung: „Morality is a compass, not a straitjacket“⁵ (Brands 2024).

Neben Realpolitik auf zwischenstaatlicher Ebene ist weiterhin Demokratieförderung weltweit erforderlich, die konsequente Unterstützung von Zivilgesellschaften, die Stärkung von Menschen- und Bürgerrechten wo immer möglich. Auch sind engagierte und mit Ressourcen

3 „In einer Welt voller miserabler Optionen lautet die entscheidende Frage oft: Lausig im Vergleich wozu?“ [Übersetzung durch die Redaktion].

4 „Die Vermeidung von Strafen ist die einzige Möglichkeit für externe Akteure, das Vertrauen dieser Bürger zu erhalten“ [Übersetzung durch die Redaktion].

5 „Moral ist ein Kompass, keine Zwangsjacke“ [Übersetzung durch die Redaktion].

unterlegte Maßnahmen notwendig, um Fake News und Desinformationskampagnen kontern zu können, etwa die russische Behauptung, das Land sei ja nie Kolonialmacht gewesen. Die Förderung von Qualitätsjournalismus ist dabei allemal eine gute Wahl. „Entwicklungszusammenarbeit [EZ, *Einfügung durch die Redaktion*] sollte heute noch mehr in Demokratieförderung und die Resilienz von Demokratisierungsprozessen investieren“, so Jörg Faust, Leiter des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit, und sich überlegen, wo „EZ trotz geopolitisch legitimer Zielsetzungen kontraproduktiv wird, weil sie autoritäre Staaten und deren konfliktträchtiges Außenverhalten alimentiert“ (Faust 2024). Die Suche nach der richtigen Balance bleibt eine Daueraufgabe.

Literatur

Brands, Hal: „The Age of Amoralität. Can America Save the Liberal Order Through Illiberal Means?“, in: Foreign Affairs, 103. Jg., Nr. 2, März/April 2024, S. 104-117, hier S. 114 und 115.

Bude, Heinz: Abschied von den Boomern, Hanser, München 2024.

Dobson, William J. / Walker, Christopher: „Die Ära westlicher Selbstgefälligkeit ist vorbei“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 60, 11.03.2024, S. 6.

Ero, Comfort / Mutiga, Murithi: „The Crisis of African Democracy“, in: Foreign Affairs, 103. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 2024, S. 120-134, hier 132.

Faust, Jörg: „Nicht ob, sondern wie“, in: Internationale Politik, 79. Jg., Nr. 2, März/April 2024, S. 100-104, hier S. 102 und 103.

Felbermayr, Gabriel / Herrmann, Christoph: „Wirtschaftspolitik als Waffe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 61, 12.03.2024, S. 16.

Fiott, Daniel: „Wann wird Europa reif für Geopolitik?“, in: Internationale Politik, 79. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 2024, S. 25-29, hier S. 29.

Hamilton, Clive / Ohlberg, Mareike: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet, Deutsche Verlagsanstalt, München 2020.

Kühnhardt, Ludger: The Global Society and Its Enemies. Liberal Order Beyond the Third World War, Springer Verlag, Heidelberg 2017, hier S. 215.

Mody, Ashoka: „Indien als Gegenpart zu China? Das halte ich für naiv“, Interview in: Internationale Politik, 79. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 2024, S. 44-47.

Sikorski, Radek: „Europe’s Real Test Is Yet to Come“, in: Foreign Affairs, 102. Jg., Juli/August 2023, S. 66-77, hier S. 77.

Wahlers, Gerhard: Editorial, in: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 2/2023, S. 3.

Zakaria, Fareed: „The Self-Doubting Superpower“, in: Foreign Affairs, 103. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 2024, S. 38-54, hier S. 51.

Vom Vorreiter zum Nachzügler

Victor Mauer

Geboren 1968, promovierter Historiker, Lehrbeauftragter am Institut für Geschichtswissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: Die Tyrannei der Minderheit. Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2024, 352 Seiten, 26,00 Euro.

Zu den Defiziten amerikanischer Institutionen und erforderlichen Reformen

2018 war es das Buch der Stunde: *Wie Demokratien sterben*. Nun legen die Autoren besorgt nach.

Bereits damals fiel ihr Fazit ebenso nüchtern wie beunruhigend aus: Demokratien verschwinden leise. Sie läuten nicht, wenn sie gehen. Auf einmal sind sie weg.

Analytisch und alarmierend zugleich hatten Steven Levitsky und Daniel Ziblatt Aufstände und Versuche der Wahlanfechtung von Frankreich und Spanien über die Ukraine und Russland bis zu den Philippinen, Peru und Venezuela untersucht – und dachten nicht im Traum daran, dass sich eine der beiden großen Parteien der Vereinigten Staaten von Amerika im 21. Jahrhundert von der Demokratie abwenden könnte.

Donald Trump, schamloser Schaumschläger und Demagoge ohne moralische Skrupel, hatte gerade sein zweites Amtsjahr in der strategiefreien Zone Weißes Haus begonnen. In bekannter Manier denunzierte er seine Kritiker, beförderte sich zum „stabilen Genie“, pries sein

Einvernehmen mit Wladimir Putin und erklärte, dass sein „Atomknopf viel größer“ als der des nordkoreanischen Diktators sei. Als er das Weiße Haus drei Jahre später verließ, war das Ansehen der USA weltweit auf einem Tiefpunkt und das Ausmaß des demokratischen Rückschritts bemerkenswert. Es gipfelte in einem versuchten, vom noch amtierenden Präsidenten befeuerten Staatsstreich und erschütterte die Fundamente der Republik. Im Freiheitsindex von *Freedom House* waren die USA deutlich zurückgefallen und rangierten weltweit hinter 55 Staaten.

Nun legen Levitsky und Ziblatt, beide Professoren für Regierungslehre an der Harvard-Universität, eine weitere Studie vor. Und das zu einem Zeitpunkt, da sich die Republikanische Partei ein weiteres Mal in die Arme jenes Mannes geworfen hat, der „Diktator für einen Tag“ sein möchte. Ihre These ist im Kern unverändert: Aus dem einstigen Vorreiter der Demokratie und Vorbild für andere Nationen, den Vereinigten Staaten, ist ein demokratischer Nachzügler geworden. Die USA, so die Kernaussage, laufen Gefahr, in eine Minderheits-herrschaft abzugleiten – „eine ebenso ungewöhnliche wie undemokratische Situation, in der eine Partei, die weniger Wählerstimmen als ihre Konkurrenten gewonnen hat, dennoch die Kontrolle über entscheidende Hebel der politischen Macht erhält“ (S. 197). Die Bedingungen, die Donald Trump zur Präsidentschaft verhelfen, existierten weiter. Die USA stünden an einem Scheideweg.

Und so verfolgen die Autoren mit ihrer gut lesbaren Studie ein doppeltes Anliegen: Einerseits wollen sie nachvollziehen, warum die Vereinigten Staaten derart anfällig für einen demokratischen Rückschlag gewesen sind. Andererseits fragen sie nach den Aussichten für eine grundlegende Reform der amerikanischen Institutionen.

In der Demokratie, so lautet eine Binsenweisheit, sind Regeln notwendig, die die

Macht von Mehrheiten beschränken. Mehrheitsherrschaft und Minderheitsrechte gehen in modernen Demokratien Hand in Hand. Nicht nur die bürgerlichen Freiheiten, die grundlegenden Individualrechte, unterliegen dem besonderen Schutz. Mehrheiten dürfen auch nicht dazu genutzt werden, um durch eine Änderung der Spielregeln den politischen Gegner zu schwächen, den demokratischen Wettbewerb zu untergraben und letztlich die eigene Macht zu perpetuieren. Das Recht der Opposition, auf einem Spielfeld, auf dem faire Regeln gelten, in Konkurrenz mit der Regierung zu treten, ist ein grundlegendes Minderheitsrecht. Demokratien müssen Mechanismen schaffen, die den demokratischen Prozess vor Mehrheiten schützen, die die Demokratie umstürzen könnten.

Regeln, die Mehrheiten zügeln, können indes parteilichen Minderheiten erlauben, Mehrheiten permanent zu behindern und sogar zu beherrschen. „Als Produkt einer vordemokratischen Zeit“, so lautet eine der Kernthesen des Buches, „erlaubt es die amerikanische Verfassung parteilichen Minderheiten, die Mehrheit zu behindern und manchmal sogar zu regieren. Institutionen, die solche Minderheiten ermächtigen, können zu Instrumenten der Minderheitsherrschaft werden. Und besonders gefährlich sind sie in den Händen von extremistischen oder antidemokratischen Minderheiten“ (S. 19).

Fehlerhafte Institutionen

Um welche Institutionen in den USA handelt es sich? Levitsky und Ziblatt unterscheiden zwischen solchen, die Minderheiten schützen und die Demokratie bewahren, und solchen, die Minderheiten privilegieren, indem sie ihnen unfaire Vorteile verschaffen und dadurch die Demokratie untergraben. Dazu zählen sie das Wahlmännerkollegium, das die direkte Wahl

auf zweierlei Weise verzerrt: durch das in den meisten Bundesstaaten vorherrschende Prinzip, wonach der Sieger alles erhält, und durch die Schieflage zugunsten der kleinen Bundesstaaten – mit der Konsequenz, dass die Republikanische Partei zwischen 1992 und 2020 lediglich 2004 die meisten Stimmen gewinnen konnte und doch dreimal als Sieger aus der Wahl hervorging.

Auch den US-Senat zählen sie dazu, in dem jeder Bundesstaat das gleiche Stimmgewicht hat, die Grundlage der Repräsentation also nicht die Größe der Bevölkerungen, sondern die territoriale Einheit der Staaten ist – mit der Konsequenz, dass der Senat im 21. Jahrhundert zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit der Amerikaner repräsentiert hat.

Ferner rechnen sie den Obersten Gerichtshof dazu, dessen Zusammensetzung die Diskrepanz zu den Wählermehrheiten immer stärker verdeutlicht – mit der Konsequenz, dass im 21. Jahrhundert vier von neun Richtern von einer Senatsmehrheit bestätigt wurden, die in Senatswahlen zusammengekommen nur eine Stimmenminderheit gewonnen hatte und weniger als die Hälfte der Amerikaner repräsentierte, und von einem Präsidenten nominiert wurden, der nicht die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Auch das Wahlsystem gehört nach ihrer Einschätzung dazu, das seit jeher genutzt wird, Wahlsiege dazu zu missbrauchen, die Kontrolle über die Neueinteilung von Wahlbezirken zu erlangen. Und dazu zählen sie den Filibuster, der es der Minderheitspartei ermöglicht, von der Mehrheit unterstützte Gesetzesvorhaben dauerhaft zu blockieren.

Besonders hart gehen die Autoren mit der Republikanischen Partei ins Gericht, also mit jener Partei, die fast im Alleingang die Demokratisierung Amerikas nach dem Bürgerkrieg vorantrieb und in den 1960er-Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung

von Bürger- und Wahlrechtsreformen leistete. Ein großer Teil der republikanischen Basis, so stellen Levitsky und Ziblatt ernüchtert fest, radikalisierte sich und zog die Partei in eine Richtung, in der Identitätspolitik längst zur Erfolgsformel deklariert wurde und in der sie, gemessen an Demokratietreue, autoritär geführten Parteien wie der türkischen *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) und der ungarischen *Fidesz* ähnlicher ist als typischen Mitte-Rechts-Parteien.

„Die letzte beste Hoffnung“

Die Demokratie der Vereinigten Staaten zu demokratisieren, sei deshalb das Gebot der Stunde. Aber wie soll das geschehen? Levitsky und Ziblatt identifizieren drei Bereiche: ein garantiertes Wahlrecht für alle Staatsbürger; die Garantie, dass der Wahlausgang dem Mehrheitswillen entspricht, sowie die Stärkung regierender Mehrheiten. Damit einhergehen müssten die Abschaffung des Wahlmännerkollegiums, eine grundlegende Reform des Senats, sodass die Zahl der pro Bundesstaat gewählten Senatoren in etwa dessen Bevölkerungsanteil entspricht, die Abschaffung des Filibusters, die Einführung eines Verhältniswahlrechts, die Etablierung unabhängiger Wahlbezirkskommissionen, die Amtszeitbegrenzung für Richter am Obersten Gerichtshof. Dabei wissen die Autoren, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten im Vergleich zu den Verfassungen anderer Demokratien am schwersten zu ändern ist. Daher bedürfe es einer starken demokratischen Reformbewegung und ständigen politischen Drucks.

So verdienstvoll Levitskys und Ziblatts Studie auch ist – jenseits der auf die Schwachstellen von Verfassung und Institutionen abstellenden Analyse fehlt eine umfassendere Bestandsaufnahme zur Lage der amerikanischen Nation, die der Verfallsgeschichte zwischen

Idealismus und Hybris, Erfolg und Scheitern gerecht würde.

Sämtliche Entwicklungen, das hat der Schriftsteller und Journalist George Packer auf beeindruckende Weise dargelegt, nahmen ihren Anfang in den 1970er-Jahren des „amerikanischen Jahrhunderts“ (Henry Luce), als das parteiübergreifende Amerika der Mittelschicht aufhörte zu existieren und die vergleichsweise stabilen Narrative von gesellschaftlichem Aufstieg und fairen Chancen erodierte. An ihre Stelle traten vier konkurrierende Geschichten, die sich teilweise ergänzen, teilweise erbittert gegenüberstehen: mit dem „Freien Amerika“ und seiner erbarmungslosen Philosophie des Egoismus, seiner Ablehnung staatlicher Eingriffe und seiner Überzeugung, die Demokratie im Kreuzzug um die Welt tragen zu müssen; mit dem „Smarten Amerika“, das auf Kapitalismus und Meritokratie setzt, in der Welt der transnationalen Konzerne, Patchwork-Identitäten und multikulturellen Erziehung zu Hause ist und dabei die weiße Arbeiterklasse verlor; mit dem

„Wahren Amerika“, seiner rigorosen Antiintellektualität, seinem aggressiven Nationalismus, das sich als „Land der Weißen“ und der Evangelikalen versteht; und mit dem „Gerechten Amerika“, das sich gegen die selbstgefällige Leistungsgesellschaft auflehnt, seinen Siegeszug aus den Universitäten in die Massenkultur begonnen hat und im eigenen Land vor allem eines sieht: die Inkarnation des Rassismus und des Bösen.

So gesehen, ist die Medizin, die Levitsky und Ziblatt den Vereinigten Staaten verordnen, in den Worten Abraham Lincolns „die letzte beste Hoffnung“: auf eine Gesellschaft, die die Bedingungen für Gleichheit schafft, für gleiche Chancen, nicht für gleiche Ergebnisse; und die das zivilgesellschaftliche Engagement wieder lernt. Angesichts der bestehenden tiefen Gräben mag das naiv klingen. Aber zumindest ein Anfang wäre gemacht – ein Anfang für ein Amerika, das weniger mit sich selbst beschäftigt wäre, weniger zerrissen wirkt und dereinst wieder mehr Strahlkraft und Vorbildcharakter entfalten könnte.

Autoritäres Revival

Stefan Donth

Geboren 1968 in Dresden, 1999 Promotion mit einer Arbeit über die Politik von Sowjetischer Militäradministration und SED in Sachsen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen 1945 bis 1952, seit 2016 Bereichsleiter an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Über das prekäre Erbe der SED-Diktatur

35 Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen in Europa verblassen die Erinnerungen an die Repression nicht nur, sie werden mehr und mehr verdrängt. Ein Beispiel: Extreme Gruppierungen am linken und rechten Rand

des politischen Spektrums ignorieren bewusst historische Sensibilität, wenn sie ihr Handeln als Widerstandsakt bezeichnen. So fällt die Verharmlosung der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) auf bereiteten Boden, die in Büchern wie dem von Katja Hoyer (*Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990*) befeuert wird und die manchmal den Eindruck entstehen lassen, das Leben in der DDR sei doch schöner gewesen, als es heute oftmals dargestellt wird. Dieser besorgniserregenden Entwicklung gilt es entgegenzuwirken. Das Beispiel zeigt auch: Nach der Freude über die Überwindung der Diktatur und der Errichtung funktionierender Demokratien sind die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit sowie deren Aufarbeitung unerlässlich, damit das Erbe der Diktatur nicht nachwirkt.

Dazu bieten sich in diesem Jahr der Gedenk- und Jahrestage viele Anlässe: Vor 85 Jahren wurde Osteuropa mit dem Hitler-Stalin-Pakt zwischen zwei Diktatoren aufgeteilt, danach brach der Zweite Weltkrieg aus. In seinem Ergebnis erfolgte vor 75 Jahren die doppelte Staatsgründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR, mit der in Ostdeutschland eine wichtige Etappe der Durchsetzung der kommunistischen Diktatur ihren Abschluss fand. Gleichzeitig setzte in der Sowjetunion die Deportation von 42.000 Letten nach Sibirien ein. Parallel lief die „Sowjetisierung“ des Baltikums. Mit weitreichenden Folgen: Nicht nur in den baltischen Staaten fürchten heute viele Menschen, dass Putin den „Schutz“ der dort lebenden Russen als Vorwand für kriegerische Aktionen nutzen könnte. Das zeigt, wie die Verbrechen des Stalinismus bis in die Gegenwart fortwirken.

Wir erinnern aber auch an positive Wendepunkte der europäischen Geschichte: Im Jahr 1989, vor 35 Jahren, beendeten mutige Frauen und Männer die kommunistische Herrschaft in Europa. Ein Meilenstein waren die Treffen des Runden Tisches in Warschau und der Sieg der Opposition bei den darauffolgenden Parlamentswahlen in Polen. Aus deutscher Sicht ist die Grenzöffnung in Ungarn von besonderer Bedeutung. Der Freiheitsdrang der Menschen ließ sich nicht mehr stoppen: In unserem Land feiern wir die Jubiläen von Friedlicher Revolution und Mauerfall.

Selbstverständlich waren Freiheit und Demokratie allerdings auch vor 35 Jahren nicht: Das führt uns das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking im Juni 1989 wie kaum ein anderes Ereignis vor Augen.

All diese Jahrestage zeigen: Die Aufarbeitung der Errichtung, Durchsetzung und Überwindung der kommunistischen Diktatur ist eine gesamteuropäische Aufgabe – gerade in Zeiten, in denen wir uns immer wieder damit auseinandersetzen müssen, dass nicht nur in unserem Land viele Menschen den Wert der Freiheit und die Folgen von Unfreiheit aus dem Blick verlieren.

Diktatur und Unrechtsstaat

Welche Inhalte und Begrifflichkeiten sind wichtig? Die Konzentration auf Themen wie „Diktatur“ und „Unrecht“ ist keine Schwäche, sondern eine Stärke in der Vermittlung der DDR-Geschichte – weil dadurch der Unterschied zur freien und demokratischen Gesellschaft deutlich wird.

An ihrem totalen Machtanspruch ließ die SED nie einen Zweifel – und sie setzte ihre Politik nicht nur mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), sondern mit weiteren Repressionsorganen wie Volkspolizei oder Verwaltung durch. Bürgerliche Verfassungs-, Grundrechts- und

Demokratievorstellungen lehnte die SED entschieden ab: „Daraus ergibt sich“, so heißt es in einem öffentlich zugänglichen Verfassungskommentar, „dass die sozialistische Demokratie nicht mit der ‚repräsentativen‘ Demokratie oder einem beliebigen parlamentarischen System verglichen werden kann.“¹

Einher ging der von der SED vorangetriebene Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit einer drastischen Beschneidung der persönlichen Freiheitsrechte – gerade nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Alle Grundrechte galten ausschließlich im Rahmen des politischen Systems der DDR und im Sinne der SED. Diese strikte Normbindung unterschied die DDR-Verfassung fundamental von den Bestimmungen in demokratischen Verfassungsstaaten.

Von besonderer Bedeutung für die Verfassungswirklichkeit in der DDR war die Vehemenz, mit der die SED den „Rechtsstaat“ – das heißt eine unabhängige Justiz – ablehnte und stattdessen lediglich von „sozialistischer Gesetzmäßigkeit“ sprach. Es gehörte zur DNA des SED-Staates, „dass die Unabhängigkeit der Rechtsprechung im Sinne der bürgerlichen Gewaltenteilung dem Sozialismus und dem mit ihm erstmals verwirklichten Prinzip der Volkssouveränität wesensfremd ist“ – so formulierte es 1970 der Justizminister der DDR in einer öffentlich zugänglichen Publikation.²

Vernachlässigte Opfer des Antisemitismus

Doch die DDR war auch ein Land, in dem sich immer wieder Menschen gegen die Einschränkung ihrer Freiheitsrechte zur Wehr setzten. Bürgerliche Politiker widerstanden in der Frühphase der DDR der Gleichschaltung ihrer Parteien. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 zeigte, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Herrschaft der SED ablehnte. Später folgten der Widerstand gegen die Jugendweihe und die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die Wehrdienstverweigerung, die Proteste gegen den Mauerbau und in den 1980er-Jahren die Friedens- und Umweltbewegung.

Verschwiegen wurden in der DDR die Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus – die es aus ideologischen Gründen auf Geheiß der SED-Führung nicht geben durfte. Auch die oft vernachlässigten Opfer von Antisemitismus in der DDR gehören stärker in den Blick der Öffentlichkeit: Der jüdische Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft spielte in der SED-Diktatur nahezu keine Rolle.

Die SED koppelte offene und verdeckte Repressionen mit gezielten Verbesserungen im täglichen Leben. Beides existierte nebeneinander und bedingte sich gegenseitig. Deshalb prägten vielfach Zwänge, Lügen und Angst den Alltag. Jedoch gehört auch zur Wirklichkeit, dass sich

1 Klaus Sorgenicht et al. (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Kommentar, Bd. 1, Staatsverlag der DDR, Berlin 1969, S. 281.

2 Kurt Wünsche: „Zur Wahl der Richter und Schöffen der Kreisgerichte sowie der Mitglieder der Schiedskommissionen“, in: Neue Justiz, 24. Jg., Nr. 2/1970, S. 33.

3 Frank-Walter Steinmeier: Rede anlässlich der zentralen Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Mauerbaus, Berlin, 13.08.2021.

viele Menschen, wenn sie an ihr Leben vor der Friedlichen Revolution zurückdenken, auch an Normalität erinnern: an harte Arbeit, die Organisation des Alltags in einer Mangelwirtschaft, an Freude und Leid. Niemand sollte dem alltäglichen Leben in der DDR das Lebenswerte absprechen. Das würde die Biographien von Millionen Menschen entwerfen. Aber diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die manchmal wehmütig zurückblicken, sollten mit der Frage konfrontiert werden: Was bitte ist an einer Diktatur gut?

Darauf fand Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2021 eine prägnante Antwort: „Die Mauer war das unübersehbare Zeichen eines Unrechtsstaates, der in den Augen seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger weder souverän noch legitim war.“³

Historische Lehren

Aus der Geschichte und den Lehren zweier Diktaturen hat Deutschland Konsequenzen gezogen: Die unveräußerliche Achtung der Menschenwürde, das Bewusstsein für die Bedeutung der Freiheit und die Wertebindung des Grundgesetzes sind tragende Prinzipien der demokratischen Ordnung in Deutschland. Jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit in Deutschland geht davon aus: Weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen und der Holocaust relativiert, noch darf das von der kommunistischen Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden – auf diesem langjährigen, tragfähigen und überparteilichen Konsens gründen Gedenken und Erinnerung in Deutschland. Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke ermutigt dazu, künftig die Auseinandersetzung mit totalitärer Vergangenheit und die Vermittlung in die gesamte Gesellschaft stärker in einen europäischen Kontext zu stellen.

Unsere Gesellschaft muss mehr tun, damit die Verbrechen der SED-Diktatur auch Teil des kulturellen Gedächtnisses der Menschen mit Migrationshintergrund werden. Viele von ihnen verfügen über eigene leidvolle Erfahrungen von Unrecht und Unterdrückung. Die Opfer der SED-Diktatur zu würdigen, heißt nicht, andere Verbrechen auszublenden. Gerechtigkeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen bedeutet kein Entweder-oder.

In Deutschland leben sechs Millionen Menschen, deren familiäre Wurzeln in den ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes liegen und die damit Erfahrungen aus kommunistischen Diktaturen mitbringen. Ein intensiverer Austausch wäre für alle Beteiligten eine Bereicherung. Es geht darum, die gesamte Gesellschaft in ihrer Vielfalt – bezogen auf Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und soziale Verankerung – zu erreichen. Ziel ist es, dass sich möglichst viele Menschen mit der Geschichte der SED-Diktatur auseinandersetzen.

Das geschieht besonders nachhaltig in den zahlreichen Gedenkstätten, die an den authentischen Orten der Verfolgung an die Opfer erinnern. Diesen Menschen ist zu Recht wichtig, dass sich die Gesellschaft mit ihren Schicksalen auseinandersetzt. Vielfach waren sie es, die mit ihrem Engagement überhaupt erst die Räume geschaffen haben, an denen heute erinnert und Diktaturgeschichte konkret vermittelt wird. Die Frauen und Männer, die für Freiheit und Demokratie aufgestanden sind, verdienen es, dass wir ihre Geschichten bewahren und die Bedeutung der durch sie errungenen Werte stärken, betonte der Berliner Regierende Bürgermeister Kai Wegner anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.

Erfolgreiche Aufarbeitung lässt die Opfer der Diktatur zu Wort kommen. Zahlreiche positive Rückmeldungen belegen, wie gut es den Zeitzeugen gelingt, besonders junge Menschen für das während des Sozialismus begangene Unrecht zu sensibilisieren und damit ihr Demokratiebewusstsein zu stärken.

Die letzten 35 Jahre zeigen: Die Arbeit mit Zeitzeugen ist ein erfolgversprechender Weg, um den Kräften entgegenzuwirken, die das kommunistische Unrecht relativieren wollen. Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass diese Gruppierungen nicht die Deutungshoheit über die Geschichte des 20. Jahrhunderts erlangen. Wer die Stimme der Zeitzeugen zum Verstummen bringen will, öffnet der Verharmlosung und Relativierung der sozialistischen Diktatur Tür und Tor.

Eine lebendige Erinnerungskultur, Zeitzeugenarbeit, Forschung und Vermittlung benötigen eine auskömmliche Finanzierung. Der Politik kommt diesbezüglich eine enorme Verantwortung zu. Wenn die kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christiane Schenderlein die Arbeit der Gedenkstätten würdigt, dann unterstützt sie den Ansatz der Gedenkstättenarbeit, den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der Freiheit und der Menschenrechte zu stärken. Jeder Euro, der in die Arbeit der Gedenkstätten fließt, ist eine gute Investition in die Demokratie, weil die Besucherinnen und Besucher durch die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit für totalitäre und autoritäre Versuchungen sensibilisiert werden.

Der Westen – eine ostdeutsche Erfindung?

Ursula Weidenfeld

Geboren 1962 in Mechnich, war unter anderem Berlin-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ sowie Ressortleiterin Wirtschaft und stellvertretende Chefredakteurin des Berliner „Tages spiegels“, freie Journalistin, Kolumnistin und Kommentatorin für Verlage, Fernseh- und Hörfunksender.

Über ost-westliche Projektionen

Im 20. Jahrhundert kannte Europa nur eine Blickrichtung: die nach Westen. Das hat Folgen bis heute.

Vier Jahre lang hatten die Menschen sich bereits daran gewöhnt, aus dem Osten wenig Gutes, im Westen dagegen Besseres zu erwarten. Als im Jahr 1949 die Bundesrepublik und die DDR gegründet wurden, war die wesentliche Blickrichtung bereits eingeübt: Wer wirtschaftlichen Erfolg, Eigentum und persönliche Freiheit suchte, orientierte sich nach Westen. Hunderttausende setzten sich in die Besatzungszonen der USA und Großbritanniens ab (die Franzosen weigerten sich anfangs, Flüchtlinge aufzunehmen). In den Westzonen konnten ehemalige Nationalsozialisten nach und nach auf eine gnädigere Behandlung hoffen, Individualisten auf eine gerechtere Gesellschaft und Unternehmer auf eine erfolgreiche Zukunft.

Die Himmelsrichtung der Orientierung ist im komplizierten innerdeutschen Verhältnis dieselbe geblieben. Am Westen misst man sich, man ärgert sich über ihn, man eifert ihm nach, man macht ihm Vorwürfe. Der Westen ist für viele Ostdeutsche das geblieben, was er immer war: eine Vorstellung.

Das westliche Modell hat sich durchgesetzt, es hatte von Anfang an die besseren Karten: Nicht nur die Flüchtlinge, auch die in der DDR Geblienen schauten nach Westen. Die DDR musste sich am politischen System und am Wohlstand der Bundesrepublik messen. Im offenen Systemwettbewerb trat sie als das „demokratische Deutschland“ anfangs selbstbewusst auf. Das Motto „Überholen, ohne einzuholen“ war verankert, lange bevor es der Vorsitzende des Ministerrats, Walter Ulbricht, zur unerfüllbaren Staatsdoktrin erkor. Was Bildungsniveau, Kultur oder die Rechte der Frauen betraf, hat die DDR den Plan erfüllt. Wo es aber um Freiheit und Wohlstand ging, hatte sie keine Chance.

Planwirtschaft versus Marktwirtschaft

Gemessen haben sich die Bürger der DDR an einer Fiktion: West-Fernsehen und -Radio setzten die gelegentlich unrealistischen Maßstäbe für die Konsum- und Erfolgserwartungen. Die West-Mark war bereits vor 1989 der Goldstandard der DDR, Westpakete stopften die Kaffee-, Schokolade- und Seidenstrumpflücken, die der Sozialismus nicht finanzieren konnte. Die Kosten der Freiheit dagegen wurden in den Medien der DDR so grotesk überzeichnet, dass sie in der Wahrnehmung vieler Bürger des Landes als Erfindung des Politbüros und der gelenkten Medien erschienen.

Der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann hat mit seinem Vorwurf, die Westdeutschen hätten sich den Osten erfunden, um seine Bürgerinnen und Bürger im wiedervereinigten Land dauerhaft zu benachteiligen und herabzusetzen, eine neue Diskussion um West- und Ostdeutschland angestoßen. Oschmann bezieht sich auf die 35 Jahre nach der friedlichen Revolution. Seine These einer ungerechtfertigten neuen Landnahme und Dominanz erweckt den Eindruck, als sei der Osten in Wahrheit erst nach der Einheit westlich überformt worden. Die ökonomische Dominanz aber gab es auch vorher schon – aus guten Gründen. Sie lag nicht in der individuellen Leistungsfähigkeit, sondern in den Gegensatzpaaren Planwirtschaft versus Marktwirtschaft, Volkseigentum versus persönlicher Besitz, Kollektivismus versus Individualismus.

Das Beispiel der beiden Währungen verdeutlicht, wie sich diese materielle Dominanz gebildet hat und bis heute durchsetzt: Wenn man ausschließlich den Erfolg der D-Mark betrachtete, könnte man die Wirtschafts- und Sozialgeschichte beider deutscher Staaten zwischen 1948 und 1990 erzählen. Umgekehrt dagegen ließe sich mit der Mark der DDR nicht einmal die eigene Geschichte des Staates vollständig abbilden.¹ Sie war weder im eigenen Land noch in einem anderen ein taugliches Messinstrument für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Dafür gibt es mindestens drei Gründe.

¹ Siehe SPIEGEL-Themenportal „DDR“, www.spiegel.de/thema/ddr/ [letzter Zugriff: 15.05.2024].

² Siehe SPIEGEL-Themenportal „Sowjetunion“, www.spiegel.de/thema/sowjetunion/ [letzter Zugriff: 15.05.2024].

Erstens: Ostdeutschland ist keine Erfindung des Westens, es war eine Erfindung der Sowjetunion.² Das hat Ostdeutschland bis heute stärker und nachhaltiger geprägt, als es Ost- und Westdeutsche wahrhaben wollen.

Vor der Währungsreform hatten alle Alliierten zwar so etwas wie ein vereinigt Deutschland nicht ausgeschlossen. Doch niemand brachte den Willen und die Energie auf, das möglich zu machen. Weil Konrad Adenauer die klare Westbindung verfolgte und Josef Stalin sich ein vereinigt Deutschland nur als neutralen Staat mit sozialistischer Planwirtschaft und Volkseigentum vorstellen konnte, wurde die Teilung Deutschlands unwiderruflich, noch bevor die beiden Staaten gegründet wurden.

Umgekehrt war auch der Westen zuerst eine Schöpfung der amerikanischen Besatzungsmacht. Bevor die westdeutschen Ministerpräsidenten eine einzige Eisenbahnreise ohne Erlaubnis ihrer Besatzungsmächte unternehmen konnten, waren die Weichen für eine spätere Integration ihrer Länder in die westliche Welt gestellt.

Zwischen beiden deutschen Staaten gab es neben den offiziellen staatlichen Anstrengungen jahrelang vor allem zwei Verbindungen: die Menschen, die die DDR verließen oder in sie einwanderten (die gab es auch), dazu die fortdauernden familiären Kontakte. Die zweite Klammer war die westdeutsche Währung, die in Ostdeutschland ebenfalls nach Kräften gespart, heimlich getauscht und ausgegeben wurde. Beides wirkte bis zum Mauerbau am 13. August 1961 und erneut seit den 1980er-Jahren wie ein permanenter Volksentscheid gegen die DDR. Die D-Mark war die Erfindung des Westens, der Osten war es nicht.

Zweitens: Drei Tage nach der Währungsreform (West) von 1948 wurde auch in der Sowjetischen Besatzungszone die Reichsmark formal abgeschafft. Die Ostmark war ein Kind der Planwirtschaft. Während im Westen nahezu alle Preisgrenzen und Rationierungen aufgehoben wurden, wurde der tägliche Bedarf in der DDR teilweise bis 1958 bewirtschaftet. Das Ostgeld war nicht kompatibel, die Preise spiegelten den politischen Willen wider, nicht aber Angebot und Nachfrage. Mit fatalen Folgen: Nach vierzig Jahren war die Währung so kaputt, dass sie permanent von der Bundesrepublik subventioniert werden musste. Ostdeutschland als eine Erfindung des Westens? Vielleicht eher so: Ohne den Westen, seine Währung und die Devisen-Milliardenkredite hätte die DDR wirtschaftlich nicht bis 1989 überlebt.

Drittens: Die Sowjetunion war nicht nur die Schöpferin der DDR. Sie sorgte auch mit dafür, dass Westdeutschland als Frontstaat im Kalten Krieg seine Rolle fand. Nach der Währungsreform im Juni 1948 riegelte die Sowjetunion West-Berlin ab und versuchte, den Viermächtestatus der Stadt infrage zu stellen. Fast ein Jahr lang, bis zum Mai 1949, musste die Stadt aus der Luft versorgt werden. Nur weil der Winter ähnlich

warm war wie die gerade vergangenen in Deutschland, ging die Sache gut aus. Im Winter 1948/49 war der Wettergott ebenso kein Kommunist, wie er 2022 und 2023 kein Putinist gewesen ist.

Den freien Westen verteidigt zu haben, war in den westlichen Besatzungszonen identitätsstiftend. Die meisten Westdeutschen und -berliner empfanden die Amerikaner danach nicht mehr als Besatzer, sondern als Freunde. Der Marshallplan zum Wiederaufbau, das Ende der Reparationen folgten. Die Sowjetunion hat daher nicht nur die DDR erschaffen – sie hat auch einen entscheidenden Impuls für die westdeutsche Nachkriegsidentität gegeben.

„Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“

Der Osten als eine Erfindung des Westens? Am 17. Juni 1953 wehrten sich Hunderttausende Arbeiter im Osten Deutschlands gegen neue Normen und Planvorgaben und verlangten die Wiedervereinigung; der Volksaufstand wurde blutig niedergeschlagen. Der Westen machte daraus seinen Nationalfeiertag, eignete sich das Datum an. In diesem Sinn prägte der Aufstand im Osten jahrzehntelang den Westen, während er in der DDR als Tag X aus dem kollektiven Bewusstsein getilgt werden sollte. 1989 gingen Millionen DDR-Bürger auf die Straße, stürzten das Regime, bereiteten den Weg in die Deutsche Einheit. „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“ lautete ein beliebtes Plakatmotiv bei den Demonstrationen, das Tempo und Art der deutschen Einheit prägte.

Das entschuldigt nicht die Ungerechtigkeiten, das postkoloniale Gehabe vieler Westdeutscher nach der friedlichen Revolution, den Export westdeutscher B-Mannschaften in die Führungsetagen ostdeutscher Universitäten, Unternehmen und Gerichte. Es relativiert auch nicht die Verweigerung eines gemeinsamen Neubeginns und darf keine Ausrede für die Fehler im Einigungsprozess sein, auch wenn die Entwicklung im Ganzen positiv war.

Aber der Osten als eine Erfindung des Westens? Nicht nur, wenn man sich die Geschichte der D-Mark anschaut, beschleichen einen Zweifel. Die DDR und die Bundesrepublik beeinflussten sich, sie maßen sich am jeweils anderen, sie litten aneinander und schrieben ganze Kapitel im Geschichtsbuch des jeweils anderen.

Die Vorstellung vom Westen wurde schließlich zum Motor der friedlichen Revolution. In der DDR war in den vierzig Jahren der Teilung das Bild einer Bundesrepublik entstanden, die es so nie gegeben hatte. Der Westen war immer auch eine Erfindung des Ostens, eine Projektion. Ein Teil der Enttäuschungen, Frustrationen und Entfremdungen zwischen Ost- und Westdeutschen ist bis heute darauf zurückzuführen.

Die westdeutsche Geschichte allerdings zur allein gültigen gesamtdeutschen Nachkriegserzählung zu machen, war und ist ein Fehler mit Ansage. Dass sich die zweite und dritte Generation junger Erwachsener, die nach 1990 geboren wurden, ihrer ostdeutschen Herkunft bewusster sind als die Älteren, ist ein Grund zur Nachdenklichkeit. Während westdeutsche junge Erwachsene die Unterschiedlichkeit zwischen West- und Ostdeutschen immer seltener empfinden, ist es bei jungen Ostdeutschen umgekehrt. Der „Vereinigungserfolg“, die zügige Anpassung Ostdeutscher an westdeutsche Lebensformen, Normen und Einstellungen, verblasst. Ist das heutige Ostdeutschland also vielleicht gar keine Erfindung des Westens, sondern eine der Ostdeutschen selbst, wie es die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Julian Heide nahelegen?

Der Blinddarm der deutschen Nachkriegsgeschichte

Darüber nachzudenken, fordert nicht nur den Blick auf die Gegenwart des vereinigten Landes, sondern auch den auf die Vergangenheit des geteilten Deutschlands heraus. Bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit und den Beschlüssen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR wurde im Sommer 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz beschlossen. Danach trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei, ohne dass dafür eine neue gesamtdeutsche Verfassung geschrieben werden musste. In der Unübersichtlichkeit der Jahre 1989 und 1990 war das zweifellos die pragmatischste und die am wenigsten zeitraubende Entscheidung.

In der Konsequenz aber bürdete dieser Weg den Ostdeutschen die alleinige Anpassungsleistung auf. Wolfgang Schäuble sagte in der Bundestagsdebatte über den Hauptstadtbeschluss am 20. Juni 2001, es könne auch im Westen „nicht alles so bleiben, wie es war“. Er hat sich getäuscht, die Erwartungshaltung im Westen war und ist eine andere: Vieles sollte genauso bleiben, wie es vorher war, nur größer. Die Bürger der damaligen DDR sollten sich in der – bis auf wenige Ausnahmen – westdeutschen Identität einrichten. Ihre eigene Geschichte vor der Deutschen Einheit wurde zum Blinddarm der deutschen Nachkriegsgeschichte: immer da, aber interessant erst dann, wenn er sich entzündet.

Es ist Zeit für einen neuen Blick in den Osten – und in die Geschichte der DDR.

Zum Weiterlesen

Weidenfeld, Ursula: Das doppelte Deutschland. Eine Parallelgeschichte 1949–1990, Rowohlt, Verlag, Hamburg 2024.

Am Scheideweg

Sachsen vor der Landtagswahl

Ronny Heine

Geboren 1974 in Karl-Marx-Stadt, seit Juli 2023 Landesbeauftragter und Leiter Politisches Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Es ist sicher keine Übertreibung, die bevorstehenden Landtagswahlen als die bedeutendsten seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahr 1990 zu bezeichnen. Viel steht auf dem Spiel. Dem Freistaat, in dem sich in den

vergangenen 34 Jahren aufgrund verlässlicher politischer Verhältnisse eine beeindruckende Entwicklung vollzogen hat, drohen nicht nur instabile politische Mehrheiten, sondern auch ein Wahlerfolg der AfD, der sie zur stärksten Kraft machen könnte, und damit eine politische Zäsur.

Die Sächsische Union, die seit 1990 ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellt, muss erstmals um ihre jahrzehntelange unangefochtene Spitzenposition fürchten. Sie liefert sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der AfD, deren sächsischer Landesverband vom sächsischen

Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird.¹ Die AfD erreicht in Umfragen etwas mehr als dreißig Prozent, die CDU um die dreißig Prozent, die anderen politischen Mitbewerber liegen mit weitem Abstand, teilweise mit mehr als zwanzig Prozentpunkten, dahinter. SPD und Grüne, die seit fünf Jahren eine Regierungskoalition mit der CDU bilden, erreichen aktuell keine zehn Prozent und müssen sogar fürchten, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Die Linkspartei, seit 1990 im Landtag vertreten, liegt deutlich unter fünf Prozent und wird aller Voraussicht nach von dem im Januar 2024 gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das erstmalig zur Landtagswahl antritt, im künftigen Landtag ersetzt. Die Freien Wähler und die FDP fallen unter „sonstige Parteien“, die in Umfragen zusammen weniger als neun Prozent der Stimmen erzielen und damit ebenfalls nicht im Landtag vertreten wären. Die Europa- und Kommunalwahlen vom 9. Juni, die von der AfD deutlich vor der CDU, die auf Platz zwei kam, gewonnen wurden, haben die derzeitige Dominanz dieser Partei in Sachsen bestätigt.²

Strategisches Dilemma der Union

Die Umfragen und die Wahlergebnisse vom 9. Juni verdeutlichen zwei Dinge. *Erstens:* Neben AfD und CDU spielen die übrigen Parteien mit Ausnahme des BSW in der Wählerpräferenz der Sachsen im Prinzip keine Rolle mehr. Eine deutliche Mehrheit der sächsischen Wähler lehnt diese Parteien ab, und das nicht erst laut den aktuellen Umfragewerten. Die SPD dümpelt bei Landtagswahlen in Sachsen seit nunmehr drei Jahrzehnten um die zehn Prozent. Im einst „roten Sachsen“, wie das damalige Königreich Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde und das einst als Wiege der Sozialdemokratie galt, hat sich das Wähler-

spektrum nachhaltig verschoben und ist für Parteien links der Mitte – mit Ausnahme weniger kommunaler Hochburgen – praktisch weggebrochen.

Zweitens: Die einzige Partei, die der AfD im Wettstreit um die sächsischen Wähler wirksam Paroli bieten kann, ist die CDU. Auf sie kommt es an, und sie hat daher auch am meisten zu verlieren. Denn die für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD notwendige Fokussierung der Sächsischen Union auch auf Themenfelder, die die AfD in Sachsen spielt, sowie die politische Auseinandersetzung über den „richtigen Weg“ der künftigen politischen Ausrichtung Sachsens bergen Chancen und Risiken zugleich. Einerseits scheinen eine klare inhaltliche Positionierung und die Rückbesinnung auf ihre (konservativen) Wurzeln – beides lange Zeit ein Garant für die außerordentlichen Wahlerfolge der sächsischen CDU – die erfolgreichste Strategie für die CDU in Sachsen zu sein, um auch nach dem 1. September 2024 stärkste politische Kraft im Land zu bleiben. Andererseits birgt dieser Ansatz für die Sächsische Union ein strategisches Dilemma, da sie nach den Landtagswahlen wieder koalitionsfähig mit anderen Parteien des demokratischen Spektrums sein muss, also auch mit der SPD oder den Grünen. Eine zu starke Abgrenzung gegenüber den bisherigen und potenziell künftigen Koalitionspartnern kann zur Unregierbarkeit und damit zu erneuten Wahlen führen, da laut sächsischer Verfassung eine neue Landesregierung innerhalb von vier Monaten nach der Landtagswahl im Amt sein muss und gleichzeitig die CDU jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen hat.

¹ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: „Sächsischer AfD-Landesverband als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft“, 08.12.2023, www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1071656 [letzter Zugriff: 29.04.2024].

² Wahlergebnisse unter <https://wahlen.sachsen.de/> [letzter Zugriff: 18.06.2024].

Ein Blick auf die politischen Einstellungen und Befindlichkeiten der Sachsen ist hilfreich, um die aktuellen Wahlpräferenzen der hiesigen Wähler einordnen zu können. Empirische Befunde liefert der regelmäßig im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei vom Markt- und Politikforschungsinstitut *dimap* durchgeführte *Sachsen-Monitor*. Er erfasst unter anderem die Zukunftserwartungen der Bürger, die politische Kultur und Gefahren für die Demokratie. Der *Sachsen-Monitor 2023*³ dokumentiert unter anderem Folgendes:

- Der Zukunftsoptimismus in Sachsen ist deutlich zurückgegangen, und zwar sowohl bezüglich der Bewertung der Gesamtentwicklung als auch der persönlichen Lage, wobei hinsichtlich der Einschätzung der persönlichen Situation immer noch eine hohe Zufriedenheit herrscht.
- Die Gesellschaft wird mehrheitlich als ungerecht wahrgenommen.
- Der Verlust von Vertrauen in Politik, Demokratie und in Institutionen ist signifikant. Nur noch 49 Prozent der Befragten sind zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie.
- Es herrschen vorwiegend negative Einstellungen gegenüber Ausländern und Minderheiten, einhergehend mit zunehmender Akzeptanz populistischer und demokratiefeindlicher Einstellungen.
- Sechzig Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. 34 Prozent der Befragten empfinden eine stärkere mentale Nähe zu Osteuropäern als zu Westdeutschen.

Die zentralen Ergebnisse des *Sachsen-Monitors 2023* korrelieren mit den unter großen Teilen der Bevölkerung in Sachsen wahrnehmbaren Ohnmachtsgefühlen gegenüber politischen

3 dimap - das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH: Ergebnisbericht Sachsen-Monitor 2023 für die Sächsische Staatskanzlei, Bonn 2023, www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023-8897.html [letzter Zugriff: 29.04.2024].

Entscheidungen der regierenden Parteien, die mit negativen Auswirkungen auf die eigenen Lebensumstände perzipiert werden. Diese Ohnmachtsgefühle, die im Kern nicht nur dem Erbe der Sozialisation in der DDR, sondern auch den Erfahrungen während der Transformationszeit in den 1990er-Jahren geschuldet sind, richten sich seit einigen Jahren immer stärker gegen die repräsentative Demokratie und die sie tragenden Parteien. Das Ventil, über das sich eine vielfach in Wut übergehende Ohnmacht entlädt, ist eine mittlerweile offen zur Schau gestellte Präferenz für populistische und extremistische Parteien.

Dialogorientierter Politikansatz

Trotz dieser überaus herausfordernden politischen und gesellschaftlichen Situation ist die Lage alles andere als hoffnungslos – und das aus mehreren Gründen.

Das demokratische Parteienspektrum hat den klaren Willen, einen Wahlsieg der extremistischen und populistischen Kräfte in Sachsen zu verhindern. Dafür bedarf es eines auf die Bürger ausgerichteten, dialogorientierten Politikansatzes, der Diskussionen zulässt, kontroversen Themen nicht ausweicht und anderen Sichtweisen Raum gibt. Sachliche, lösungsorientierte Politik, die nicht in erster Linie ideologischen und missionarischen Ansprüchen das Wort redet und damit die Bürger überfordert, trägt ebenso zum Wiedererstarken des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der Demokratie bei wie ein Verzicht auf die Behauptung, Entscheidungen seien alternativlos und müssten daher nicht erörtert werden. Der dialogorientierte Ansatz des sächsischen

Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zeigt, dass ein solches Verständnis von Politik erfolgreich sein kann. Seine Zustimmungswerte bei den sächsischen Wählern sind hoch und geben Anlass zur Annahme, dass sich das letztlich auch auf die Wahlentscheidung auswirken wird.

Aller gesellschaftlichen Polarisierung zum Trotz existiert in Sachsen zudem eine aktive Bürgergesellschaft, die sich für das Gemeinwesen engagiert. Das Vereinswesen ist vielfältig, und eine große Mehrheit der Bürger lebt gern in Sachsen. Ihnen ist die Entwicklung im Land weder egal, noch möchten sie einer pessimistischen Grundstimmung das Wort reden, wie es bei Populisten und Extremisten üblich

ist. Das zeigt sich auch bei den zahlreichen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in ganz Sachsen, die seit Beginn des Jahres 2024 stattfinden und von einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen getragen werden.

Die Attraktivität Sachsens, sei es für ausländische Unternehmen, Fachkräfte, Studenten oder Touristen, ist groß. Nicht wenige Menschen sind beeindruckt vom kulturellen Reichtum, von der breiten Unternehmenslandschaft und der Aufbauleistung, die seit 1990 vollbracht wurde. Dessen sind sich auch die Sachsen bewusst. Und sie werden diese Entwicklung im entscheidenden Moment nicht aufs Spiel setzen.

Unregierbar?

Thüringen im Superwahljahr

Maja Eib

Geboren 1977 in
Bad Salzungen, Landes-
beauftragte und Leiterin
des Politischen
Bildungsforums Thüringen
der Konrad-Adenauer-
Stiftung.

In Thüringen, dem Freistaat in der Mitte Deutschlands mit einer Einwohnerzahl von etwa 2,2 Millionen Menschen, wählen die Bürgerinnen und Bürger am 1. September 2024 einen neuen Landtag. Inmitten einer malerischen Landschaft, einer einmaligen Dichte

an Burgen, Schlössern, Museen sowie Theatern und geprägt unter anderem von Persönlichkeiten wie der Heiligen Elisabeth, Martin Luther, Johann Sebastian Bach und Johann Wolfgang von Goethe, entfaltet sich eine einzigartige Mischung aus Tradition und Moderne. Aber hinter dieser idyllischen Fassade brodelt es in der politischen Landschaft.

Thüringen gilt inzwischen als Land politischer Besonderheiten und seltener Begebenheiten. 2024 ist ein Markstein in zehn politisch bewegten Jahren: Nach der Bildung der ersten rot-rot-grünen Landesregierung in Deutschland, die seit Ende 2014 mit kurzer Unterbrechung von einem „linken“ Ministerpräsidenten geführt wird, bedeutet Landespolitik seit dem Herbst 2019 in Thüringen das Regieren ohne Mehrheit.

Nach der Landtagswahl im Oktober 2019 war es den im Erfurter Landtag vertretenen Parteien nicht gelungen, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Erst nachdem Thomas Kemmerich (FDP) am 5. Februar 2020 mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, das Amt angenommen hatte und nach nur drei Tagen wieder zurückgetreten war, rang sich die CDU-Fraktion dazu durch, die Wahl von Bodo Ramelow als Chef einer „linken“ Minderheitskoalition zuzulassen.

Zudem wurde ein „Stabilitätsmechanismus“ zwischen dem rot-rot-grünen Regierungsbündnis und der oppositionellen CDU vereinbart, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Allerdings sollte nach einem Jahr die Minderheitsregierung beendet sein: Für den Februar 2021 vereinbarten Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit der CDU eine Selbstauflösung des Landtages, um am 25. April 2021 vorgezogene Neuwahlen zu ermöglichen. Aufgrund der Corona-Pandemie im Winter 2020/21 kam die vorgesehene Neuwahl nach einer ersten Verschiebung schließlich aufgrund einer fehlenden Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag nicht zustande.¹

Politische Dynamik

Thüringen gilt seit der Landtagswahl 2019 aufgrund von zwei Besonderheiten als politisches Testfeld: Es ist das einzige Land in Deutschland, in dem die Partei Die Linke nach dem Ergebnis der Zweitstimmen im Mitte-Links-Lager die führende Partei ist.² Zudem sticht am Ende der Legislaturperiode die Stärke der AfD bei vorerst anhaltender Schwäche der CDU als früherer „Thüringen-Partei“ heraus.³ Eine Mehrheitsregierung ist am Wahlabend des 1. September 2024 ausgeschlossen, sollten AfD und Die Linke erneut und wie bereits 2019 mehr als die Hälfte der Sitze im Landesparlament errin-

gen. Die gegenwärtige politische Situation in Thüringen ist allerdings im Vergleich zu 2019 wesentlich dynamischer. In Thüringen sind mit der Partei Bürger für Thüringen, der Werte-Union und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) neue Parteien gegründet oder Bündnisse ausgerufen worden.

In einer Umfrage des *Instituts für neue soziale Antworten* (INSA) vom 1. Mai 2024 erreichten die AfD 30 Prozent, die CDU 20 Prozent, das BSW und Die Linke jeweils 16 Prozent, die SPD sieben Prozent und die Grünen fünf Prozent, was die Suche nach Partnern für ein stabiles Regierungsbündnis erschwert, aber nicht unmöglich gestaltet.⁴

Beabsichtigten noch im Frühjahr 2024 die „Bürger für Thüringen“ zur Landtagswahl einen Zusammenschluss mit der Werte-Union unter Hans-Georg Maaßen, erscheint dieses Vorhaben wegen interner Streitigkeiten brüchig und die Werte-Union weit von einem Einzug in den Landtag entfernt zu sein. Die Linke von Bodo Ramelow tritt zwar pragmatisch auf, scheint aber von der Person des Ministerpräsidenten künstlich am Leben gehalten zu werden, erreicht doch kein anderer Thüringer Landespolitiker trotz Einbußen annähernd vergleichbare Bekanntheits- und Beliebtheitswerte. Abspenstige Protestwähler könnten von der AfD zum BSW übergehen, das sich von der

1 Antonie Rietzschel: „Unklare Mehrheiten. Keine Neuwahlen in Thüringen“, in: Süddeutsche Zeitung, 16.07.2021, www.sueddeutsche.de/politik/thueringen-neuwahlen-landtag-ramelow-1.5354314 [letzter Zugriff: 21.05.2024].

2 Thüringer Landesamt für Statistik: Landtagswahl 2019 in Thüringen - endgültiges Ergebnis, <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&WJahr=2019&zeigeErg=Land> [letzter Zugriff: 21.05.2024].

3 infratest dimap: ThüringenTREND Juli 2023. Repräsentative Studie im Auftrag des MDR, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2023/juli/ [letzter Zugriff: 21.05.2024].

4 „Umfrage in Thüringen: BSW legt zu, AfD verliert leicht“, in: ZEIT Online, 01.05.2024, www.zeit.de/news/2024-05/01/umfrage-in-thueringen-bsw-legt-zu-afd-verliert-leicht [letzter Zugriff: 21.05.2024].

AfD zumindest als antivölkisch und antirassistisch abgrenzt, allerdings in Sachen Russland- und Migrationspolitik Parallelen zu ihr aufweist.

Der neuen Partei unter Führung von Sahra Wagenknecht gelang in Thüringen mit der Nominierung der amtierenden Eisenacher Oberbürgermeisterin und früheren Linke-Landtagsabgeordneten Katja Wolf ihr bisher größter Coup. Das BSW wird trotz fehlender Programmatik des kürzlich gegründeten Thüringer Landesverbandes als Projektionsfläche für eine politische Sehnsucht nach etwas Neuem und nach einer Politikwende wahrgenommen. Mit den vier zentralen Punkten aus dem Gründungsmanifest gibt sich das Bündnis freiheitlich sowie der sozialen Gerechtigkeit, Vernunft und Frieden verpflichtet. Einen hohen Anteil unter den Mitgliedern und Anhängern nehmen einerseits politisch bisher nicht organisierte Menschen, andererseits Abgänge aus anderen Parteien ein. Die Führung der Partei bemüht sich um ein langsames Mitgliederwachstum und will die Themen Bildung und ländlicher Raum in den Vordergrund des Landtagswahlkampfes stellen.

Der CDU kommt in Thüringen eine besondere Rolle zu. Zum einen ist sie die größte demokratische Oppositionspartei, zum anderen verhalf sie für eine geraume Zeit der Minderheitsregierung zu Mehrheiten in verschiedenen inhaltlichen Fragen. Diese Situation hat es der Partei erschwert, ihr Profil als Gegenangebot zu Rot-Rot-Grün zu schärfen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit den „linken“ Parteien immer wieder aus bürgerlichen Kreisen kritisiert.

Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten

Die Nichtfortführung des „Stabilitätsmechanismus“ nach der gescheiterten Neuwahl war ein erster Schritt der Partei zu einer verstärkten

Profilbildung. Darüber hinaus hat die CDU versucht, mit Initiativen gegen die Landesregierung ihrer Rolle als eigenständiger Oppositionspartei gerecht und nicht nur als „Mehrheitsbeschaffer“ wahrgenommen zu werden.

Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten 2022 ein Aufruf zum Verbot von geschlechterneutralen Sonderzeichen und Formulierungen in der Kommunikation von Behörden, Schulen und Hochschulen sowie 2023 ein Gesetz zur Minderung der Grunderwerbssteuer. Beide CDU-Vorhaben erzielten im Thüringer Landtag eine Mehrheit mit Stimmen der AfD-Fraktion.

Der CDU-Fraktions- und -Landesvorsitzende Mario Voigt begründet das Vorgehen damit, nicht aus parteitaktischen Rücksichten gänzlich auf eigene Vorschläge verzichten zu wollen. Zugleich geht er in die direkte Auseinandersetzung mit dem Hauptgegner AfD. So hat er mit dem umstrittenen TV-Duell zwischen den Spitzenkandidaten von CDU und AfD am 12. April 2024 Neuland betreten. Das direkte Aufeinandertreffen oppositioneller Spitzenkandidaten ohne Beteiligung des amtierenden Ministerpräsidenten stellt ein politisches Novum in Deutschland dar und wurde von mehr als zwei Dritteln der Deutschen in dieser unkonventionellen Art der offenen Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Kräften für richtig befunden.⁵

Die Hauptkonkurrenten im ländlichen Raum stellen für die CDU die AfD und das BSW dar. Die Gefühlslage, von der Europa-, Bundes- und Landespolitik etablierter Parteien „abgehängt“ zu sein, ist hier am stärksten ausgeprägt. Dieses Stimmungsbild vermitteln die Ergebnisse des *Thüringen-Monitors*, der seit 2000 jährlich

⁵ „Mehrheit der Deutschen hält TV-Duell-Entscheidung von Mario Voigt für richtig“, in: Die Welt, 11.04.2024, www.welt.de/politik/deutschland/video250973296/Hoecke-vs-Voigt-Mehrheit-der-Deutschen-haelt-TV-Duell-Entscheidung-fuer-richtig.html [letzter Zugriff: 21.05.2024].

die politische Kultur im Freistaat untersucht.⁶ Zwar unterstützt eine breite Mehrheit der Befragten die Demokratie als Staatsform, jedoch sind weniger als die Hälfte der Befragten mit der konkreten Umsetzung demokratischer Prozesse vor Ort zufrieden. In Verbindung mit den weltweiten Polykrisen sticht besonders die hohe Unzufriedenheit mit der Bundes- und der Landesregierung heraus.

Wachsende Unzufriedenheit im Stimmungsbild

In der Kommunalpolitik erscheint der Weg einer strikten Abgrenzung zur AfD nicht immer konsequent umsetzbar. Vielfach wird kritisiert, dass die „Brandmauer“ auf der kommunalen Ebene, die sich durch Pragmatismus, persönliche Nähe politischer Akteure und lagerübergreifende Kooperationsoffenheit auszeichnet, bei Abstimmungen von Sachanträgen schwierig bis unmöglich durchzuhalten sei. Bereits in der zurückliegenden Wahlperiode war es für die Parteien mühsam bis kräftezehrend, gemeinsame Absprachen zu treffen oder lagerübergreifende Kandidaten aufzustellen. Das gilt besonders in den Regionen von Süd- und Ostthüringen, in denen AfD-Kandidaten gute Wahlchancen bescheinigt werden.

Das Stimmungsbild in Thüringen ist deutlich geprägt von einer wachsenden Unzufriedenheit in verschiedenen Bereichen, die verbunden ist mit einer Angst vor Wohlstandsverlust. Viele Menschen erleben den Politikbetrieb als selbstreferenziell und fühlen sich weder wahrgenommen noch adressiert. Politische und gesellschaftliche Diskurse sind zudem zunehmend durch Polarisierung und Radikalisierung gekennzeichnet. Die Mehrheit der Menschen sehnt sich nach einer Politik, die über ideologische Gräben hinweg rational und zukunftsorientiert erreichten Wohlstand und gesellschaftlichen Frieden sichert.

Hauptthema für die Thüringer Bevölkerung ist auch im Kontext von Sicherheit die Zuwanderung, die in jüngsten Umfragen etwa 60 Prozent der Menschen als Problem benannten. Thüringen hat in den letzten Jahren einen Anstieg der Zuwanderung erlebt, der die Stimmung in der Gesellschaft verändert und neue Herausforderungen mit sich bringt. Die hohen Flüchtlingszahlen und das mangelnde Flüchtlingsmanagement der Landesregierung haben in vielen Thüringer Kommunen bestehende Probleme verschärft. Katastrophale Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl und ein schwelender Konflikt zwischen Kommunen und der zuständigen Ministerin haben das öffentliche Bild in den vergangenen Monaten geprägt.

Zentrales Thema ist darüber hinaus die Wirtschaftspolitik. Zwar sind in Thüringen weltweit renommierte Unternehmen wie *Carl Zeiss* und *Jenoptik* angesiedelt, insgesamt ist die Wirtschaftsstruktur jedoch mittelständisch geprägt, mit überwiegend kleinen Unternehmen, darunter auch einige *hidden champions*. Thüringen hat bei der Wirtschaftskraft in den letzten Jahren deutlich aufgeholt, insbesondere bei der Arbeitsproduktivität und der Lohnentwicklung. Dennoch liegt das Land ebenso wie bei der demografischen Entwicklung im Ländervergleich auf dem vorletzten Rang. Das ändert nichts daran, dass die Thüringer Unternehmen insgesamt konkurrenzfähig und innovativ wirtschaften. Letzteres gilt insbesondere für Fertigungs- und Produktionsprozesse, nur bei Produktinnovationen fällt Thüringen ab. Insbesondere die traditionellen Industriezweige, wie etwa die für Thüringen bedeutsame Automobilindustrie, vollziehen gerade einen erheblichen

⁶ Vgl. Friedrich-Schiller-Universität Jena / KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Kurzbericht, S. 6-7, https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Kurzversion_17042024_formatted.pdf [letzter Zugriff: 21.05.2024].

Strukturwandel (der auch in Thüringen von den großen Trends Demografischer Wandel, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Smart Manufacturing, Industrie 4.0 geprägt wird), um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Strukturwandel betrifft auch die Arbeitswelt. In neuen Studien zeichnet sich hier die Gefahr einer „digitalen Spaltung“ in der Arbeitnehmerschaft ab; über die Hälfte der Menschen im Land fürchtet, von den neuen Technologien abgehängt zu werden.

Allgegenwärtig sind in Thüringen der Fachkräftemangel und die Bildungsmisere. Viele Unternehmen klagen über Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden. Gleichzeitig stehen Beschäftigte oft vor Herausforderungen wie prekären Arbeitsbedingungen und einem im Vergleich geringen Lohnniveau. Bürokratieabbau auf allen Ebenen sowie die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft sind zudem wichtige Themen, denen sich die politischen Entscheidungsträger stellen müssen und die ausschlaggebend für das Stimmungsbild in Thüringen sind.

Die Kommunal- und Europawahlen in Thüringen können als Stimmungstest gesehen werden. In den Kreistags- und Stadtratswahlen am 26. Mai konnte sich die CDU mit 27,2 Prozent (–0,1 Prozent) als stärkste Kraft behaupten, gefolgt von der AfD mit 25,8 Prozent (+8,1 Prozent), die SPD erzielte 11,6 Prozent (–1,8 Prozent), Die Linke 9,1 Prozent (–4,9 Prozent), Grüne 4,1 Prozent (–3,4 Prozent), FDP 2,6 Prozent (–2,2 Prozent), Sonstige 19,5 Prozent (+4,1 Prozent).

Zur Europawahl am 9. Juni wiederum haben sich 30,7 Prozent der Thüringer Wähler dafür entschieden, ihre einzige Stimme für Europa der AfD zu geben. Dies bedeutet bei ähnlicher Wahlbeteiligung (61,9 Prozent) für die Partei einen Zugewinn von acht Prozent-

punkten im Vergleich zu 2019. Mit 23,2 Prozent liegt die CDU auf Platz zwei, der Neuling BSW mit glatten 15 Prozent auf dem dritten. Weit abgeschlagen mit einstelligen Ergebnissen folgen die Parteien der Thüringer Minderheitsregierung: SPD 8,2 Prozent, Die Linke 5,7 Prozent und Grüne 4,2 Prozent.

Auffällig ist im Fall der Europawahl, dass die AfD dort Kreise klar gewonnen hat, in denen der AfD-Kandidat am gleichen Abend die kommunale Stichwahl verloren hat. Stattdessen gingen diese Sitze meist an die CDU, die mit allen Oberbürgermeister- und Landratskandidaten überzeugen konnte. Ein Überraschungssieg der CDU gelang in der Landeshauptstadt Erfurt. Der CDU-Kandidat setzte sich mit 64,2 Prozent gegen den Amtsinhaber der SPD durch. Städte wie Eisenach und Gera wurden für die CDU neu gewonnen. In Weimar und Suhl holten die Amtsinhaber mit deutlichem Abstand schon im ersten Wahlgang den Sieg. War das BSW zur Kommunalwahl noch nicht deutlich sichtbar, so konnte es in Thüringen bei der Europawahl vor allem Wechselwähler aus dem Lager der SPD und der Partei Die Linke gewinnen. In Suhl erhielt das BSW ihr bundesweit stärkstes Wahlergebnis mit 20,1 Prozent. Sollte sich dieser Trend weiter fortsetzen, so wird bei der Landtagswahl das BSW eine beachtliche Rolle spielen und damit Einfluss auf die Bildung einer neuen Thüringer Regierung nehmen.

Thüringen steht vor einer entscheidenden Phase seiner politischen Geschichte. Es geht um das Zurückgewinnen von verlorenem Vertrauen in die Politik. Es geht um die Menschen in einer freiheitlichen Demokratie, um die Zukunft des Landes. Für die Wählerinnen und Wähler in Thüringen gilt die Hoffnung: Spannung am Wahltag, aber danach bitte Stabilität.

Bereit für die Zukunft

Die Ausgangslage in Brandenburg

Stephan Raabe

Geboren 1962 in Düsseldorf, bis April 2024 Landesbeauftragter und Leiter des Politischen Bildungsforums Brandenburg der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit Juli 2024 Leiter des Auslandsbüros Bosnien und Herzegowina der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Sarajewo.

„Es gibt Länder, wo was los is, [...] und es gibt Brandenburg [...] in Brandenburg ist wieder jemand gegen einen Baum gekurkt [...] Berlin, halleluja Berlin.“ Mit dieser Hymne

über die vermeintliche Brandenburger Tristesse wurde Rainald Grebe 2005 bekannt. Heute würde er diesen Liedtext, wie er sagt, nicht mehr so schreiben, denn er „basierte auf dem Prinzip Oberflächlichkeit“. Brandenburg hat einiges zu bieten, nicht nur touristisch-kulturell. Politisch gehört es mit Bremen und Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern, die seit 1990 durchgehend von der SPD regiert werden.

Dass Konrad Adenauer für ein Jahr „Brandenburger“ war, wissen nur wenige. Von Mai 1934 bis April 1935 lebte Adenauer mit seiner Familie in Potsdam-Babelsberg, da er in einem von ihm selbst angestregten Dienststrafverfahren in Berlin einen Teil seiner Pensionsansprüche gegen das Naziregime durchsetzen wollte, nachdem er Anfang

1933 seiner Ämter als Kölner Oberbürgermeister und Preußischer Staatsratsvorsitzender enthoben worden war. Während seines Aufenthalts in Babelsberg wurde er am 30. Juni 1934 im Zuge des von den Nationalsozialisten so bezeichneten Röhm-Putsches für zwei Tage von der Gestapo inhaftiert und verhört, blieb jedoch im Gegensatz zu vielen anderen Inhaftierten am Leben. Zu dieser Zeit war die eigentliche Brandenburger Hymne – die Heide und Sand, Sumpf und Kiefernwälder sowie den Roten Adler als Wappentier der märkischen Heimat besingt – populär. Dies gilt bis heute, obwohl das ursprünglich jugendbewegte Lied von 1923 eine ungute Karriere in der völkischen Bewegung und der Zeit des Nationalsozialismus hinter sich hat.

Damit sind wir – neunzig Jahre später – in der Gegenwart, in der mit der AfD eine Partei erhebliche Wahlchancen besitzt, die trotz aller historischer Lektionen „völkisch“ orientiert ist. Bereits bei der Landtagswahl 2019 landete sie mit 23,5 Prozent auf Platz zwei hinter der traditionell starken SPD (26,2 Prozent) und weit vor der CDU (15,6 Prozent). So wurde eine Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen gebildet, die seither weitgehend konstruktiv miteinander regieren, wobei die Union das Innen- und Justiz- sowie das Infrastrukturministerium führt. Bei der Bundestagswahl 2021 sackte die AfD auf 18,1 Prozent ab (SPD: 29,5 Prozent; CDU: 15,3 Prozent). Laut Umfragen im Frühjahr 2024 liegt sie nun mit 25/26 Prozent weit vorn (SPD und CDU ungefähr 19 Prozent, Grüne: circa sieben Prozent).

Die regierende Kenia-Koalition hätte nach diesen Umfragen ebenso wenig noch eine Mehrheit wie eine rot-rot-grüne Regierung, denn die einstmals starke PDS respektive Die Linke, die es 2004 bis 2009 noch auf 27 bis 28 Prozent brachte, ist auf sechs Prozent abgestürzt. Ihre Position der „Ost-Partei“ hat sie längst an die AfD verloren. Als möglicher

Mehrheitsbeschaffer gilt manchen das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das – erst im Januar 2024 gegründet – bis zu 13 Prozent Zuspruch verzeichnet.

Entfremdung zwischen Parteien und Wählern

Sicher kann und wird sich bis zu den Landtagswahlen am 22. September 2024 noch einiges an den Zahlen ändern. Bei den Kommunalwahlen am 9. Juni ging die AfD (25,7 Prozent, plus 9,8 Punkte) als Sieger hervor; sie liegt in sechzehn der achtzehn Landkreise und kreisfreien Städte zumeist mit Abstand vorn; 2019 befand sie sich noch hinter der CDU (jetzt 19,3 Prozent, plus 1 Punkt) und SPD (jetzt 16,6 Prozent, minus 1,1 Punkte) auf Platz drei; Wahlverlierer ist Die Linke (7,8 Prozent, minus 6,3 Punkte). Die Europawahl am gleichen Tag gewann in Brandenburg ebenfalls die AfD (27,5 Prozent, plus 7,6 Punkte) weit vor der CDU (18,4 Prozent) und dem BSW (13,8 Prozent); die SPD kam nur auf Platz vier (13,1 Prozent, 2014: 26,9 Prozent).

Für die Landtagswahl setzt die Union mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Fraktionsvorsitzenden Jan Redmann (44) aus der Prignitz, auf den optimistischen Slogan „Dein Land kann’s besser“. Sie will an der erstmals in Schlagweite befindlichen SPD vorbeiziehen, was ihr bei Landtagswahlen bisher noch nie gelungen ist, selbst nicht in der Ära des „Generals“, Jörg Schönbohm, zwischen 1999 und 2009. Das wäre jedoch notwendig, um nicht – wie 2019 – im Duell zwischen SPD und AfD zerrieben zu werden. Andererseits wird es ohne die CDU eine Regierungsbildung kaum geben können, da die Freien Wähler an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern drohen und die FDP mit drei Prozent in den Umfragen abgeschlagen ist. Sie hat es in sieben Legislaturperioden seit 1990 nur zweimal, 1990 und 2009, in den Landtag geschafft. Die SPD setzt erneut auf

ihren bodenständigen Ministerpräsidenten, den Lausitzer Dietmar Woidke (62), der seit 2013 das Land zwischen Elbe und Oder regiert.

Die politische Gretchenfrage „Wie hast du’s mit der AfD?“ ist klar beantwortet: Keiner will mit ihr zusammenarbeiten. Wer also die scheinbar unendliche Herrschaft der SPD oder ein Bündnis aller Linksparteien verhindern will und einen Wechsel möchte, wird seinen Blick auf die Union richten. Wichtig ist es jedoch, die politisch tiefergehende Frage zu beantworten, aus welchen Gründen die AfD überhaupt einen derartigen Zulauf hat, trotz aller Warnungen, Ab- und Ausgrenzungen und Brandmauern. Eine *erste* Antwort bezieht sich auf SPD, CDU und Die Linke, die in Brandenburg stets den Ton angegeben haben, sich aber spätestens seit 2014 in einem Abwärtstrend befinden. Ihre Integrationskraft hat seitdem um ein Viertel (CDU), zwei Fünftel (SPD) und sogar zwei Drittel (Die Linke) abgenommen. Es ist zu einer Entfremdung zwischen diesen Parteien und einem größeren Teil der Wähler gekommen.

Verbreitete politische Unzufriedenheit

Eine *zweite* Antwort ergibt sich aus einer spezifischen Stimmungslage im Osten. Die durch Jahrzehnte der Diktatur und des „Eisernen Vorhangs“ stark „vereinheitlichte“ Bevölkerung hat innerhalb einer Generation zwei Veränderungsprozesse durchlaufen, die zu mehr Verschiedenheit geführt haben. Beide Prozesse stehen zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Sie haben aber Uneinheitlichkeit und Ungleichheit befördert: durch den Zuzug von Westdeutschen nach 1990, die in vielen Bereichen oft noch heute den Ton angeben, und durch die Aufnahme von Migrant*innen vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten nach 2015, die aufzunehmen und zu versorgen sind, auch

wenn die Möglichkeiten und der Wille dazu endlich sind.¹ Aus einem tief verwurzelten und verbreiteten Gefühl der Benachteiligung und des Nicht-Gefragt-Werdens stellt sich angesichts dessen für einen größeren Teil der Bürger im Osten in radikaler Weise eine Gerechtigkeits- und Demokratiefrage: Wo kommen wir bei den politischen Entscheidungen vor? Weil diese Frage in Wahl- und Umfrageerfolge der AfD mündet, die allzu leicht als Ablehnung der Demokratie missdeutet werden, wird die Demokratie- und Gerechtigkeitsfrage verschärft.² Diese Situation lässt sich nicht mit „Brandmauern“ oder Barrikaden entschärfen oder auflösen. Vielmehr ist ein Eingehen auf die Stimmungslage und die konkreten Belange auch dieses nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung notwendig – eine Auseinandersetzung in der Sache.

Eine *dritte* Antwort lautet also: Statt sich andauernd auf die AfD zu fixieren, muss es ein Ringen um seriöse Antworten auf die virulenten Probleme in den Bereichen der Migration-, Klima-, Wirtschafts-, Infrastruktur-, Gesellschafts- und Sozial- sowie Bildungspolitik geben. Schlechtere wirtschaftliche Perspektiven, eine hohe Steuer- und Abgabenlast für die Bürger, ausufernde Sozialausgaben des Staates, Überregulierung, Eingriffe in den persönlichen Lebensbereich, mangelhafte Infrastrukturen, Spitzenenergiepreise und Wohnungsknappheit, mäßige Bildung, anhaltende ungeordnete

¹ Der Ausländeranteil lag 1990 im Osten bei einem, im Westen bei acht Prozent, Ende 2022 im Osten bei sieben Prozent, im Westen bei 16 Prozent; siehe Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2022: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede?, www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html [letzter Zugriff: 14.03.2024].

² Das Klügste dazu kann man von dem evangelischen Theologen und Sozialdemokraten Richard Schröder nachlesen: „Wer beherrscht den Osten?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2023, S. 6, www.faz.net/aktuell/politik/geschichte/wer-beherrscht-den-osten-eine-antwort-19407905.html [letzter Zugriff: 14.03.2024].

Zuwanderung mit ihren Folgen, linksideologische Gesellschaftspolitik, unsichere Perspektiven nicht zuletzt wegen des Kriegs in der Ukraine bilden den Nährboden für eine verbreitete politische Unzufriedenheit und sind Wasser auf die Mühlen populistischer Bewegungen von rechts wie links.

Die andere Seite der Medaille ist: Brandenburg steht bei den politischen Eckdaten nicht schlecht da. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 2015 um 10,7 Prozent gestiegen, stärker als in allen anderen Bundesländern außer Berlin. Damit liegt das Land unter den ostdeutschen Bundesländern hinter Sachsen an zweiter Stelle. Diese positiven Werte ändern allerdings nach wie vor wenig daran, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Brandenburg – ähnlich schwach wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern – bei 75 Prozent des Bundesdurchschnitts liegt. Beim Pro-Kopf-Einkommen hat Brandenburg mit rund 23.000 Euro einen Sprung nach oben gemacht und die anderen ostdeutschen Bundesländer hinter sich gelassen. Damit steht es nur sechs Prozent unter dem deutschen Durchschnitt und 14 Prozent hinter Spitzenreiter Bayern. Die Haushaltsführung der Landesregierung ist einigermaßen solide: Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt nur knapp über dem Länderschnitt und mit 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Mittelfeld. Beim Anteil erneuerbarer Energien am

Primärenergieverbrauch belegt Brandenburg Platz drei hinter Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 6,4 Prozent knapp über dem Bundesdurchschnitt, hinsichtlich der Lebenszufriedenheit gehört Brandenburg jedoch zu den Schlusslichtern in Deutschland.

Brandenburg, in dessen geografischem Zentrum die wachsende Metropole Berlin liegt, hat dank der Ausstrahlung der Bundeshauptstadt heute mit 2,57 Millionen Einwohnern wieder seinen Bevölkerungsstand von 1990 erreicht, während er in den anderen ostdeutschen Bundesländern um 14 bis 24 Prozent zurückgegangen ist. Die Bevölkerung nimmt im erweiterten Speckgürtel um Berlin zu, in den Randgebieten teilweise jedoch erheblich ab. Dort ist die Erreichbarkeit zentraler Orte mit weit über zwanzig Minuten Autofahrzeit unterdurchschnittlich. Der Anteil der über 65-Jährigen liegt in diesen Gebieten bei einem Viertel bis einem Drittel, insgesamt hat er sich seit 1990 verdoppelt. In den nächsten dreißig Jahren wird dennoch nur mit einer moderaten Bevölkerungsabnahme von lediglich vier Prozent gerechnet.

Die Bedingungen für eine positive Entwicklung sind somit durchwachsen, insgesamt aber nicht schlecht. Brandenburg ist unter einer guten politischen Führung tatsächlich bereit für die Zukunft.

„Wieviel Blut wohl an all den Händen klebt ...“

Sandra Kegel
Geboren 1970 in
Frankfurt am Main,
Ressortleiterin
Feuilleton „Frankfurter
Allgemeine Zeitung“.

Thomas Mann in Frankfurt am Main und Weimar 1949

Als Thomas Mann 1949 zum ersten Mal seit Kriegsende aus dem kalifornischen Exil nach Deutschland reist, um Goethe in Frankfurt am Main und Weimar zu ehren, führt sein Auftritt in West und Ost zu heftigen Kontroversen. „Abrollen eines wilden Reigens“,

notiert Thomas Mann am 4. August 1949 rückblickend über seinen ersten Deutschlandbesuch seit der Emigration. Das Gästehaus in Kronberg bei Frankfurt am Main hatte einer von der Welpresse belagerten Festung geglichen, wenige Tage später in Weimar sah es nicht anders aus. Hinter dem Exilanten mit amerikanischem Pass liegt ein zwölf tägiger „Volksfest-Trubel“ mit Schaulustigen, Fotografen und Bürgermeistern. Davor liegt die Wegstrecke von sechzehn langen Jahren im Exil – vom Schicksalsjahr 1933, in dem der Literaturnobelpreisträger kurz nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten Deutschland verließ, bis zu diesem ersten Besuch vier Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes.

Noch hat das Ehepaar Mann seinen Wohnsitz in Los Angeles. Seine Ankunft im Sommer 1949 ist das erste international beachtete kulturelle Ereignis nach 1945, eine diplomatische Protokollroutine gibt es noch nicht. Und da sich Thomas Mann entschieden hat, beide Teile Deutschlands zu besuchen, ist sein Aufenthalt politisch brisant. Er selbst

begründet die Entscheidung, Frankfurt am Main und Weimar aufzusuchen, mit Johann Wolfgang von Goethe, den er zum 200. Geburtstag an beiden Gedenkortorten würdigen möchte, ob er nun „willkommen [ist] oder nicht“.

Die Symbolik zerzt auch an seinen Nerven. Es fühlt sich für ihn an, „als ob es in den Krieg ginge“, und er empfindet die Reise als Prüfung. Selbst das heftige Nasenbluten, das ihn befällt, führt er auf die inneren Spannungen zurück. Lange hat er gezögert, ob er die Reise überhaupt antreten soll. Seine Kinder Erika und Golo hatten abgeraten. Den ältesten Sohn Klaus kann er nicht mehr fragen. Er hat sich wenige Wochen zuvor, am 21. Mai 1949, in Cannes das Leben genommen.

Zweifel an der Demokratiefähigkeit der Deutschen

„Nun bin ich da“, wird Thomas Mann schließlich sagen, als er am 1. August im Deutschen Nationaltheater in Weimar steht, und es klingt fast erleichtert, „nun habe ich alles wieder vor Augen“ – Goethes Stadt, die in seiner Vorstellungswelt eine so wichtige Rolle spielt und die ihn mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft nun zu einem der ihren machen will. Er weiß nicht, dass es dazu beinahe nicht gekommen wäre, weil der Vorschlag in der Stadt der Sowjetischen Besatzungszone auf heftigen Widerstand gestoßen war.

Zu diesem Zeitpunkt ist Thomas Mann 74 Jahre alt. In Weimar war er das letzte Mal vor siebzehn Jahren, im Goethejahr 1932, als er zu Goethes 100. Todestag wenige Monate vor seiner Emigration noch als gefeierter Redner empfangen wurde. Im Exil hatte er es sich dann nicht vorstellen können, je wieder einen Fuß auf deutschen Boden zu setzen. Dass seine von der *British Broadcasting Corporation* (BBC) gesendeten Appelle gegen die NS-Diktatur auch nach der Kapitulation von der Mehrheit der Deut-

schen nicht geteilt würden, steht ihm vor Augen. Und er bezweifelt, dass es den Alliierten gelingen könnte, die Deutschen zur Demokratie zu bewegen. In Frankfurt fragt Mann seinen Chauffeur Georges Motschan nach seiner Goethe-Rede in der Paulskirche, was er glaube, „wieviel Blut wohl an all den Händen klebt, die ich heute habe drücken müssen, wieviel?“

Bepackt mit elf Koffern, bricht das Ehepaar Mann am 10. Mai 1949 von New York mit dem Schiff Richtung Europa auf und erreicht nach längerem Aufenthalt in der Schweiz zunächst die Stadt am Main, wo Mann am 25. Juli 1949 der Goethepreis verliehen wird, ehe die Reise über München, Nürnberg und Bayreuth nach Weimar führt, immer im Buick des „getreuen Motschan“. Der junge Mann-Bewunderer, Angestellter eines Chemieunternehmens, wird dem Paar während dieser zwölf Tage nicht von der Seite weichen und es in seiner Limousine durch die West- und die Ostzone kutschieren.

„Ich kenne keine Zonen“

Zu diesem Zeitpunkt ist es äußerst ungewiss, wie es mit Deutschland weitergehen wird. Wer ahnt schon, woran Günther Rüther 2019 in seinem Aufsatz *Thomas Manns Deutschlandbilder im Goethejahr 1949* erinnert: dass mit der Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 und der Gründung der DDR am 7. Oktober desselben Jahres die Menschen in zwei deutschen Staaten einer vierzigjährigen Teilung entgegensetzen?

Die Blockade der Sowjetunion über West-Berlin liegt damals erst wenige Monate zurück, und ob sich im beginnenden Kalten Krieg ein System gegen das andere durchsetzen wird, ist nicht ausgemacht. Es ist auch Neugier, die Thomas Mann dazu bewegt, beide Teile Deutschlands aufzusuchen. Er will das zerrissene Land vor Ort in Augenschein nehmen. In der Weimarer Vorrede zu seiner „Ansprache im

Goethejahr“ erklärt er außerdem, dass seine erste Wiederkehr „dem alten Vaterland als Ganzem“ gelte. Als „Treulosigkeit“ hätte er es empfunden, die deutsche Bevölkerung in der Ostzone gleichsam „links liegen“ zu lassen.

Schon in Frankfurt bekennt er: „Ich kenne keine Zonen. Mein Besuch gilt Deutschland selbst. Deutschland als Ganzem und keinem Besatzungsgebiet.“ Der Auftritt in West und Ost, verbunden mit dieser programmatischen Ansage, sollte Thomas Manns prekäres Image in der jungen Bundesrepublik auf lange Zeit prägen, wie der Literaturwissenschaftler Friedhelm Marx in seinem Essay *Thomas Mann und die Bundesrepublik in den Jahren 1949–1955* resümiert, weil man diese doppelte Präsenz in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung zu dieser Zeit als Anmaßung wahrnimmt, ja als Missachtung der politischen Neuorientierung und als Tabubruch.

Drohbriefe und Schmähungen

Manns Haltung zu seiner neuen Heimat Amerika ist zu diesem Zeitpunkt von wachsender Distanz geprägt, und er wird bald darauf die Umtriebe der McCarthy-Ära zum Anlass nehmen, um in die Schweiz zu übersiedeln. Seine Haltung zu Deutschland und den Deutschen schwankt in diesen ersten Nachkriegsjahren zwischen dem Wunsch nach Bestrafung einerseits und Mitleid andererseits.

In seinen BBC-Reden hatte er von der „nationalen Gesamtschuld“ der Deutschen gesprochen und keinen Zweifel daran gelassen, dass für ihn „alles, was deutsch heißt, darin eingeschlossen“ sei. Doch jetzt will er die Möglichkeit eines politischen und geistigen Neuanfangs unterstützen. Während er sich einerseits vor einem renazifizierten Westdeutschland fürchtet – Stalins Machtpolitik hält er zu diesem Zeitpunkt noch, anders als später, für milde –,

hofft er zugleich, dass sich mit dem Erbe Goethes die deutsche Diskrepanz „zwischen Geist und Macht, Gedanke und Tat“ auflösen ließe. Goethe habe es vermocht, das „Deutsch-Volkhafte“ und „Mediterran-Europäische“ zu vereinen. Auch Thomas Manns Vorstellung eines von Deutschland geprägten Europas wandelt sich zu einem europäischen Deutschland.

In diesem Sinne sind wohl auch seine versöhnlichen Gesten den ehemaligen Landsleuten gegenüber zu verstehen. So spendet er seine Preisgelder in Frankfurt (bedürftigen Schriftstellern) und in Weimar (dem Wiederaufbau der Stadtkirche St. Peter und Paul) – und wird in seiner „Ansprache im Goethejahr“, die er identisch in Frankfurt und Weimar hält, Bemerkungen über das erzwungene Exil auf das Äußerste beschränken.

Das Abfassen der Rede im Engadin hat ihm „lächerliche Mühe und Qual“ bereitet, wie er dem Schriftstellerkollegen Hermann Hesse gesteht. In Frankfurt spricht er in der Paulskirche, dem Sitz der Nationalversammlung 1848. Auf dem Weg dorthin wird er von Kriminalbeamten begleitet, nicht nur wegen der Menschenmenge, die ihn auf dem Vorplatz erwartet, sondern auch, weil er Drohbriefe erhält: „Das Verhalten der Deutschen zu mir ist durchaus hysterisch“, schreibt Mann dem Publizisten Dolf Sternberger: „Schmähgedichte und Artikel wechseln mit Schreien des Verlangens. Es ist unheimlich.“

In Weimar wird er wenige Tage später den Behörden auf den Leim gehen. So erleichtert ist der Dichter über das Ausbleiben der Hassbotschaften, dass er übersieht, wie sehr die freie Rede in diesem Teil Deutschlands längst eingeschränkt ist. Die Kritik in Westdeutschland schlägt aber auch deshalb Wellen, weil Thomas Mann sich den Bitten widersetzt, das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald aufzusuchen. Das Lager ist zu diesem Zeitpunkt nicht aufgelöst. Vielmehr befinden

sich dort 12.000 politische Häftlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone.

Eugen Kogon, Verfasser der Studie *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, der selbst während der nationalsozialistischen Diktatur fünf Jahre in diesem Konzentrationslager bei Weimar einsaß, appelliert am 30. Juni in einem Offenen Brief in der *Frankfurter Neuen Presse* an Thomas Mann. Trotz widersprüchlicher Äußerungen ist sich die Forschung heute nahezu sicher, dass Thomas Mann dennoch nicht in Buchenwald war. Auch im Konzentrationslager Dachau hält er nicht an, als die Manns zuvor auf der Straße nach München das Hinweisschild auftauchen sehen. Mann merkt lediglich lakonisch an, dass ihn die Nazis hier erniedrigen und umbringen wollten, wie sich Motschan später erinnert.

Von der alten Heimstätte München reist die kleine Reisegruppe auf ihrem Weg durch das zerstörte Deutschland weiter nach Bayreuth, wo sie zum Zonenwechsel von Johannes R. Becher und Klaus Gysi in Empfang genommen wird. Die beiden späteren DDR-Kulturminister geleiten den Dichter und seine Frau ins Weimarer Hotel „Kaiserin Augusta“, wo dem Paar eine ganze Etage zur Verfügung steht, um es vor Zudringlichkeiten zu schützen. Dass Katia Mann in den Gesichtern einen besonderen Ernst auszumachen glaubt, hält der Thomas-Mann-Biograph Klaus Harpprecht weniger der Ehrfurcht vor dem prominenten Gast geschuldet als vielmehr der Not, der Entbehnung und einer Unsicherheit der Weimarer angesichts der gleichzeitigen Gegenwart eines Dichters aus dem Westen und der Vertreter eines Regimes, das seine diktatorischen Exzesse bereits erkennen lässt.

Ist es ein Zeichen, dass die Abreise aus Weimar mit noch mehr Aufwand betrieben wird als die Ankunft? Zehn Autos mit Würden-trägern aus Stadt und Land eskortieren Motschans Buick. Den Triumphzug soll Thomas

Mann genossen haben, weil es ihn nicht etwa an den organisierten Enthusiasmus des Nationalsozialismus erinnerte, sondern, wie Harpprecht vermutet, an die wilhelminischen Festlichkeiten, mit der Königl. Hoheiten zu Manns Kindheit bejubelt wurden.

Vielleicht aber ist Thomas Mann vor allem erleichtert, Deutschland wieder zu verlassen. In seinem zwei Jahre zuvor veröffentlichten Roman *Doktor Faustus* hat er keinen Zweifel daran gelassen, dass er die Zeit des Nationalsozialismus für eine Folge der deutschen Mentalitätsgeschichte hält. Wie sehr man ihm das damals verübelt, dafür steht exemplarisch die Herabwürdigung Gerhard Nebels ein Jahr nach Manns erstem Deutschlandaufenthalt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, als er den Autor zum „Exponenten einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland“ abstempelt, der sich mit seiner westöstlichen Reise „zum Anwalt der östlichen Schinderwelt“ gemacht habe. Im Osten freilich gibt es zu dieser Zeit nicht weniger Anfeindungen, wie die Auseinandersetzungen um die Ehrenbürgerschaft Weimars zeigen.

Thomas Mann kehrt nach Amerika zurück und übersiedelt drei Jahre später nach Europa, jedoch nicht nach Deutschland, sondern in die Schweiz. Seinen Kritikern zum Trotz unternimmt er im Frühjahr 1955 kurz vor seinem Tod noch einmal eine Grenzüberschreitung – dieses Mal anlässlich des 150. Todestags von Friedrich Schiller, als er im Stuttgarter Staatstheater und dann im Weimarer Nationaltheater eine Schiller-Rede hält. Anders als 1949, bereist Thomas Mann sechs Jahre später nunmehr zwei deutsche Länder, deren Trennung politisch besiegelt ist.

Bei dem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte, leicht überarbeitete Fassung eines Aufsatzes aus *klassisch modern. Das Magazin der Klassik Stiftung Weimar*, Nr. 4, Weimar 2024.

Beharrlich, loyal, unvollendet

Philip Rosin

Geboren 1980 in Bonn, promovierter Historiker, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wolfgang Schäuble: *Erinnerungen. Mein Leben in der Politik*, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2024, 656 Seiten, 38,00 Euro.

Wolfgang Schäubles „Erinnerungen“ als persönlicher Einblick in die Geschichte der Bundesrepublik

Am 26. Dezember 2023 verstarb Wolfgang Schäuble.

Posthum sind nun seine *Erinnerungen* erschienen. In ihnen spiegelt sich eindrücklich die bundesdeutsche Geschichte seit 1949 wider. Neben Rainer Barzel, der ihm als jungem Abgeordneten den Rat mit auf den Weg gab: „Reden können sie alle [...]. Was Sie hier lernen können und müssen, ist Zuhören“ (S. 79), ist Schäuble der bedeutendste CDU-Bundespolitiker ohne Kanzlerwürden. Beide stiegen früh auf, waren Partei- und Fraktionsvorsitzende und gelangten nach Rückschlägen in das Amt des Bundestagspräsidenten. Ihren Karrieren haftet jedoch auch etwas Tragisches – bei Barzel familiäre Schicksalsschläge, bei Schäuble das Attentat vom 12. Oktober 1990 – und etwas Unvollendetes an.

Wolfgang Schäuble gehörte 52 Jahre lang dem Deutschen Bundestag an. Erstmals direkt gewählt wurde er ausgerechnet bei der „Willy-Wahl“ im Jahr 1972, die für Barzel und die CDU eine schmerzliche Niederlage bedeutete. Der Machtverlust von 1972 war kein „Betriebsunfall“, es galt, die Oppositionsrolle beherzt anzunehmen. Schäuble empfand die Oppositionszeit, anders als es der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering bezeichnet hat, nicht nur als „Mist“, denn „[d]ie Lehrjahre in der Opposition waren hilfreich, um sich das Handwerk des Parlamentarismus anzueignen und sich auszuprobieren. In der Opposition wird nicht jeder Fehler sofort bestraft, weil man letztlich selten direkte Ergebnisse erzielen kann“ (S. 80).

Seelentröstung als Aufgabe des Kanzleramtschefs

Schäuble erinnert an die zentrale Rolle Helmut Kohls, seit 1973 CDU-Bundesvorsitzender, als damaliger innerparteilicher Modernisierer und treibende Kraft des Programmprozesses. Die Oppositionszeit ist laut Schäuble der richtige Zeitpunkt für die Programmarbeit: „Sie ermöglicht Orientierung und setzt intellektuelle Energien frei, sie sorgt für Integration, und sie hält die Leute beschäftigt. Dass an eine praktische Umsetzung des Parteiprogramms erst einmal nicht zu denken ist, fällt nicht so sehr ins Gewicht“ (S. 96).

Mit Blick auf die spätere Entfremdung zwischen Kohl und ihm ist Schäuble erkennbar um Zurückhaltung bemüht, hebt Kohls politische Erfolge und seine eigene, zunehmend zentrale Rolle im „System Kohl“ (S. 166) hervor. Anschaulich beschreibt er die schwierige Frühphase der christlich-liberalen Koalition nach der „Wende 1982“, die kritische Betrachtung durch Teile der Medien und die harte Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss, an dem die neue Bundesregierung trotz der

Massendemonstrationen festhielt, denn „wir waren uns unserer Sache sicher“ (S. 131). Allerdings brauchte es dafür, so Schäuble, „Kraft und die nötige Standfestigkeit. Kohl bewies sie 1983. Deswegen halte ich die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses noch immer für seine womöglich größte politische Leistung“ (S. 131). Auch die Krisen und Affären der 1980er-Jahre – Schäuble fungierte 1984 bis 1989 als Chef des Bundeskanzleramtes – finden Erwähnung, von der Flick- bis zur Kießling-Affäre. Deutlich wird der jahrelang schwelende Machtkampf zwischen Kohl und Heiner Geißler. Nach dem plötzlichen Tod von Franz Josef Strauß war die Machttektonik innerhalb der Regierung und der Unionsparteien neu auszutarieren und eine Kabinettsumbildung unumgänglich. Bei dem Revirement musste der altgediente Gerhard Stoltenberg den Finanzministerposten für den neuen CSU-Vorsitzenden Theo Waigel räumen, ins Verteidigungsministerium wechseln und der erst kurz zuvor berufene Rupert Scholz die Hardthöhe wieder verlassen. Anhand der Gespräche Kohls mit Stoltenberg und Scholz erläutert Schäuble: „Menschen unangenehme Botschaften zu überbringen, war nicht Kohls Stärke. Das bewies er auch, als er Rupert Scholz, dem er kurz zuvor noch demonstrativ den Rücken gestärkt hatte, seine Abberufung mitteilte. Das Gespräch war kurz, Scholz fiel aus allen Wolken, und als er danach in meinem Büro saß, musste ich schwere Aufbauarbeit leisten. Offenbar gehörte auch Seelentröstung für Kabinettsmitglieder zur Aufgabenbeschreibung des Kanzleramtschefs“ (S. 165).

Geißler hat sich „verkalkuliert“

Im Rahmen der Kabinettsumbildung wollte Kohl Geißler zum neuen Innenminister machen, denn Eduard Zimmermann (CSU) musste im Gegenzug für die Überlassung des Finanzministeriums an Waigel das Amt abgeben.

Doch der Versuch, Geißler erneut in die Kabinettsdisziplin einzubinden, scheiterte: einmal an der CSU, die den zunehmend als progressiv geltenden Geißler nicht in der Nachfolge eines CSU-Ministers im besonders wichtigen Innenressort sehen wollte. Zum anderen bekundete auch Geißler sein Desinteresse an einem erneuten Ministerposten. Das Innenministerium übernahm nun Schäuble.

Der Bremer Parteitag im September 1989 zeigte nach Ansicht Schäubles schließlich, wie stark Geißler sich „verkalkuliert“ (S. 167) hatte. Kohl schlug ihn nicht mehr als Generalsekretär der CDU vor, der sogenannte Putschversuch, mit dem Ziel, Kohl als Parteivorsitzenden zu stürzen, scheiterte kläglich, und ein Amt in der Exekutive lag nun außer Reichweite. Schäuble hatte Geißler nach eigener Aussage bereits frühzeitig mitgeteilt, „dass ich keinesfalls zur Verfügung stünde, wenn es um eine Ablösung Kohls ginge“ (S. 167). An dieser Stelle – ebenso wie auch später beim medial schon breit kommentierten Herantreten Edmund Stoibers an ihn in der Flüchtlingskrise 2015/16 hinsichtlich einer möglichen Ablösung Angela Merkels – ist es Schäuble wichtig, seine Loyalität hervorzuheben. Einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu verfassen, wie Angela Merkel es 1999 zur öffentlichen Distanzierung von Helmut Kohl tat („Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 298, 22. Dezember 1999, S. 2), war seine Sache nicht. Das Motiv des zuvörderst an der Sache interessierten, loyalen Staatsdieners zieht sich durch seine *Erinnerungen*.

Politischer Triumph und persönlicher Tiefpunkt

Nur „[n]eun Tage“ – so überschreibt der Verfasser das Kapitel 5 – lagen zwischen seinem größten politischen Triumph, der Erlangung der

Deutschen Einheit, zu der er mit der Aushandlung des Einigungsvertrags einen zentralen Beitrag geleistet hatte, und dem persönlichen Tiefpunkt, dem auf ihn verübten Attentat am 12. Oktober 1990, das er nur knapp überlebte und das ihn fortan in den Rollstuhl zwang. Mit Blick auf die Wiedervereinigung betont Schäuble, dass es ein begrenztes Zeitfenster gab, solange in der Sowjetunion Michail Gorbatschow und die Reformer das Sagen hatten. Das müsse bei aller Kritik an einzelnen Maßnahmen berücksichtigt werden. Zudem entsprach dieses Vorgehen dem Wunsch der Mehrheit der Ostdeutschen, die mit den Füßen abstimmten und ihre Heimat in Scharen verließen: „Die Menschen in der DDR wollten die schnelle Einheit, und wir haben im Westen auf diesen Willen der übergroßen Mehrheit reagiert, in einem Balanceakt maßvoll gestaltend“ (S. 279).

Bonn oder Berlin?

Das Attentat auf ihn bezeichnet Schäuble schlicht als „Unglück“ (S. 281) und wegen der psychischen Erkrankung des Täters als „Unfall“ (S. 282). Das Einschneidende des Ereignisses für ihn und seine Familie wird offen thematisiert. Die Rückkehr in die Politik bedeutete für ihn ein Stück Lebensinhalt, das er bei allen körperlichen Einschränkungen nicht auch noch aufgeben wollte.

Kurz nach seiner Rückkehr in die Politik hielt Schäuble seine bekannteste Rede, als es um die Frage des künftigen Parlaments- und Regierungssitzes in Bonn oder Berlin ging. Die Rede hob auf die deutsche Geschichte mit der Bedeutung Berlins ab und wurde als ausschlaggebend angesehen. Es bleibt trotzdem erstaunlich, dass der Baden-Württemberger Schäuble so wenig Verständnis für die Positionen der Bonn-Befürworter aufbrachte: „Als im Laufe des Jahres 1990 der Zuspruch für Bonn wuchs, überraschte mich das wirklich“ (S. 296).

Die Jahre 1998 bis 2000 markierten Höhe- und Tiefpunkt in Schäubles politischer Karriere. Nach dem Machtverlust der Union bei der Bundestagswahl 1998 übernahm er neben dem Fraktions- auch den Parteivorsitz der CDU. Schäuble geriet aber zunehmend in den Strudel der Spendenaffäre, in deren Fokus seit November 1999 Altkanzler Kohl stand. Neue Erkenntnisse liefert Schäuble hierzu nicht; geschildert werden vor allem seine persönliche Wahrnehmung und die Folgen der Affäre. Schäubles Schilderung lässt seine Enttäuschung über das schnelle Ende im Parteivorsitz durchscheinen, denn nach der Wahlniederlage hatte sich die CDU überraschend schnell gefangen und war 1999 bei Landtagswahlen und der Europawahl von Erfolg zu Erfolg geeilt.

Am 16. Februar 2000 trat Schäuble vom Fraktionsvorsitz zurück und kündigte an, nicht wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren. Er beschreibt diesen Schritt als „einen Fall ins Ungewisse, keine Befreiung. Mit 57 Jahren hatte ich keinen konkreten Plan für ein Leben jenseits der Politik. Mein Ruf war erst einmal beschädigt“ (S. 360). Immerhin blieb er „einfacher“ Abgeordneter und wurde erneut ins Präsidium der CDU gewählt.

Angela Merkel – Lob und kritische Untertöne

Als die Unionsparteien 2005 die vorgezogene Bundestagswahl knapp gewannen und Angela Merkel an der Spitze einer Großen Koalition zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, waren Schäubles Sachkompetenz und Regierungserfahrung wieder gefragt. Er übernahm erneut das Amt des Bundesinnenministers, ab 2009 das des Bundesfinanzministers. Über Angela Merkel äußert sich Schäuble positiv, zugleich reklamiert er einen Beitrag zu ihrer Karriere für sich, weil er sie 1998 zur CDU-Generalsekretärin berief: „Vermutlich hatte ich damit die beste

(und wie sich im Nachhinein herausstellen sollte: folgenreichste) Entscheidung meiner Amtszeit getroffen. Ich sollte sie zu keinem Zeitpunkt bereuen. Angela Merkel war ein Glücksfall“ (S. 363).

In Einzelfragen erlaubt er sich auch kritische Untertöne, etwa zu Defiziten in der Personalrekrutierung und im Führungsstil sowie zu den negativen Folgen des Konzepts der asymmetrischen Demobilisierung, die neben einer sinkenden Wahlbeteiligung darin bestand, „dass das Aufkommen einer Partei am rechten Rand für die strategische Position der Union als eher förderlich hingenommen wurde. Angesichts der heute erreichten Stärke der ‚Alternative für Deutschland‘ [...] erwies sich diese Strategie langfristig als fatal. Ich bleibe daher davon überzeugt, dass politische Führung auch über Inhalte, die gesellschaftlich kontrovers sind und der Bevölkerung etwas zumuten, erfolgreich sein kann – wenn sie ihr Handeln plausibel erklärt“ (S. 402).

Deutliche Kritik übt er an der „Hybris der FDP“ (S. 402), die im Wahlkampf 2009 unrealistische Wahlversprechen besonders in der Steuerpolitik machte und damit später das gemeinsame Regieren erschwerte. Für Schäuble zeigte der Niedergang der Freien Demokraten bis 2013, „[d]ass die Aufmerksamkeit nicht allein darauf gerichtet sein sollte, wie Wahlen zu gewinnen sind, sondern wie danach noch glaubwürdig regiert werden kann. Unhaltbare Wahlversprechen sind Gift“ (S. 452).

Inhaltliche Streitpunkte zwischen Merkel und Schäuble in den 2010er-Jahren waren der Umgang mit Griechenland in der Eurokrise sowie das Agieren in der Flüchtlingskrise, was spannend erzählt wird. Immer wieder taucht im Buch der typische trockene Humor Schäubles auf, so etwa im Kapitel über den griechischen Kurzzeit-Finanzminister und das ‚enfant terrible‘ der europäischen Politik, Yanis

Varoufakis. Schäuble charakterisiert ihn als einen „Ökonom[en] mit einer gewissen Expertise im Bereich der Spieltheorie [...], die politischen Spielregeln verstand er allerdings nicht – oder er ignorierte sie bewusst“ (S. 525 f.).

Unser „München-Moment“

In einem kurzen, nachdenklichen Abschlusskapitel beschäftigt Schäuble die Fehleinschätzung – seine persönliche und die der deutschen Außenpolitik insgesamt – Russlands unter Wladimir Putin. Die deutsche Außenpolitik sei der Überzeugung geschuldet gewesen, durch Kooperation zu einer festen Partnerschaft mit Russland zu gelangen. Mittlerweile habe sich gezeigt, „dass wir mit dieser Einschätzung grundfalsch lagen“ (S. 614). Die Ereignisse sieht er in Anlehnung an 1938 als „unseren ‚München-Moment‘“ (S. 614).

Besorgt zeigt er sich auch mit Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union. Hatte er Anfang der 1990er-Jahre gemeinsam mit Karl Lamers noch kühne Thesen zur Weiterentwick-

lung Europas präsentiert, so geht es ihm nun um vorsichtigere Reformschritte, auch wenn er prinzipiell an den Vorstellungen von einem Kerneuropa festhält, gerade wenn sich die Europäische Union um die Staaten des Westbalkans erweitern sollte. „Die Bindekräfte der Nationen sind stark“ (S. 615), stellt Schäuble gleichwohl fest. Reformen lassen sich auf europäischer Ebene nur noch schwer durchsetzen. Auch im Innern gelte es, Freiheit und Demokratie zu leben und bewahren, denn es herrschten „disruptive Zeiten“ (S. 618).

Dennoch blieb Wolfgang Schäuble als christlicher Demokrat und als Anhänger von Karl Popper Optimist: „[...] im Prozess von ‚trial and error‘ doch immer wieder den Weg zu neuen Lösungen zu finden – deshalb sind Krisen tatsächlich immer auch Chancen. Wir haben allen Grund zur Zuversicht, das gilt heute genauso wie vor fünfzig Jahren“ (S. 622). Mit seinem persönlichen Rückblick auf 75 Jahre Bundesrepublik hinterlässt Schäuble zugleich das gut lesbare Vermächtnis seiner politischen Handlungen und Überzeugungen.

Mit Worten zaubern

Friedhelm Marx

Inhaber des Lehrstuhls für Neue deutsche Literaturwissenschaft, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, Vertrauensdozent und seit 2024 Vorsitzender der Jury zur Verleihung des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ein Intermezzo zu Ehren von Adolf Muschg

Ein Schweizer Romancier, ein europäischer Intellektueller, ein feinsinnig-scharfer Gegenwartsbeobachter, ein Wahlverwandter Goethes, ein west-östlicher Weltliterat – diese Zuschreibungen treffen wohl nur auf Adolf Muschg zu, der am 13. Mai 2024 seinen 90. Geburtstag feiern konnte.

Es ist ein Glücksfall, dass wir uns am 8. Mai, wenige Tage vor dem Geburtstag treffen. In Muschgs Erzählung *Der 13. Mai* aus dem Prosaband *Leib und Leben* von 1982 erschiesst ein international renommierter Strafrechtslehrer am 13. Mai, als ihm das Ehrendoktorat seiner Fakultät verliehen wird, den Dekan beim Vortragen der Laudatio. Ein hinreichender Grund, den Autor und Jubilar nicht am 13. Mai mit einer Laudatio zu belästigen. Aber ein kleines, persönliches Schlaglicht vorab darf es schon sein. Das ist gar nicht so einfach. Wo anfangen, wo enden angesichts der vielen, vielen Bücher, der klugen, mutigen Einlassungen zur Kunst, zur Politik, zur Literatur?

Adolf Muschg am 1. Mai 2024 im Garten seines Hauses in Männedorf, Kanton Zürich.
Foto: @picture alliance / KEYSTONE | CHRISTIAN BEUTLER



Ich greife eine Rede heraus, die Adolf Muschg 2004, vor zwanzig Jahren, anlässlich des 150. Geburtstags des *Grimm'schen Wörterbuchs* gehalten hat und die mir als Literaturwissenschaftler sehr am Herzen liegt: „Die Alchemie der Wörter“. Damit bin ich zugleich außer Gefahr, erschossen zu werden: Ich spreche über eine Laudatio, die Adolf Muschg selbst verfasst hat. Für ihn sei das *Grimm'sche Wörterbuch* ein verwunschener Steinbruch, ein historisches Monument, ein Zauberberg der Wörter, so Muschg in seiner Laudatio. Das Jubiläum dieses Sprachprojekts im Jahr 2004 nimmt er zum Anlass, grundsätzlich über die Magie der Wörter zu sprechen, über jene Zauberwörter etwa, die jeder sprachempfindliche Mensch als Kind sammelt und erprobt. Seine persönlichen Zauberwörter des Kindesalters lauteten, so lesen wir, *Tamangur* (nach einer Alp im Graubündner Nationalpark), aber auch deutsche oder eingedeutschte Zauberwörter wie *Horizont* und *Firmament* – „das ich damals ‚Firnament‘ schrieb“, so Muschg, „ein Fehler, an dem ich im stillen festhalte“. Neben diesen drei dreisilbigen Zauberwörtern gab es für den Knaben einsilbige wie *Luv* und *Lee*, zweisilbige wie *Ursprung* und schillernde Ortsnamen wie *Valparaiso*, *Pernambuco*, *Buenos Aires*, *Valladolid*.

Unlösbare Fragen

Was sagt dieser Aufruf früher Zauberwörter über den Jubilar Adolf Muschg? Als Schriftsteller vertraut er zweifellos noch immer der Magie der Wörter. Und er liebt einige Wörter ganz besonders, gerade weil sie ihm immer schon magisch erschienen. Betrachten wir einmal diese

Wörter: *Tamangur*, *Horizont*, *Firmament*, *Luv* und *Lee*, *Ursprung*. Vom klanglichen Reiz der Ortsnamen einmal abgesehen, sind es in der Mehrheit Raumordnungswörter, Orientierungswörter, räumlich und zeitlich, horizontal und vertikal, ganz grundsätzlich oder auch ganz konkret. Lässt sich eine kleine Poetik unseres Jubilars daraus ablesen? Als Orientierungswörter spannen sie den Raum seiner Bücher auf, die ihre Figuren immer wieder vor heikle Situationen, im Grunde unlösbare Fragen stellen. In Muschgs Geschichten geht es offensichtlich um die Suche nach verborgenen, verdrängten Ursprüngen, nach Flucht- oder Zielpunkten am Horizont, um Lebensorientierung, ob nun mithilfe der Sterne oder der Windrichtungen. Am sinnfälligsten wird das in Muschgs Nach- und Neuerzählung des Parzival-Stoffs *Der rote Ritter. Eine Geschichte von Parzivâl* von 1993. In seinen Bamberger Poetikvorträgen kam er 2003 darauf zu sprechen: „Natürlich weiß Parzivâl keinen Ausweg, hat keine Lösung zu bieten, von Erlösung ganz zu schweigen. Er ist sozusagen nur ein Verstärker des Fragens – und macht sich dabei die alte Lebensweisheit zunutze, daß es auf Fragen ohnehin nie eine Antwort gibt als größere Fragen.“

Welche der frühen Zauberwörter ganz wörtlich an welchen Stellen in das literarische Werk Adolf Muschgs eingewandert sind, habe ich nicht mit letzter Gründlichkeit überprüft. Das schillerndste von allen, das Zauberwort *Tamangur* (das jeder Nicht-Schweizer eher der Region um Valparaiso zugeordnet hätte als dem Kanton Graubünden), warte in der literarischen, für ihn geltenden Wirklichkeit immer noch auf seine Anwendung, schrieb Muschg in seiner Festrede von 2004. Als Familienname für eine Romanfigur sei es ihm bisher immer zu schade gewesen. Vier Jahre später, in dem Roman *Kinderhochzeit*, taucht es dann allerdings auf.

Einspruch des Orthographieprogramms

Das Zauberwort *Firmament*, oder vielmehr *Firnament*, ist mir in der Erzählung *Das gefangene Lächeln* von 2004 entgegengesprungen. Dort trägt der Erzähler gelassen „Firnament“ in ein selbstgemachtes Kreuzworträtsel ein, als erstes, als „anderes Wort für Sternenhimmel“, als neues Lieblingswort: „gletscherkalt und sternenklar“. Das Orthographieprogramm und sein Gegenüber erheben Einspruch. Er aber beharrt auf seiner Schreibung: „Bald sechzig Jahre lang habe ich Firnament geschrieben. Jetzt bring mir nur nichts Neues bei.“ Warum auch? Echte Zauberwörter lassen sich nicht korrigieren und in korrekte Schreibweisen überführen. Ihnen kommt etwas Widerständiges zu. Innerhalb der Erzählung *Das gefangene Lächeln* wird durch das Wort „Firnament“ nichts

unmittelbar verzaubert, verwandelt, verändert. Aber, das möchte ich festhalten, Adolf Muschgs Romanen und Erzählungen kommt insgesamt eine solche Wirkung zu: eine Veränderung, eine Verrückung, mitunter eine Verstörung unserer Weltwahrnehmung. Das gilt nicht weniger für seine Essays und Reden. *Vernünftige Drohreden* hat er eine Sammlung genannt – so könnten sie alle heißen. In Sachen Europa etwa hat Adolf Muschg immer wieder die Anerkennung der Vielfalt und die Zusammengehörigkeit in dieser Anerkennung des Andersn eingefordert: Der literarischen Selbstbefragung korrespondiert die politische Selbstbefragung des Europäers Adolf Muschg.

Mit anderen Worten: Seine Romane, seine Erzählungen, seine Reden sind eben das, was Muschg in seiner Grimm-Laudatio ganz grundsätzlich den Wörtern zuspricht. Kein Luxus, sondern ein Grundlensmittel der Kultur, Speicher eines beweglichen Gedächtnisses. Sie erproben immer wieder aufs Neue, was in der Sprache möglich, was nur mit Wörtern möglich ist. Vielen Dank dafür!

Leicht bearbeitete Fassung einer vom Autor am 8. Mai 2024 im Rahmen einer Abendveranstaltung zum 90. Geburtstag von Adolf Muschg in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, gehaltenen Rede.

Publikation Im **Superwahljahr 2024** stellen durch Künstliche Intelligenz (KI) generierte Deep Fakes weltweit eine große Bedrohung für die Wahlintegrität dar. Von der Slowakei über die USA bis hin zur Türkei verwischen manipulierte Audio-, Bild- oder Videodateien die Grenzen zwischen Fiktion und Realität und untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in verfügbare Informationen. Die *Analyse Der Einfluss von Deep Fakes auf Wahlen* argumentiert, dass die Bekämpfung von Deep Fakes robuste Verteidigungsstrategien, Cyberkompetenz-Initiativen und ethische Leitlinien für die Nutzung von KI in der politischen Kommunikation erfordert, um die Integrität demokratischer Prozesse zu bewahren.

Publikation Das **Wahlverhalten** spiegelt deutliche Stadt-Land-Unterschiede wider: Die Union und die AfD punkten verstärkt auf dem Land, während die Grünen in städtischen Gebieten besser abschneiden. Wie sich diese Effekte erklären lassen, zeigt die Studie *Stadt, Land, ... Unterschiede?* anhand repräsentativer Umfragedaten.

Publikation Was denken die **Erstwählerinnen und Erstwähler** der Europawahl im Juni 2024? Die repräsentative Umfrage *Meine 1. Europawahl* zeigt: Sie denken durchweg ähnlich wie

die Gesamtbevölkerung. Die Unterstützung für die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist unter Jüngeren ähnlich verbreitet wie in der Gesamtbevölkerung. Sie verbinden jedoch weniger „Frieden“ mit der Europäischen Union, und bei den politischen Aktivitäten der Europäischen Union ist jüngeren Menschen Klimaschutz tendenziell wichtiger als allen anderen Wahlberechtigten.

Publikation Die Anfang April vorgestellte **Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)** 2023 belegt einen Anstieg von Straftaten um 5,5 Prozent in Deutschland seit 2022. Das Bundeskriminalamt erachtet die hohen Zuwanderungszahlen als Ursache hierfür. Die PKS legt nahe, dass ein Zusammenhang zwischen krimineller Neigung und mangelnder Integration bestehen kann. Welchen Beitrag Integrationspolitik zur Kriminalitätsreduktion leisten könnte, erläutert die Publikation *Weckruf für die Integrationspolitik*.

Personalie Zum 1. Juli 2024 hat David Merkle die Leitung des Auslandsbüros China mit Sitz in Shanghai übernommen.

Personalie Ab 1. August 2024 wird Michael Rimmel das Auslandsbüro Israel leiten; Mathias Kamp wird die Leitung des Auslandsbüros Kenia übernehmen.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2024 zum Thema:

Künstliche Intelligenz Politische und gesellschaftliche Folgen

Mit Beiträgen unter anderen von Amelie Duckwitz, Nicole Hoffmeister-Kraut, Annekathrin Kohout, Wolfgang Ullrich und Lars Zimmermann.

Impressum

POM 24/III, Nr. 586, 69. Jahrgang,
ISSN 0032-3446

Die Politische Meinung



**Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von**
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (02241) 2462592
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

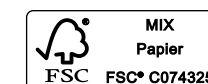
Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück
Telefonnummer: (0541) 310-333
kas@frommrasch.de

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezugspreis für fünf Hefte beträgt 50,00€ zzgl. Porto. Einzelheft 12,00€. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Wippe auf der Kippe

2013 sollte das als „Einheitswippe“ bekannte Denkmal zur Erinnerung an die friedliche Revolution und die deutsche Wiedervereinigung vor dem Humboldt-Forum in Berlin fertig werden. Erst kürzlich wurde bekannt, dass auch der – nach wiederholtem Aufschub – verlaubliche Fertigstellungstermin 2024 auf der Kippe steht. Die Kalamitäten um den „BER unter den Einheitsdenkmälern“ sind nicht frei von Symbolik.

„Deutschlandtempo“ herrscht – wenn überhaupt – auf anderen Politikfeldern. Lässt der Zeitgeist, in dem Diversität allenthalben gefordert und gefeiert wird, den Einheitsgedanken alt aussehen?

Unser Foto zeigt ein Segment der „Einheitswippe“ in der Werkshalle.

Foto: © Maurice Weiss / OSTKREUZ

